

2023

BERICHT ÜBER SOLVABILITÄT UND FINANZLAGE

SFCR zum 31.12.2023

SKANDIA LEBENSVERSICHERUNG AG

VIRIDIUM
GRUPPE

skandia :

Skandia Lebensversicherung AG nutzt die Marke *Skandia* unter Lizenz der Skandia Group, einer skandinavischen Finanzdienstleistungsgruppe.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	8
A.1 Geschäftstätigkeit	8
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	12
A.3 Anlageergebnis	12
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	16
A.5 Sonstige Angaben	16
B Governance-System	17
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	17
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit.....	26
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	33
B.4 Internes Kontrollsystem.....	56
B.5 Funktion der Internen Revision	60
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	62
B.7 Outsourcing	63
B.8 Sonstige Angaben	66
C Risikoprofil	66
C.1 Versicherungstechnisches Risiko.....	70
C.2 Marktrisiko	75
C.3 Kreditrisiko	86
C.4 Liquiditätsrisiko	87
C.5 Operationelles Risiko	89
C.6 Andere wesentliche Risiken	92
C.7 Sonstige Angaben.....	95
D Bewertung für Solvabilitätszwecke	96
D.1 Vermögenswerte.....	96
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	105
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.....	113
D.4 Alternative Bewertungsmethoden.....	116
D.5 Sonstige Angaben.....	118
E Kapitalmanagement	118
E.1 Eigenmittel.....	118
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	125

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.....	127
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen ...	127
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung.....	128
E.6 Sonstige Angaben.....	128
Abkürzungsverzeichnis.....	129
Anhang	132

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im vorliegenden Bericht bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen des vorliegenden Berichtes in Einzelfällen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (Tsd. €, Mio. €, % usw.) auftreten.

Zusammenfassung

Die SLE wendet im Rahmen der Säule 1-Berechnungen die Volatilitätsanpassung – jedoch keine Übergangsmaßnahmen – an. Soweit in diesem Bericht nicht explizit abweichend formuliert, handelt es sich bei den Säule 1-Berechnungen immer um die Ergebnisse unter Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung.

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB) im Rahmen der Säule 2 ORSA-Berechnungen wird aus ökonomischen Gründen immer inklusive der Volatilitätsanpassung betrachtet.

Berichtsinhalte

Der vorliegende Bericht gibt zunächst einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der Skandia Lebensversicherung (SLE), die als operative Versicherungsgesellschaft der Viridium Gruppe (VG) zu deren Erfolg als Spezialist für die Konsolidierung und die effiziente Verwaltung von Lebensversicherungsbeständen im deutschsprachigen Raum beiträgt. Anschließend wird das handelsrechtliche Geschäftsergebnis der SLE im Berichtszeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023, unterteilt nach versicherungstechnischem Ergebnis, Anlageergebnis und sonstigem Ergebnis, analysiert. Dabei zeigt sich, dass die Profitabilität der SLE, wie bereits im Vorjahr, insbesondere auf der schwerpunktmäßig betriebenen fondsgebundenen Versicherung beruht. Darüber hinaus werden die Geschäftsbereiche Versicherung mit Überschussbeteiligung und Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung (Berufsunfähigkeitsversicherung) betrieben.

In den darauffolgenden Ausführungen zum Governance-System der VG und der SLE erläutern wir die Angemessenheit der Geschäftsorganisation im Hinblick auf die Geschäftsstrategie und die Geschäftstätigkeit. Die Besetzung der einzelnen Funktionen im Unternehmen und die übertragenen Zuständigkeiten sind dargestellt. Dabei beschreiben wir die wichtigsten Aufgaben und Verantwortlichkeiten der obersten Gesellschaftsgremien und der Schlüsselfunktionen.

Die Aufbau- und Ablauforganisation der SLE ist aus Sicht des Vorstandes angemessen im Hinblick auf die Komplexität und Geschäftsgröße der Gesellschaft und steht im Einklang mit der Geschäftsstrategie, die sich auf die effiziente Betreuung und Verwaltung des Bestandes richtet.

Das Governance-System der SLE unterlag im Berichtszeitraum in struktureller Hinsicht einigen Änderungen. Details hierzu können Kapitel B.1.1 entnommen werden.

Der Bericht enthält Informationen zur Einhaltung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit der für die Schlüsselfunktionen verantwortlichen Personen. Dabei werden kurz die Maßnahmen und Verfahren dargelegt, mit denen wir sicherstellen können, dass diese Personen über die jeweils erforderlichen fachlichen Qualifikationen und persönliche Zuverlässigkeit verfügen.

Im Rahmen von Kapitel B.3 „Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung“ legen wir die wesentlichen Komponenten des Risikomanagementsystems dar. Ferner enthält der Bericht Angaben zum ORSA-Prozess (Own Risk and Solvency Assessment) 2023 sowie dazu, ob der Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht erfüllt ist und die Eignung von Ratings externer Ratingagenturen geprüft wurde. Gegenüber dem Vorjahr wurden im

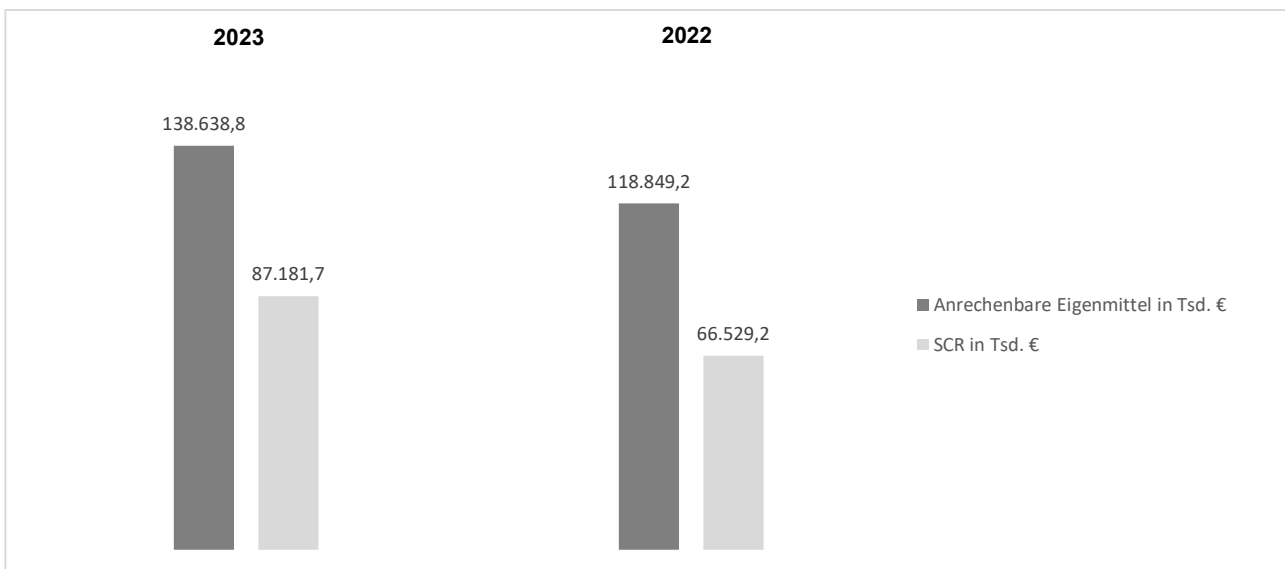
Kontext des Risikomanagementsystems keine wesentlichen strukturellen Veränderungen vorgenommen. Die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR) berechnen wir mithilfe der Standardformel. Diese haben wir im Rahmen des ORSA 2023 auf ihre Angemessenheit für das Risikoprofil der SLE überprüft. Dabei haben wir sechs (Vorjahr: sechs) Subrisikomodule der Standardformel für das Risikoprofil der SLE als nicht angemessen identifiziert und im Rahmen der Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) abweichend quantifiziert: das Zinsänderungs-, das Spread- sowie das Marktkonzentrationsrisiko im Kontext des Marktrisikos, das Langlebigkeits- und das Kostenrisiko im Kontext des versicherungstechnischen Risikos Leben und des versicherungstechnischen Risikos Gesundheit nach Art der Leben sowie das Operationelle Risiko. Insgesamt stellte sich die Kapitalanforderung gemäß GSB als niedriger heraus als die des SCR gemäß Standardformel, sodass wir die SCR-Bemessung für das Risikoprofil SLE als vorsichtig ansehen. Die wesentlichen Methoden, Annahmen und Ergebnisse der im Rahmen des ORSA 2023 durchgeführten risikoprofilspezifischen Sensitivitäten und Szenarien sind in Kapitel C „Risikoprofil“ getrennt nach Risikoart zusammengefasst.

Darüber hinaus beschreiben wir das Interne Kontrollsystem (IKS) und erläutern seine Angemessenheit. Zudem stellen wir die organisatorische Umsetzung der Schlüsselfunktionen Compliance Funktion (CF), Versicherungsmathematische Funktion (VMF), Unabhängige Risikokontrollfunktion (URCF) und Interne Revision (IR) dar.

Ergebnisse der Solvenzanalyse

Das Risikoprofil in Verbindung mit der Risikodeckungsmasse der SLE zeigt unter Zugrundelegung der als vorsichtig angesehenen SCR-Bedeckungsquote nach der Standardformel zum Bewertungsstichtag 31. Dezember 2023 eine komfortable Überdeckung. Dabei hat die SLE von der Möglichkeit der Volatilitätsanpassung Gebrauch gemacht, nicht jedoch von etwaigen Übergangsmaßnahmen.

Das Verhältnis von Anrechenbaren Eigenmitteln der SLE zur Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR), die sogenannte SCR-Bedeckungsquote, beträgt zum Bewertungsstichtag 31. Dezember 2023 mit VA¹ 159,0 % (Vorjahr: 178,6 %). Zum 31. Dezember 2023 stehen dem SCR von 87.181,7 Tsd. € (nach Berücksichtigung von Zukünftiger Überschussbeteiligung (ZÜB), Steuern und Diversifikation) (Vorjahr: 66.529,2 Tsd. €) Anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 138.638,8 Tsd. € (Vorjahr: 118.849,2 Tsd. €) gegenüber. Maßgeblich für den Rückgang der SCR-Bedeckungsquote gegenüber dem Vorjahr war insbesondere, dass die positiven Effekte aufgrund des veränderten Kapitalmarkumfelds auf die Eigenmittel durch die negativen Effekte auf das SCR überkompensiert wurden. Bei den Eigenmitteln handelt es sich ausschließlich um Basiseigenmittel der hochwertigsten Kategorie, Tier 1. Details zu den Quellen der Basiseigenmittel des Tier 1 können den Kapiteln D „Bewertung für Solvabilitätszwecke“ und E „Kapitalmanagement“ entnommen werden.



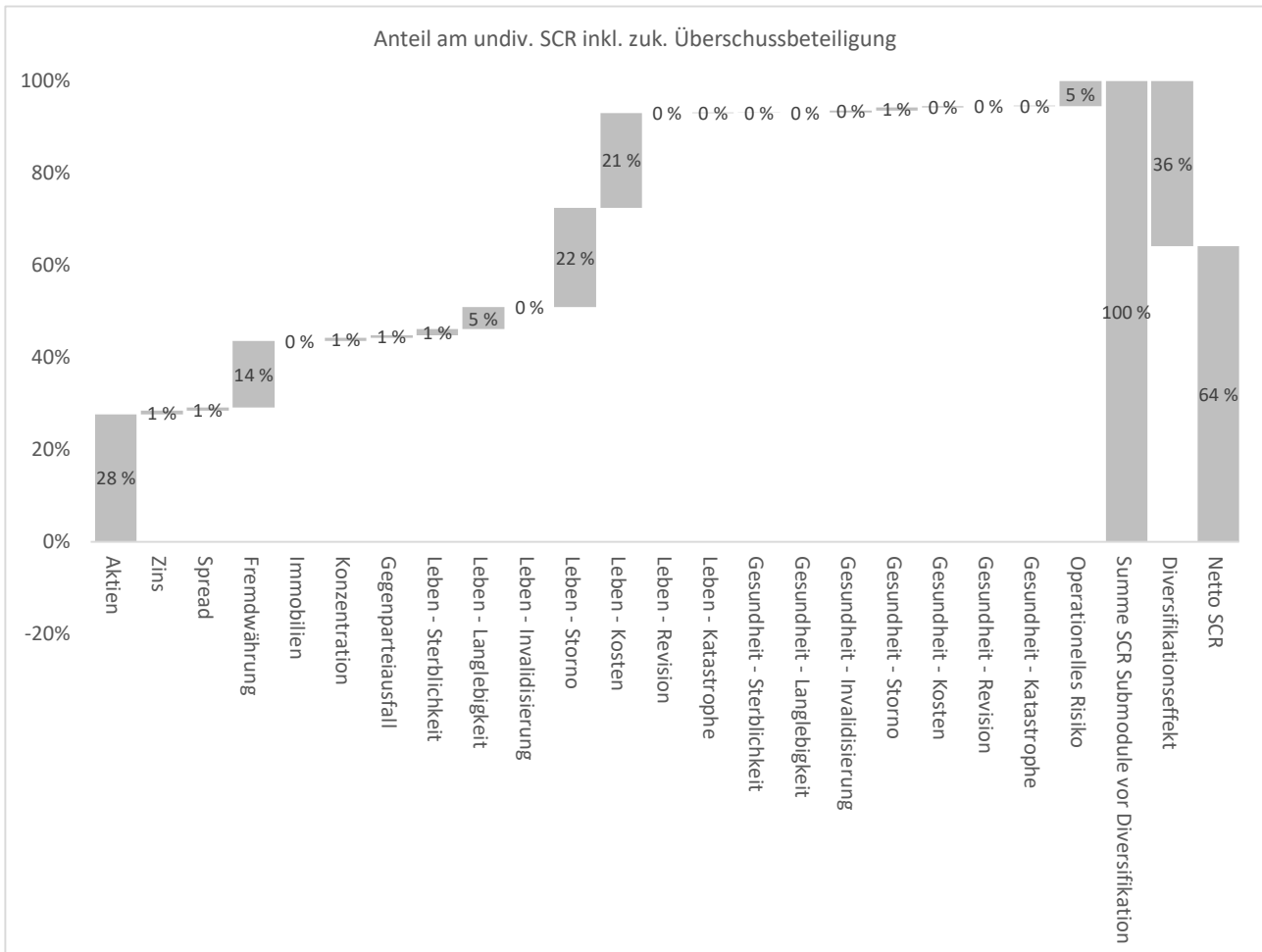
Erläuterungen zum Risikoprofil

Gegenüber dem ORSA 2023 haben sich die wesentlichen Treiber des Risikoprofils der SLE nicht verändert. Lediglich die Reihenfolge der wesentlichen Treiber hat sich etwas verändert. Die Berechnungen der Standardformel gemäß Solvency II zum Stichtag 31. Dezember 2023 ergaben das nachstehend dargestellte Risikoprofil. Die maßgeblichsten Risiken der SLE sind:

- ▼ das Aktienrisiko im Marktrisiko-Modul aufgrund der Abhängigkeit der Einnahmen aus Rückvergütungen von Fondsmanagementgesellschaften von der Höhe des verwalteten Fondsvermögens,
- ▼ das Stornorisiko im Lebensversicherungstechnischen-Risiko-Modul aufgrund der hohen Anzahl an profitablen Versicherungsverträgen im Gesamtbestand,
- ▼ das Kostenrisiko im Lebensversicherungstechnischen-Risiko-Modul und
- ▼ das Währungsrisiko im Marktrisiko-Modul aufgrund der teilweisen Abhängigkeit der Einnahmen aus Rückvergütungen von Fondsmanagementgesellschaften von Fremdwährungsschwankungen.

¹ Die Volatilitätsanpassung (VA) ist eine der Long-Term-Guarantee (LTG) Maßnahmen unter Solvency II, die sicherstellt, dass sich erhöhte Volatilität an den Märkten nicht in der Bewertung langfristiger Versicherungsgarantien niederschlägt. Dabei wird die maßgebliche risikofreie Zinsstrukturkurve gemäß § 82 VAG zur Bewertung versicherungstechnischer Rückstellungen anhand des risikobehafteten Anteils des Zins-Spread eines vorgegebenen Referenzportfolios angepasst. Die Verwendung der Volatilitätsanpassung wurde von der SLE beantragt und von der BaFin genehmigt.

Unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der zukünftigen Überschussbeteiligung entfallen 85,1 % (Vorjahr: 84,0 %) des gesamten undiversifizierten SCR der SLE auf diese vier Kategorien.



Die Ergebnisse der unternehmenseigenen Sensitivitäten und Stressszenarien, die im Rahmen des ORSA 2023 durchgeführt wurden, liefern aktuell keine Hinweise darauf, dass für die untersuchten Risikoszenarien eine Unterdeckung durch Eigenmittel vorläge. Nichtsdestotrotz zeigen die untersuchten Szenarien eine deutliche Sensitivität der SLE gegenüber einem etwaigen sehr deutlichen Rückgang des Zinsniveaus und einem etwaigen deutlichen Einbruch der Kapitalanlagen aus dem fondsgebundenen Geschäft.

Das Risikoprofil der SLE verdeutlicht, dass der Kundenzufriedenheit und somit dem Bestandserhalt (Stornorisiko), dem Aktienrisiko, dem Ausbau und Erhalt einer effizienten Aufbau- und Ablauforganisation (Kostenrisiko) und dem Einsatz von Währungsderivaten zur etwaigen weiteren Immunisierung gegen Wechselkursschwankungen (Währungsrisiko) sowohl auf Ebene der SLE als auch der VG weiterhin höchste Aufmerksamkeit zu widmen sind.

Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und der Corona-Pandemie

Die Kapitalmärkte waren im abgelaufenen Jahr von den Auswirkungen der globalen Zinswende, der weiterhin hohen Inflation, sowie den zunehmenden weltpolitischen Spannungen (Ukraine-Krieg, China-Taiwan- und Nahost-Konflikt) geprägt. Die Wirtschaft erwies sich trotz den Unwägbarkeiten

als sehr robust und der Angebotsschock, der zuvor durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg ausgelöst wurde, nahm im Jahr 2023 ab. In Europa blieb eine gefürchtete Gasknappheit aus und insbesondere die US-Wirtschaft konnte schneller als erwartet wachsen und somit den vom Kapitalmarkt zwischenzeitlich gespielten Rezessionsrisiken widerstehen. In Verbindung mit fallenden Inflationstendenzen im letzten Quartal zeigte sich eine hohe Volatilität bei den Anleihenmärkten. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen liegen aktuell keine Erkenntnisse über Sachverhalte vor, die die Entwicklung der SLE langfristig negativ beeinflussen oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten. Es sind bislang auch keine wesentlichen adversen Veränderungen im Kundenverhalten (Storno, Beitragsfreistellung, Einlösung von dynamischen Erhöhungen) feststellbar. Sollte eine schwerwiegende ökonomische Krise eintreten, könnte sich der Versicherungsbestand jedoch unplanmäßig beschleunigt abbauen.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Der vorliegende Bericht wird für die Skandia Lebensversicherung AG (im Folgenden „SLE“ oder „Gesellschaft“) erstattet. Sie ist eine im Handelsregister des Amtsgerichts Offenbach am Main unter HRB 53321 eingetragene Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft.

Sie untersteht der Aufsicht der

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228 / 4108 – 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Die externe Prüfung des Jahresabschlusses der SLE für den Berichtszeitraum 2023 erfolgt durch die

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Friedrich-Ebert-Anlage 35 – 37
60327 Frankfurt am Main.

Die SLE ist Teil der Viridium Gruppe (vormals Heidelberger Leben Gruppe).

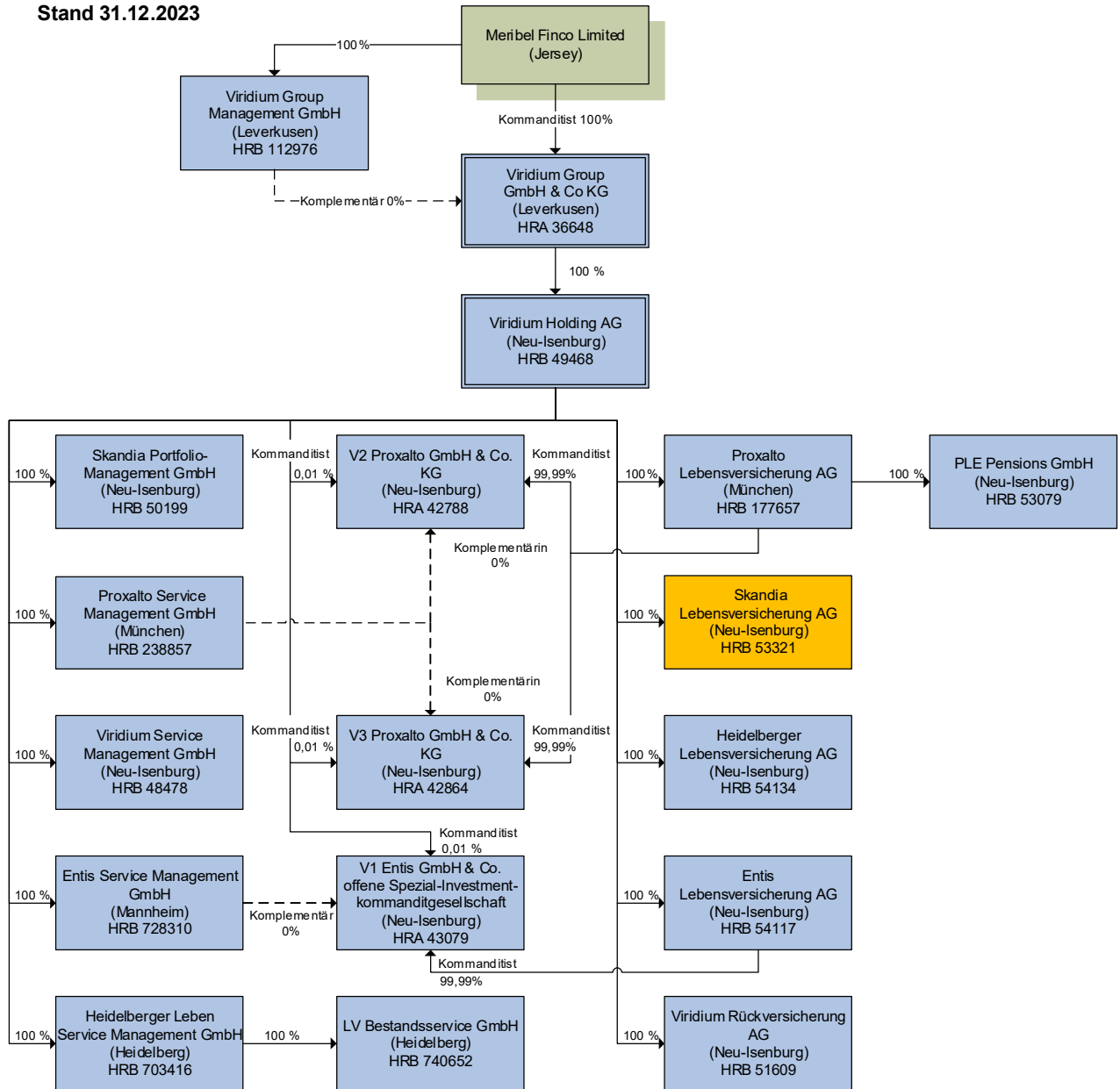
Die Anteile an der SLE werden zu 100 % von der Viridium Holding AG (VHAG) (vormals Heidelberger Leben Holding AG), eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Offenbach am Main unter HRB 49468, gehalten.

Sämtliche Anteile der VHAG werden von der Viridium Group GmbH & Co. KG (vormals Heidelberger Leben Group GmbH & Co. KG) (VKG), eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter HRA 36648, gehalten, die die Obergesellschaft der in Deutschland beaufsichtigten Viridium Gruppe ist.

Alleinige Kommanditistin und Alleingesellschafterin der Komplementär-GmbH der VKG ist die Meribel Finco Limited mit Sitz auf der Insel Jersey, 11–15 Seaton Place, St. Helier, JE4 0QH, deren Anteile von weiteren Beteiligungsgesellschaften in Jersey gehalten werden. Hauptgesellschafter der dortigen Obergesellschaft Meribel Mottaret Limited (11–15 Seaton Place, St. Helier, Jersey, JE4 0QH) sind von der britischen Private-Equity-Gesellschaft Cinven LLP beratene Fonds, das deutsche Rückversicherungsunternehmen Hannover Rück SE und die Ocorian Fund Management S.à r.l. (ehemals Allegro S.à r.l.), ein Unternehmen der Generali Gruppe.

Das folgende Organisationsdiagramm stellt eine vereinfachte Struktur der Viridium Gruppe mit den wesentlichen Beteiligungsverhältnissen dar und zeigt die Einordnung der SLE innerhalb der Viridium Gruppe:

**Viridium Gruppe
Stand 31.12.2023**



Zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht mehr aktive Mantelgesellschaften mit geringfügiger Kapitalisierung sind nicht einzeln aufgeführt.

Die aktiven Gesellschaften der Gruppe waren während des Berichtszeitraums mit ihren jeweiligen Muttergesellschaften (mit Ausnahme der Meribel Finco Limited) überwiegend über Unternehmensverträge (Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge) verbunden, auf deren Grundlage sämtliche Gewinne und Verluste der Tochtergesellschaften letztlich an die VKG abgeführt, beziehungsweise von der VKG ausgeglichen werden.

So besteht auch zwischen der SLE und der VHAG seit Dezember 2014 ein Ergebnisabführungsvertrag, aufgrund dessen sämtliche Gewinne und Verluste der SLE an die VHAG abgeführt, beziehungsweise von der VHAG ausgeglichen werden.

Sowohl die VHAG als auch die VKG sind Versicherungs-Holdinggesellschaften im Sinne von § 7 Nr. 28 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG). Sie unterstehen wie die Lebensversicherungsunternehmen der Gruppe der Aufsicht der

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn
Fon: 0228 / 4108 – 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Die SLE betreibt im Inland sowie im Wege des Dienstleistungsverkehrs in Ungarn, Tschechien und Italien das selbst abgeschlossene Lebensversicherungsgeschäft. Im Berichtszeitraum betrieb die SLE folgende Versicherungsarten:

- ▼ Fondsgebundene Lebensversicherung;
- ▼ Fondsgebundene Rentenversicherung;
- ▼ Fondsgebundene Basisrente (nach dem Alterseinkünftegesetz);
- ▼ Dread-Disease-Haupt- und -Zusatzversicherung;
- ▼ Berufsunfähigkeitszusatzversicherung;
- ▼ Staatlich geförderte Versicherungen nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG).

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Berichtszeitraum in der fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung. Daneben wird das Risikogeschäft im Wege der Dread-Disease-Versicherung betrieben.

Die SLE ist eine Portfoliogesellschaft der Viridium Gruppe, der führenden Plattform für das effiziente Management von Lebensversicherungsbeständen in Deutschland.

Vor dem Hintergrund der eindeutigen strategischen Ausrichtung der Viridium Gruppe auf das Bestandsmanagement, haben die Lebensversicherungsunternehmen (Risikoträger) der Gruppe das Neugeschäft mit Ausnahme von vertraglich zugesicherten Optionen für Bestandskunden, wie beispielsweise Erhöhungsoptionen im Rahmen der dynamischen Anpassung oder Wechseloptionen eingestellt und konzentrieren sich darauf, die eingegangenen Verpflichtungen nachhaltig und bestmöglich zu erfüllen. Im Sinne von Versicherten und Eigentümern gleichermaßen sollen die Risikoträger mit großer Verlässlichkeit und Stabilität attraktive wirtschaftliche Ergebnisse erzielen. Risiken werden daher weitgehend minimiert. Zugleich wird den einzelnen Unternehmen ausreichend Solvenzkapital zur Verfügung gestellt. Sie erbringen allerdings keine operativen Dienstleistungen, sondern haben diese an gruppeninterne Servicegesellschaften ausgegliedert.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

In der folgenden Tabelle ist das versicherungstechnische Ergebnis nach HGB des Berichtsjahres und des vorherigen Geschäftsjahres getrennt nach Geschäftsbereichen (gemäß Solvency II) sowie gesamthaft dargestellt.

Geschäftsbereich	31.12.2023 in Tsd. €	31.12.2022 in Tsd. €
(29) Krankenversicherung nach Art der Leben	-64,4	109,0
(30) Versicherung mit Überschussbeteiligung	-1.932,5	-3.337,3
(31) Indexgebundene und fondsgebundene Versicherung	-10.738,1	-6.327,4
Gesamt Geschäftsbereiche	-12.735,0	-9.555,8

Die geografischen Gebiete, in denen die Gesellschaft ihrer Geschäftstätigkeit nachgeht, sind Deutschland, Ungarn, Tschechien und Italien. Der Anteil der im Ausland abgeschlossenen Verträge ist vernachlässigbar und in der Tabelle enthalten.

In Summe ergibt sich über alle Geschäftsbereiche ein versicherungstechnisches Ergebnis von -12.735,0 Tsd. €.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das versicherungstechnische Ergebnis insgesamt verringert. Dies liegt im Wesentlichen an der Entwicklung des Geschäftsbereichs der Index- und fondsgebundenen Versicherung. Dem deutlich gestiegenen Kapitalanlageergebnis stehen die stark gestiegenen Aufwände für Versicherungsfälle und eine höhere Zuführung zur RfB als im Vorjahr gegenüber.

Der Geschäftsbereich der Krankenversicherung nach Art der Leben hat sich ebenso reduziert. Dem gestiegenen Kapitalanlageergebnis stehen die erneut gestiegenen Aufwände für Versicherungsfälle und die weiter gesunkenen Beiträge gegenüber. Die Entwicklungen werden hierbei weiterhin maßgeblich von der Entwicklung der Dread Disease Versicherungen bestimmt.

Das Ergebnis des Geschäftsbereichs der Versicherungen mit Überschussbeteiligung hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Dieser Geschäftsbereich besteht im Wesentlichen aus Verträgen in der Rentenphase, welcher, durch die Verrentung von fondsgebundenen Verträgen, trotz Run-Off weiterhin wächst, wodurch die Aufwendungen für Versicherungsfälle angestiegen sind. Diesen stehen gestiegene laufende Überschüsse und ein verbessertes Kapitalanlageergebnis gegenüber. Dies führt insgesamt zu einem deutlich besseren Ergebnis.

A.3 Anlageergebnis

Die SLE hat im Berichtsjahr 2023 Gesamterträge aus Kapitalanlagen – einschließlich nicht realisierter Gewinne aus dem Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen – in Höhe von 529.139,2 Tsd. € (Vorjahr: 73.183,0 Tsd. €) erzielt. Ohne die nicht realisierten Gewinne aus Kapitalanlagen von 499.557,0 Tsd. € (Vorjahr: 25.537,7 Tsd. €) lagen die Erträge aus Kapitalanlagen gemäß HGB bei 29.582,2 Tsd. € (Vorjahr: 47.645,2 Tsd. €).

In der folgenden Tabelle werden Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen sowie das Kapitalanlageergebnis nach Handelsgesetzbuch HGB für das Berichtsjahr 2023 aufgeschlüsselt gemäß den Posten der Solvabilitätsübersicht dargestellt.

Nr.		Erträge in Tsd. €	Aufwendungen in Tsd. €	Ergebnis (HGB) in Tsd. €
	Kapitalanlagen	4.995,1	1.069,0	3.926,1
(1)	Immobilien	0,0	0,0	0,0
(2)	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0
(3)	Aktien	52,1	6,8	45,3
(4)	Wertpapiere	67,9	120,3	-52,4
(5)	Anteile an Investmentvermögen	4.875,1	941,9	3.933,2
(6)	Derivate	0,0	0,0	0,0
(7)	Einlagen bei KI	0,0	0,0	0,0
(8)	Andere Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0
	Kapitalanlagen FLV	524.126,2	20.477,1	503.649,0
	Kredite & Hypothekendarlehen + Policendarlehen	18,0	0,7	17,3
(1)	Policendarlehen	18,0	0,7	17,3
(2)	Andere Kredite & Hypothekendarlehen	0,0	0,0	0,0
	GESAMT	529.139,2	21.546,9	507.592,3

Im Berichtsjahr 2022 sahen die Erträge und Aufwendungen wie folgt aus.

Nr.		Erträge in Tsd. €	Aufwendungen in Tsd. €	Ergebnis (HGB) in Tsd. €
	Kapitalanlagen	38.869,5	36.957,7	1.911,8
(1)	Immobilien	0,0	0,0	0,0
(2)	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0
(3)	Aktien	0,0	113,4	-113,4
(4)	Wertpapiere	323,8	191,2	132,5
(5)	Anteile an Investmentvermögen	38.545,7	36.653,1	1.892,6
(6)	Derivate	0,0	0,0	0,0
(7)	Einlagen bei KI	0,0	0,0	0,0
(8)	Andere Kapitalanlagen	0,0	0,0	0,0
	Kapitalanlagen FLV	34.300,7	851.868,2	-817.567,5
	Kredite & Hypothekendarlehen + Policendarlehen	12,8	6,0	6,8
(1)	Policendarlehen	12,8	6,0	6,8
(2)	Andere Kredite & Hypothekendarlehen	0,0	0,0	0,0
	GESAMT	73.183,0	888.831,8	-815.648,9

Insbesondere aufgrund erheblich gestiegener nicht realisierter Gewinne fielen die Gesamterträge aus dem Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen mit 524.126,2 Tsd. € (Vorjahr: 34.300,7 Tsd. €) deutlich höher aus als im Vorjahr. Neben nicht realisierten Gewinnen von 499.557,0 Tsd. € (Vorjahr: 25.537,7 Tsd. €) gab es im Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherung laufende Erträge von 6.055,8 Tsd. € (Vorjahr: 3.690,5 Tsd. €) sowie realisierte Gewinne in Höhe von 18.513,4 Tsd. € (Vorjahr: 5.072,4 Tsd. €). Der starke Anstieg der realisierten und der nicht realisierten Gewinne spiegelt die Marktentwicklung an den Kapitalmärkten im Beobachtungszeitraum wider.

Die Erträge aus Kapitalanlagen (gemäß Solvabilitätsübersicht nach Solvency II) beliefen sich im Berichtsjahr auf 4.995,1 Tsd. € (Vorjahr: 38.869,5 Tsd. €) und stammten überwiegend aus Anteilen an Investmentvermögen (4.875,1 Tsd. €, Vorjahr: 38.545,7 Tsd. €). Hier entfielen Erträge von 5,2 Tsd. € (Vorjahr: 38.399,4 Tsd. €) auf erfolgte Ausschüttungen, 260,7 Tsd. € (Vorjahr: 73,0 Tsd. €) auf Veräußerungsgewinne und 4.609,1 Tsd. € auf Zuschreibungen (Vorjahr: 73,3 Tsd. €). Bei den Wertpapieren wurden im Berichtsjahr laufende Erträge in Höhe von 65,2 Tsd. € (Vorjahr: 323,8 Tsd. €) erzielt, die übrigen Erträge entfielen auf Veräußerungsgewinne. Die Gesamterträge aus Aktien beliefen sich auf 52,1 Tsd. € (Vorjahr: 0,0 Tsd. €), davon entfielen auf Zuschreibungen 40,7 Tsd. € (Vorjahr: 0,0 Tsd. €) und auf Abgangsgewinne 11,4 Tsd. € (Vorjahr: 0,0 Tsd. €). Bei den Policendarlehen wurden Erträge von 18,0 Tsd. € (Vorjahr: 12,8 Tsd. €) generiert.

Der Gesamtaufwand aus Kapitalanlagen betrug - einschließlich nicht realisierter Verluste aus dem Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen - 21.546,9 Tsd. € (Vorjahr: 888.831,8 Tsd. €). Ohne die nicht realisierten Verluste aus Kapitalanlagen von 18.855,8 Tsd. € (Vorjahr: 800.261,1 Tsd. €) lag der Aufwand gemäß HGB bei 2.691,0 Tsd. € (Vorjahr: 88.570,7 Tsd. €).

Auf den Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen entfiel mit 20.477,1 Tsd. € (Vorjahr: 851.868,2 Tsd. €) der größte Teil der Aufwandsseite. Neben nicht realisierten Verlusten von 18.855,8 Tsd. € (Vorjahr: 800.261,1 Tsd. €) waren auch realisierte Verluste von 1.621,3 Tsd. € (Vorjahr: 51.607,0 Tsd. €) zu verzeichnen. Der starke Rückgang der realisierten sowie nicht realisierten Verluste spiegelt die Marktentwicklung an den Kapitalmärkten im Beobachtungszeitraum wider.

Der Aufwand für Kapitalanlagen (gemäß Solvabilitätsübersicht nach Solvency II) belief sich im Berichtsjahr auf 1.069,0 Tsd. € (Vorjahr: 36.957,7 Tsd. €) und stammte mit 941,9 Tsd. € überwiegend aus Anteilen an Investmentvermögen (Vorjahr: 36.653,1 Tsd. €). Neben realisierten Verlusten von 82,2 Tsd. € (Vorjahr: 157,3 Tsd. €) sind hier zudem die Verteilung der laufenden Kosten der Kapitalanlage von 859,4 Tsd. € (Vorjahr: 951,1 Tsd. €) sowie Abschreibungen über 0,3 Tsd. € (Vorjahr: 35.544,7 Tsd. €) berücksichtigt. Abschreibungen bei Wertpapiere gab es keine (Vorjahr: 59,8 Tsd. €), der Aufwand aus der Verteilung der Kapitalanlagekosten lag bei 120,3 Tsd. € (Vorjahr: 131,4 Tsd. €). Bei den Policendarlehen fiel ein Aufwand von 0,7 Tsd. € (Vorjahr: 0,8 Tsd. €) an.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen, einschließlich nicht realisierter Gewinne aus Kapitalanlagen aus dem Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherungen, lag mit 507.592,3 Tsd. € deutlich über dem Vergleichswert des Vorjahres (-815.648,9 Tsd. €). Ohne die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus fondsgebundenen Kapitalanlagen von 480.701,2 Tsd. € (Vorjahr: -774.723,4 Tsd. €) lag das Ergebnis gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) bei 26.891,2 Tsd. € (Vorjahr: -40.925,5 Tsd. €).

	2023 in Tsd. €	2022 in Tsd. €
Ordentliches Ergebnis	5.139,1	41.323,4
Außerordentliches Ergebnis	21.752,1	-82.248,9
davon Zuschreibungen	4.653,1	73,9
davon Gewinne aus Abgang	18.802,8	5.157,6
davon Abschreibungen	0,3	35.716,1
davon Verluste aus Abgang	1.703,5	51.764,3
Saldo nicht realisierte Gewinne und Verluste	480.701,2	-774.723,4
Gesamt	507.592,3	-815.648,9

Der starke Anstieg des Gesamtergebnisses ist maßgeblich auf den höheren Saldo aus den nicht realisierten Gewinnen und Verlusten zurückzuführen (480.701,2 Tsd. €, Vorjahr: -774.723,4 Tsd. €). Das ordentliche Ergebnis lag mit 5.139,1 Tsd. € weit unter dem Vorjahresniveau (41.323,4 Tsd. €), während das außerordentliche Ergebnis aufgrund eines deutlich stärkeren Abgangsergebnisses sowie niedrigerer Abschreibungen und höherer Zuschreibung mit 21.752,1 Tsd. € erheblich höher ausgefallen ist (Vorjahr: -82.248,9 Tsd. €).

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste gab es bei der SLE nicht.

Im Bestand der SLE befinden sich derzeit keine verbrieften Instrumente; gleichzeitig dürfen verbrieft Instrumente gemäß aktuell gültiger Kapitalanlagerichtlinie beziehungsweise Portfolio Guidelines nicht erworben werden.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Die wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Berichtszeitraum und im Vorjahr, die nicht-versicherungstechnische oder Anlageerträge und -aufwendungen sind, umfassen die folgenden Bestandteile:

Erträge	2023 in Tsd. €	2022 in Tsd. €
Bestandsprovisionen von Investmentgesellschaften	36.422,0	35.913,0
Aufwendungen		
Kosten aus Service Fee	28.169,0	28.456,0
Kosten aus Managementumlage	327,0	368,0

Bei den Erträgen aus Rückvergütungen von Investmentgesellschaften handelt es sich um Vergütungen für die bei Kapitalanlagegesellschaften verwalteten Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherung der SLE auf Basis der Zeitwerte der verwalteten Kapitalanlagen. Rückvergütungen werden auf Basis des Fondsvolumens ermittelt. Der wesentliche Grund für den moderaten Anstieg ist die verbesserte Kapitalmarktentwicklung im Vergleich zum Jahr 2022.

Die SLE hat weite Teile ihrer Verwaltung auf die Viridium Service Management GmbH (VSM) ausgelagert. Diese bedient sich wiederum, sofern sie selbst nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügt, der Dienste der Servicegesellschaften der Gruppe. Dabei umfasst die Serviceleistung der VSM für die SLE im Wesentlichen die Übernahme aller Aufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung bestehender Versicherungsverträge. Für die Durchführung der Tätigkeiten erhält die VSM eine Dienstleistungsgebühr pro Vertrag (kurz: Service Fee). Die geringfügige Reduzierung der Kosten aus Dienstleistungsgebühren gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einer inflationsbedingten Anpassung der Servicegebühr, bei gleichzeitig gesunkener Anzahl der selbst verwalteten Verträge.

Neben den Kosten für die Verwaltung bestehender Versicherungsverträge mit der VSM erhebt die Viridium Group GmbH & Co. KG (VKG) Kostenumlagen für Leitungs- und Kontrollaufgaben der Gesellschaft (kurz: Managementumlage).

Weitere wesentliche sonstige Erträge und Aufwendungen, insbesondere aus Leasingvereinbarungen, bestehen bei der SLE für das Berichtsjahr nicht.

A.5 Sonstige Angaben

Die vorstehend in Kapitel A.1 bis A.4 gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen und Ergebnisse der SLE.

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

B.1.1 Struktur der Verwaltungs- und Aufsichtsorgane

Organe der SLE sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Vorstand

Die Geschäfte der SLE werden durch den Vorstand geführt.

Der Vorstand in seiner Gesamtheit sowie jedes einzelne Mitglied des Vorstands führen die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der Gesellschaft, der Geschäftsordnung für den Vorstand, des Geschäftsverteilungsplans und der Dienstverträge.

Der gesamte Vorstand ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Unternehmens verantwortlich. Die Vorstandsmitglieder werden regelmäßig über die Risiken informiert, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, sowie über deren Auswirkungen und Maßnahmen zur Minimierung. Es ist nicht möglich, die Verantwortung zur Handhabung wesentlicher Risiken zu delegieren, jedoch kann die Verantwortung für die Durchführung einzelner Elemente auf ein oder mehrere Mitglieder des Vorstands übertragen werden, sofern dem nicht andere gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

Im Hinblick auf das Risikomanagement ist der Vorstand insbesondere verantwortlich für:

- ▼ die Festlegung einheitlicher Leitlinien für das Risikomanagement unter Berücksichtigung der internen und externen Anforderungen;
- ▼ die Festlegung der Geschäfts- und Risikostrategie;
- ▼ die Festlegung der Risikotoleranz und die Einhaltung der Risikotragfähigkeit;
- ▼ die Festlegung wesentlicher risikostrategischer Vorgaben;
- ▼ die laufende Überwachung des Risikoprofils und die Einrichtung eines Frühwarnsystems sowie die Behandlung wesentlicher risikorelevanter Ad-hoc-Themen.

Der Vorstand hatte bis zum 31. Januar 2023 fünf Mitglieder und setzte sich wie folgt zusammen:

- ▼ Dr. Tilo Dresig, Chief Executive Officer (CEO, Vorsitzender);
- ▼ Johannes Berkmann, Chief Finance Officer (CFO);
- ▼ Markus Eschbach, Chief Operations Officer (COO);
- ▼ Michael Sattler, Chief Risk Officer (CRO);
- ▼ Dr. Martin Setzer, Chief Information Officer (CIO).

Mit Wirkung zum Ablauf des 31. Januar 2023 hat Martin Setzer sein Vorstandsmandat niedergelegt. Ab dem 1. Februar 2023 und bis zum 31. Mai 2023 hatte der Vorstand daher noch vier Mitglieder und setzte sich wie folgt zusammen:

- ▼ Dr. Tilo Dresig, Chief Executive Officer (CEO, Vorsitzender);
- ▼ Johannes Berkmann, Chief Finance Officer (CFO);
- ▼ Markus Eschbach, Chief Operations Officer (COO);
- ▼ Michael Sattler, Chief Risk Officer (CRO).

Mit Wirkung zum Ablauf des 31. Mai 2023 haben Dr. Tilo Dresig und Markus Eschbach ihre Vorstandsmandate niedergelegt. Ab dem 1. Juni 2023 hatte der Vorstand zwei Mitglieder und setzte sich wie folgt zusammen:

- ▼ Johannes Berkmann, Chief Executive Officer (CEO, Vorsitzender);
- ▼ Michael Sattler, Chief Risk Officer (CRO)

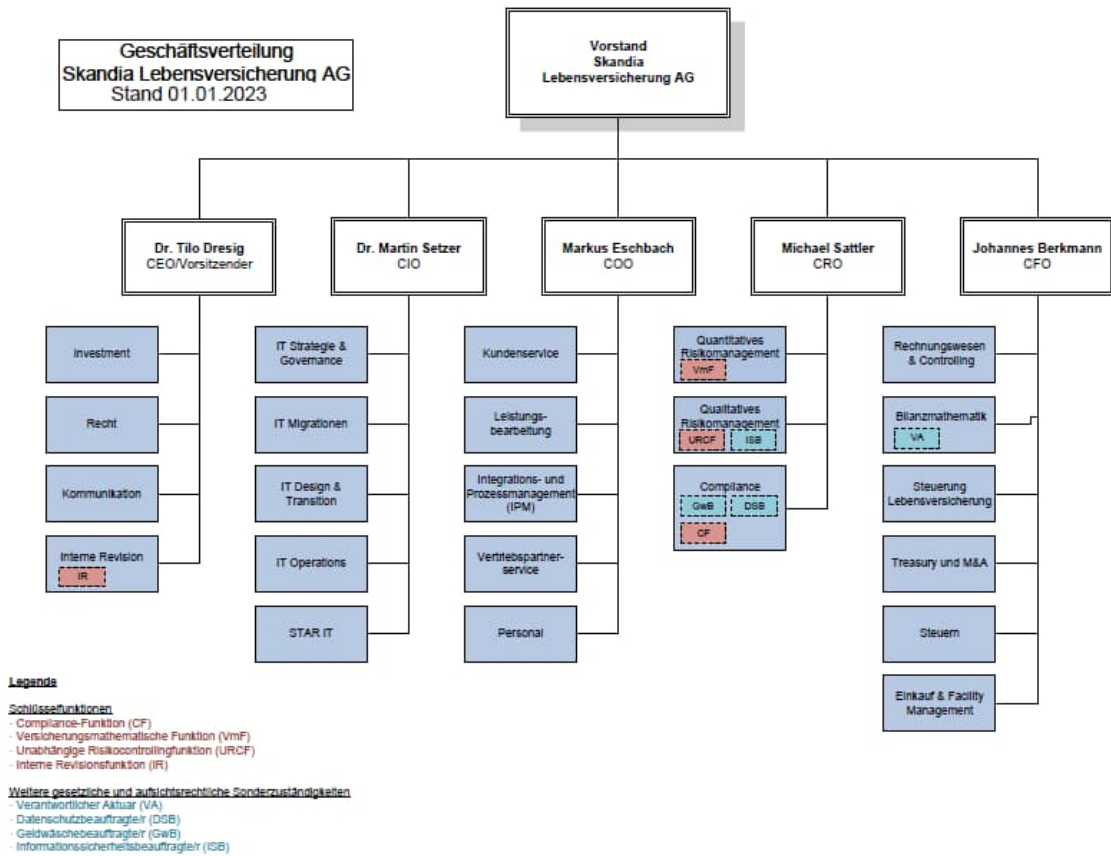
Die SLE wird gemäß Satzung unter Beachtung des „Vier-Augen-Prinzips“ durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Mitglied des Vorstands in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Daneben ist eine rechtsgeschäftliche Vertretung der Gesellschaft durch zwei Gesamtprokuristen möglich.

Spezifische Ausschüsse innerhalb des Vorstands bestehen nicht.

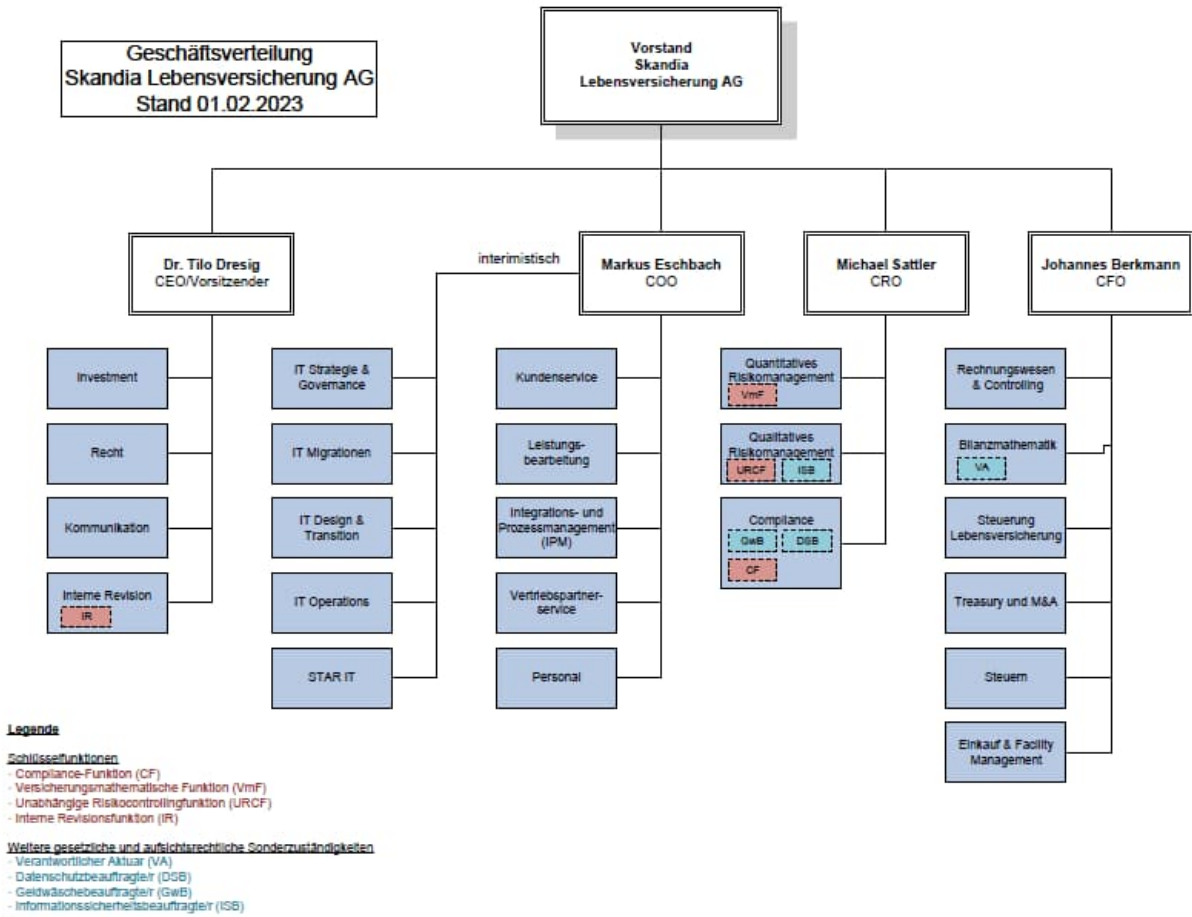
Eine Geschäftsordnung bestimmt die innere Ordnung des Vorstands. Der Vorsitzende des Vorstands leitet die regelmäßigen Vorstandssitzungen. Der Gesamtvorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung teilnehmenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden des Vorstands den Ausschlag. Der Vorsitzende des Vorstands kann außerdem Maßnahmen und Beschlüsse durch seinen Widerspruch verhindern. Bestimmte Maßnahmen der Geschäftsleitung, wie etwa der Abschluss von Unternehmensverträgen, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die SLE hatte im Berichtszeitraum, vorbehaltlich der originären Aufgaben der Vorstandsmitglieder, sämtliche dem Vorstand nachgeordneten Funktionen und Dienstleistungen an andere Unternehmen ausgegliedert. Die Überwachung der ausgelagerten Funktionen nimmt das im Vorstand zuständige Mitglied (Ressortvorstand) wahr. Die Ressortverteilung folgt dem Grundsatz der Trennung von risikoaufbauenden und risikokontrollierenden Aufgaben.

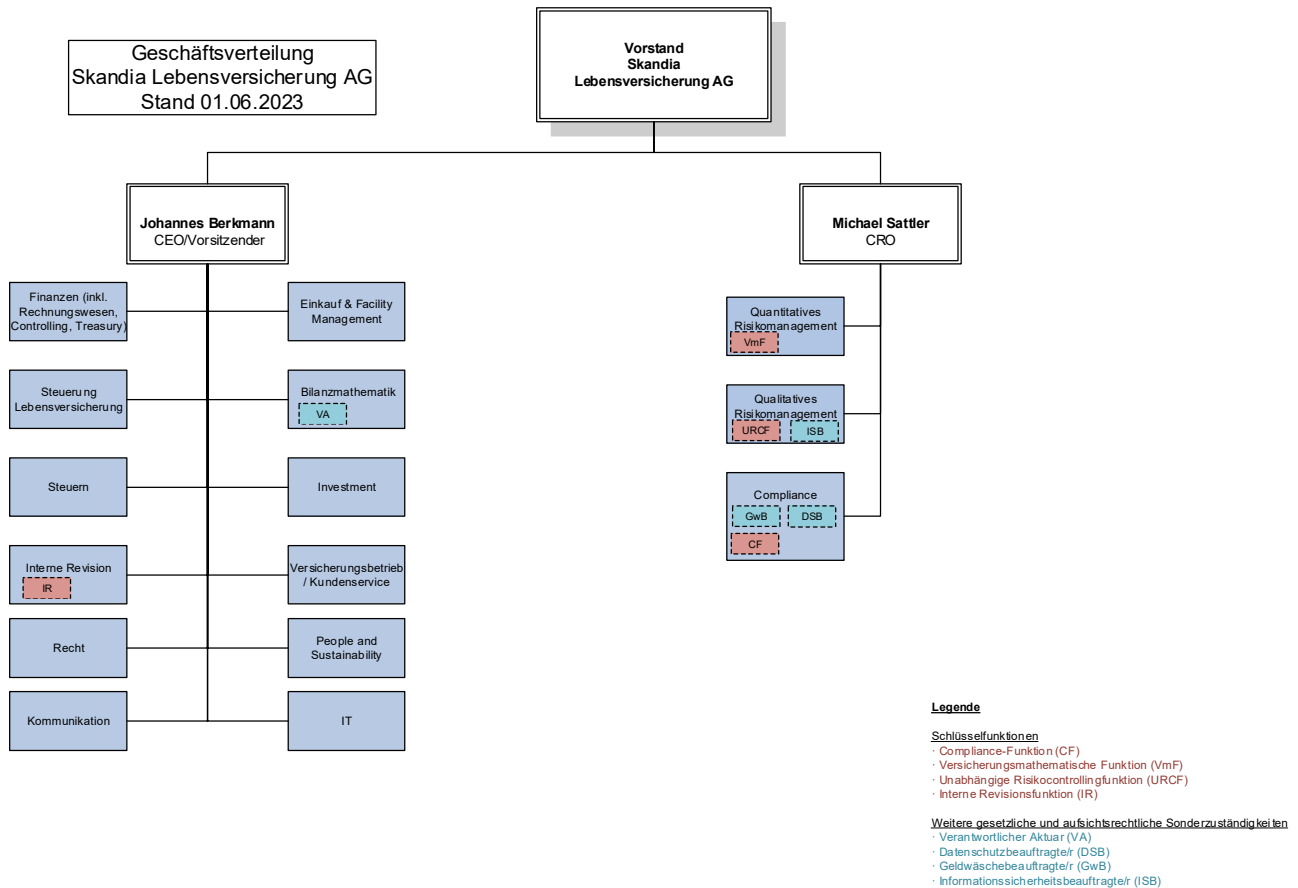
Bis zum Ablauf des 31. Januar 2023 war die Ressortverteilung wie folgt:



Infolge der personellen Wechsel im Vorstand der Gesellschaft wurde der CIO-Bereich interimistisch dem COO-Ressort zugeteilt. Ab dem 1. Februar 2023 und bis zum Ablauf des 31. Mai 2023 war die Ressortverteilung daher wie folgt:



Infolge des weiteren personellen Wechsels im Vorstand der Gesellschaft wurden die CFO- und COO-Bereiche dem CEO-Ressort zugeteilt. Ab dem 1. Juni 2023 und bis zum Ende des Berichtszeitraums war die Ressortverteilung daher wie folgt:



Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der Gesellschaft und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat den Vorstand in seiner Geschäftsführung und berät ihn, unter anderem im Hinblick auf die Risikostrategie und das Risikomanagement. Er wird durch schriftliche Berichterstattung des Vorstands über die Geschäftsentwicklung sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und tritt darüber hinaus zu Sitzungen mit dem Vorstand zusammen. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrats gehört es ferner, den Prüfungsauftrag für den Jahresabschluss an den Abschlussprüfer zu erteilen, den Jahresabschluss und den Lagebericht zu prüfen, den Jahresabschluss festzustellen, den Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung zu erstellen und bestimmten Arten von Geschäften gemäß Geschäftsordnung zuzustimmen.

Dem Aufsichtsrat werden regelmäßig Risikoberichte vorgelegt und erläutert.

Der Aufsichtsrat hatte bis zum 31. Mai 2023 fünf Mitglieder und setzte sich wie folgt zusammen:

- ▼ Dr. Heinz-Peter Roß, Vorsitzender, unabhängiges Mitglied;
- ▼ Caspar Berendsen, stellvertretender Vorsitzender, Cinven Vertreter;
- ▼ David Giroflier, Cinven Vertreter;
- ▼ Samy Jazaerli, Cinven Vertreter;

- ▼ Jonathan Yates, unabhängiges Mitglied.

Am 31. Mai 2023 sind die Herren Dr. Heinz-Peter Roß, Caspar Berendsen und David Girofler aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Die Hauptversammlung vom 12. Mai 2023 hat mit Wirkung zum 1. Juni 2023 Dr. Tilo Dresig zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Dieser wurde sodann auch zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Zum Ende des Berichtszeitraums hatte der Aufsichtsrat drei Mitglieder und setzte sich wie folgt zusammen:

- ▼ Dr. Tilo Dresig, Vorsitzender,
- ▼ Samy Jazaerli, Cinven Vertreter;
- ▼ Jonathan Yates, unabhängiges Mitglied.

Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss nach § 107 Abs. 4 AktG, der nach dem zweiten Satz der Vorschrift aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats besteht und dessen Vorsitzender Samy Jazaerli ist.

Hauptversammlung

Der Hauptversammlung der SLE sind die von der aktienrechtlichen Zuständigkeitsverteilung vorgesehenen Aufgaben zugewiesen. Der Beschlussfassung der Hauptversammlung unterliegen danach unter anderem die Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat, Wahl und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrats, Änderungen der Satzung oder des Grundkapitals sowie die Verschmelzung oder die Auflösung der Gesellschaft. In der Hauptversammlung ist nur der Alleinaktionär der SLE, die VHAG, teilnahme-, antrags- und stimmberechtigt. Die Hauptversammlung wird mindestens einmal jährlich im Anschluss an die Feststellung des Jahresabschlusses abgehalten.

Schlüsselfunktionen

Die SLE verfügt über kein eigenes Personal. Sie hatte daher während des Berichtszeitraums sämtliche mit dem Versicherungsbetrieb zusammenhängenden operativen und administrativen Aufgaben an verbundene und andere Unternehmen ausgegliedert.

Die Ausgliederung erfasste auch die vier Schlüsselfunktionen Unabhängige Risikocontrollingfunktion, Compliance, Interne Revision und Versicherungsmathematische Funktion, die während des Berichtszeitraums bei der Viridium Service Management GmbH eingerichtet waren. Als Ausgliederungsbeauftragter für die Funktionen Compliance (CF), Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) und Versicherungsmathematische Funktion (VMF) wurde der Risikovorstand (CRO) der SLE benannt, als Ausgliederungsbeauftragter für die Interne Revision der Vorstandsvorsitzende (CEO) der SLE. Die Aufgaben der Schlüsselfunktionen werden in den Abschnitten B.1 bis B.6 erläutert. Neben den vorgenannten Organen und Funktionen bestehen keine weiteren Schlüsselfunktionen.

Weitere wesentliche Ausgliederung

Die Verwaltung der Kapitalanlagen des konventionellen Bestands war während des Berichtszeitraums, wie schon in den Vorjahren, an eine renommierte externe Kapitalanlagegesellschaft ausgegliedert.

B.1.2 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum gab es keine (über die in B.1.1 beschriebenen Änderungen hinausgehenden) wesentlichen Änderungen des Governance-Systems.

B.1.3 Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum mit Anteilseignern, Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben und Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans

Zwischen der SLE und anderen Unternehmen der Viridium Gruppe bestehen, wie in den vorhergehenden Abschnitten beschrieben, wesentliche Leistungsbeziehungen aus internen Dienstleistungsverträgen.

Im Berichtszeitraum erhielt die SLE zwei Darlehen von der VHAG über insgesamt 15.000 Tsd. € (5.000 Tsd. € und 10.000 Tsd. €), die jeweils innerhalb einer Woche zurückgezahlt wurden.

Weitere wesentliche Transaktionen mit sonstigen Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, und Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans (VMAO) wurden im Berichtszeitraum nicht durchgeführt.

B.1.4 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Die letzte turnusmäßige Überprüfung des Governance-Systems erfolgte für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2023 und wurde im Februar 2024 abgeschlossen. Eine regelmäßige, nicht anlassbezogene vollständige Überprüfung des Governance-Systems in einem Turnus von drei Jahren wird grundsätzlich für ausreichend und angemessen erachtet.

Die Geschäftsleitung hat im Rahmen der Überprüfung festgestellt, dass

- ▼ die Risikostrategie und die Steuerung des Unternehmens angemessen aufeinander abgestimmt und zur Geschäftsstrategie konsistent sind.
- ▼ die bestehende Geschäftsorganisation die Ziele der Geschäfts- und der Risikostrategie grundsätzlich unterstützt und regelmäßig angepasst wird.
- ▼ das Geschäftsmodell und die ständigen Anpassungen zur Optimierung verschiedene organisatorische (insbesondere Migration, Änderungen in der Aufbauorganisation),
- ▼ technische (insbesondere im Zusammenhang mit der Migration) und personelle Änderungen (Neubesetzungen im Führungskreis und in der Linie) teilweise dazu führen, dass Prozesse nicht immer wie in der Governance vorgesehen bekannt sind und umgesetzt werden. Dies birgt ggf. Compliance Risiken, aber auch andere Risiken wie z.B. Betrugsrisiken und/oder finanzielle Risiken.
- ▼ notwendige Handlungsfelder identifiziert und in Umsetzung sind sowie deren Umsetzung überwacht wird.

Die Geschäftsleitung stellte weiterhin fest, dass die wesentlichen Elemente des Governance-Systems

- ▼ Risikomanagementsystem (RMS; mit Betrachtung der Risiken, Chancen, Planung und des BCM incl. der Informationssicherheit),

- ▼ Compliance Management System (CMS; mit Betrachtung der Maßnahmen zum Datenschutz, zur Vermeidung von Korruption, Betrug und Geldwäsche sowie zur Einhaltung von Compliance),
- ▼ Internes Kontrollsystem (IKS; mit Betrachtung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, Finanzberichterstattung, IT-Systemen, Prozessen) und
- ▼ Internes Revisionssystem (IRS; mit Betrachtung der externen und internen Prüfungen)

grundsätzlich angemessen ausgestaltet und wirksam sind.

B.1.5 Struktur der Vergütungssysteme

Vergütungspolitik

Der allgemeine Rahmen der Vergütungspolitik und die Grundzüge der Vergütungsstruktur und -regelungen sind in der Vergütungsrichtlinie der VG festgelegt. Der Geltungsbereich der Richtlinie umfasst alle Gesellschaften der Gruppe und bezieht Mitglieder der obligatorischen Aufsichtsräte, der Geschäftsleitung, (andere) Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, Schlüsselfunktionsinhaber, Risikoträger und sonstige Mitarbeiter der Gruppe ein, nicht jedoch die vom Gesellschafter der VKG benannten Mitglieder des Beirats. Die Mitglieder der Geschäftsleitung und die Mitglieder des Beirats haben im Berichtszeitraum nur von der VKG eine Vergütung bezogen. Soweit sie Tätigkeiten auch für andere Gruppenunternehmen wahrgenommen haben, sind diese mit der von der Obergesellschaft VKG gezahlten Vergütung abgedeckt.

Die Vergütungspolitik orientiert sich am Ziel einer nachhaltigen Wertentwicklung der Gruppe. Die Vergütungsregelungen in der Gruppe sollen marktgerecht und wettbewerbsfähig sein. Die Vergütungsrichtlinie definiert die Anforderungen an Vergütungssysteme und stellt sicher, dass Vergütungszusagen im Einklang mit der Risikostrategie stehen. Sie sieht wirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten bzw. – wo sich solche nicht vermeiden lassen - zum sachgerechten und bewussten Umgang mit solchen vor. Die Vergütungsrichtlinie ermutigt die jeweils Verantwortlichen nicht zur Übernahme von Risiken, die die Risikotoleranzschwelle der VG bzw. des jeweiligen gruppenzugehörigen Unternehmens überschreiten. Dadurch ist sichergestellt, dass die Fähigkeit der Versicherungs-Holdinggesellschaften und Versicherungsunternehmen der VG, eine adäquate Kapitalausstattung zu gewährleisten, nicht beeinträchtigt wird.

Für die Umsetzung der Vergütungspolitik und die angemessene Ausgestaltung der Vergütungsregelungen sind die personalführenden Gruppengesellschaften verantwortlich, und zwar für die Ausgestaltung der Vergütung für Geschäftsleiter der Beirat und die Gesellschafterversammlung der VKG und für die Ausgestaltung der Vergütung für die übrigen Mitarbeiter die Geschäftsleitung der betreffenden Gesellschaft unter Einbindung der Personalfunktion.

Vergütungskomponenten

Die Vergütungsstruktur der Gruppe sieht eine Kombination von festen und variablen Bestandteilen vor. Der feste Bestandteil macht einen ausreichend hohen Anteil der Gesamtvergütung aus, so dass die betroffenen Personen nicht zu sehr auf die variablen Vergütungsbestandteile angewiesen sind und dadurch negative Anreize geschaffen werden.

Festvergütung:

Die Festvergütung orientiert sich insbesondere an dem Aufgabenspektrum, der Verantwortungsstufe, der Berufserfahrung und den vergleichbaren Gehältern am Markt.

Variable Vergütung:

Variable Vergütungsbestandteile werden bemessen nach dem Gesamtergebnis der Gruppe (Unternehmensziele) und/oder der Bewertung der Leistung des Einzelnen (individuelle Ziele). Die Gewichtung zwischen beiden Zielkomponenten kann variieren. Bei Geschäftsleitern und Schlüsselfunktionsinhabern werden stets individuelle Ziele berücksichtigt, während bei den übrigen Mitarbeitern die variable Vergütung auch nur nach Unternehmenszielen bemessen werden kann. Insgesamt sollen die Unternehmensziele mindestens 50 % der variablen Vergütung ausmachen. Jährliche qualitative und quantitative Ziele werden am Anfang der Leistungsperiode festgesetzt und kommuniziert.

Die variable Vergütung der Geschäftsleiter und Schlüsselfunktionsinhaber hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage, die Mess-größen müssen zumindest teilweise einen Zeitraum für die Zielerreichung von mindestens drei Jahren berücksichtigen. Ein wesentlicher Teil der variablen Vergütung von Geschäftsleitern, Schlüsselfunktionsinhabern, Risikoträgern sowie Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, wird mit einem flexibel zu vereinbarenden zeitlichen Aufschub von mindestens drei Jahren ausgezahlt. Die Bemessung der aufgeschobenen Komponente trägt der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit der VG Rechnung. Bei Veränderungen der Risikoexposition kann der aufgeschobene Anteil einer Abwärtskorrektur unterliegen. Im Berichtszeitraum wurde als Voraussetzung für eine Abwärtskorrektur das Unterschreiten einer vorgegebenen Solvabilitätsquote der Gruppe vorgesehen.

Die Aufteilung von fester und variabler Vergütung ist individuell unterschiedlich. Sie variiert je nach Umfang der Verantwortung. Für die jeweiligen Hierarchieebenen sind Vergütungsrahmen festgelegt. Bei Geschäftsleitern beträgt die variable Vergütung bei maximaler Zielerreichung zwischen 50 % und 100 % des Festgehalts, bei Mitgliedern der ersten und zweiten Führungsebene in der Regel maximal 30 % bis 50 % des Festgehalts und bei sonstigen Mitarbeitern in der Regel maximal 20 % des Festgehalts. Die konkrete Höhe der vereinbarten variablen Vergütung stellt auf die Funktion der betreffenden Person im Unternehmen und deren Beitrag bei der Umsetzung der Unternehmens- und Risikostrategie ab.

Altersversorgung:

Teilweise werden für Geschäftsleitungsmitglieder Beiträge zu einer privaten Altersvorsorge in eine Unterstützungskasse gezahlt. Im Übrigen gibt es keine Versorgungszusagen.

Sonstige, leistungsunabhängige Nebenleistungen:

Nebenleistungen sind individuell unterschiedlich und hängen von den lokalen Marktgegebenheiten ab.

Vergütung des Vorstands

Die Mitglieder des Vorstands der SLE werden, soweit sie zugleich Mitglieder der Geschäftsleitung der Obergesellschaft VKG sind, durch die VKG vergütet. Ein fester Prozentsatz der Vergütung der Mitglieder des Vorstands wird, abhängig von der Anzahl und Gewichtung der Mandate der Mitglieder

des Vorstandes innerhalb der Gruppe, von der VKG an die anderen Gruppenunternehmen im Rahmen der Konzernverrechnung aufgrund eines vorgegebenen, durch den Aufsichtsrat genehmigten Schlüssels weiterbelastet.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Berichtszeitraum von der SLE keine Vergütung bezogen. Ihre Tätigkeit für die SLE ist mit der von der Obergesellschaft VKG gezahlten Vergütung abgedeckt. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats wird nicht von der VKG weiterbelastet. Die Hauptversammlung der SLE hat von dem ihr satzungsmäßig zugewiesenen Recht, den Aufsichtsratsmitgliedern eine Entschädigung zu bewilligen, nicht Gebrauch gemacht.

Vergütung des Beirats

Die Tätigkeit der Mitglieder des Beirats der VKG wird durch eine reine Festvergütung abgegolten. Die Höhe der Vergütung spiegelt die Verantwortung und Komplexität der Aufgaben der Beiratsmitglieder wider. Die Tätigkeit in Ausschüssen wird dabei nicht berücksichtigt. Neben der vierteljährlich in bar abzurechnenden Festvergütung wird angemessener Auslagenersatz gewährt.

Wesentliche Änderungen zum Vorjahr

Für die Gesellschaften der Viridium Gruppe ergeben sich keine wesentlichen Änderungen in den Bestandteilen der Vergütung im Vergleich zum Vorjahr.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Die Unternehmen der Viridium Gruppe haben zur Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit der Kandidaten hinreichende Regeln etabliert. Diese Regeln basieren auf nachhaltigen Erfahrungen bei der Einschätzung hinsichtlich der Eignung und der Zuverlässigkeit von Mitarbeitern.

Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten, oder Inhaber anderer Schlüsselfunktionen müssen für ihre jeweiligen Aufgaben entsprechend qualifiziert sein. Für die zu besetzenden Stellen sind Stellenprofile mit einer genauen Beschreibung der geforderten beruflichen Qualifikation und fachlichen Erfahrungen zwingend notwendig. Abhängig von den Stellenanforderungen müssen die Inhaber dieser Funktionen über:

- ▼ eine entsprechende berufliche Qualifikation und praktische Erfahrung für diese Funktion,
- ▼ analytische Fähigkeiten und Problemlösungskompetenz sowie
- ▼ eine hierarchieübergreifende Kommunikationsfähigkeit

verfügen.

Das Ausmaß der Qualifizierung bezieht sich nach dem Grundsatz der Proportionalität auf das vorherrschende Geschäfts-, Wirtschafts- und Marktumfeld; das heißt, die Wesensart, der Umfang und

die Komplexität der Risiken des Unternehmens sind angemessen berücksichtigt. Einschlägige Erfahrungen in Bezug auf anwendbare fachliche und sonstige Standards müssen stets dargelegt werden können.

Für die vier zwingend einzurichtenden Schlüsselfunktionen beziehungsweise die Inhaber der Schlüsselfunktionen sind, um die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben wahrnehmen zu können, besondere entsprechende berufliche Qualifikationen und praktische Erfahrung zugrunde gelegt, die sich wie folgt darstellen:

Verantwortlicher Inhaber Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)

- ▼ Abgeschlossene universitäre oder Hochschulausbildung mit ausgeprägtem mathematischem Anteil (Wirtschafts-, Ingenieur- oder Naturwissenschaften wie Mathematik, Physik, Maschinenbau, Betriebswirtschaft) oder kaufmännische oder vergleichbare Ausbildung und mindestens fünf Jahre adäquate einschlägige Berufserfahrung;
- ▼ idealerweise Zusatzqualifikation als Aktuar oder Zusatzqualifikation zum Risikomanager einer anerkannten Institution;
- ▼ mindestens fünfjährige Erfahrung in der Versicherungsbranche oder Bankbranche mit gutem Verständnis der verschiedenen operativen Prozesse;
- ▼ Kenntnisse der Kapitalmärkte und der Kapitalmarktinstrumente vor allem für den Versicherungsbereich;
- ▼ Kenntnisse im Projektmanagement;
- ▼ Nachweis fortlaufender Weiterbildung beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

Verantwortlicher Inhaber der Compliance-Funktion (CF)

- ▼ Abgeschlossene universitäre oder Hochschulausbildung als Jurist (Zweites Staatsexamen) oder Wirtschaftswissenschaftler oder eine für die Funktion relevante, einschlägige Ausbildung und mindestens fünf Jahre adäquate einschlägige Berufserfahrung;
- ▼ mindestens dreijährige Erfahrung in der Versicherungsbranche oder Bankbranche mit gutem Verständnis der verschiedenen operativen Prozesse und rechtlichen Anforderungen;
- ▼ Kenntnisse der Kapitalmärkte und der Kapitalmarktinstrumente, idealerweise für den Versicherungsbereich;
- ▼ idealerweise Kenntnisse im Bereich Datenschutz und Geldwäschevermeidung;
- ▼ Nachweis fortlaufender Weiterbildung beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

Verantwortlicher Inhaber Versicherungsmathematische Funktion (VMF)

- ▼ Mathematische Ausbildung mit erfolgreichem Abschluss an Universität, Hoch- oder Fachschule (Diplom, Master) mit Zusatzqualifikation in Wahrscheinlichkeitstheorie (Stochastik), mathematischer Statistik, Finanzmathematik oder kaufmännische oder vergleichbare Ausbildung mit mindestens drei Jahren einschlägiger Berufserfahrung;
- ▼ einschlägige mindestens dreijährige Praxis als Versicherungsmathematiker beziehungsweise Aktuar;
- ▼ Ausbildung zum Aktuar (DAV) oder vergleichbare Kenntniserlangung im Rahmen von beruflicher Erfahrung;
- ▼ Nachweis fortlaufender Weiterbildung beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

Verantwortlicher Inhaber der Funktion Interne Revision (IR)

Die Interne Revision muss aufgrund ihrer Aufgabe alle Arbeitsbereiche sowie alle Aufgaben der Schlüsselfunktionen überprüfen können. Daher muss der Inhaber der Funktion interne Revision ein möglichst breites Spektrum an Wissen und Erfahrungen vorweisen können.

- ▼ Abgeschlossenes Hochschul- beziehungsweise Fachhochschulstudium (Diplom, Master) oder kaufmännische oder vergleichbare Ausbildung mit mindestens fünf Jahren einschlägiger Berufserfahrung;
- ▼ Kenntnisse in Informatik, Betriebswirtschaft, Projektmanagement und Prozessen vor allem aus der Versicherungs- und Bankbranche (Generalist);
- ▼ mindestens fünf Jahre Berufserfahrung, idealerweise in der Revision und/oder im Risikomanagement im Banken- oder Versicherungsbereich;
- ▼ idealerweise Ausbildung zum Certified Internal Auditor (CIA) des Institute of Internal Auditors (IIA) oder zum Certified Information Systems Auditor (CISA) beziehungsweise COBIT practitioner (Zertifikate der ISACA, der Information Systems Audit and Control Association als weltweitem Berufsverband von Information Systems (IS) Fachleuten) oder vergleichbare Ausbildung;
- ▼ Nachweis regelmäßiger Weiterbildungen beziehungsweise Aktualisierung der Kenntnisse.

B.2.1 Regeln zur Anwerbung und Auswahl der Mitarbeiter

Die folgende Beschreibung gilt grundsätzlich für alle Stellenbesetzungen in den Gesellschaften der Viridium Gruppe.

Die Besetzung von vakanten Positionen erfordert das Vorliegen einer konkreten schriftlichen Darlegung der auszuführenden Tätigkeiten (Arbeitsplatz- oder Stellenbeschreibung) inklusive der erwarteten persönlichen und fachlichen Voraussetzungen durch den veranlassenden Fachbereich. Diese wird Basis für die notwendige interne und/oder externe Ausschreibung der Position und muss deshalb vor jeder Ausschreibung und Stellenbesetzung im Personalbereich vorliegen.

Die Gesamtverantwortung für den Prozess liegt grundsätzlich bei der Personalabteilung. Das bedeutet, dass die Personalabteilung für die Ausschreibung, die Steuerung des Prozesses, die Vorauswahl von Bewerbern, den Erstkontakt zu den Bewerbern, die Organisation der Bewerbungsgespräche und die Anforderung und Aufbewahrung aller Unterlagen verantwortlich ist.

Alle Auswahlprozesse sind so etabliert, dass sie zuverlässig und objektiv in Bezug auf die erforderlichen Kompetenzen der Rolle ausgestaltet werden und somit optimal vor Befangenheit schützen. Bei der Berücksichtigung der jeweiligen Anforderungen berücksichtigen wir bestmöglich die Chancengleichheit sowie den Wunsch der Gruppe nach Diversität.

Die Auswahl erfolgt durch den Personalbereich und den Fachbereich, wobei die Personalabteilung die Beratungsfunktion und der Fachbereich die Entscheidungsfunktion innehaben. Grundsätzlich wird bei den Bewerbungsgesprächen und bei der finalen Auswahl zusätzlich zu der verantwortlichen Führungskraft und einem Repräsentanten aus dem Personalbereich mindestens noch eine weitere Person aus dem Fachbereich am Prozess beteiligt.

Interne Kandidaten werden bei passenden Fähigkeiten und/oder Begabungen und anforderungsgerechten Erfahrungen externen Bewerbern vorgezogen – vorausgesetzt, dies lässt sich ohne Beeinträchtigung der korrespondierenden Anforderungen durchführen.

Mit dem Vorstand wird regelmäßig die interne Nachfolgeplanung sowohl für Vorstandspositionen als auch für die Positionen der Leitenden Angestellten durchgesprochen. Für infrage kommende Kandidaten erörtern wir Maßnahmen zur Weiterentwicklung. Eventuelle Defizite beziehungsweise Entwicklungspotenziale werden identifiziert und passende Lösungen für Notfallsituationen definiert.

Bei der Auswahl von Inhabern von Schlüsselaufgaben ist das zuständige Geschäftsleitungsmitglied der Viridium Gruppe in die Entscheidung einzubeziehen, sofern es nicht als direkter Vorgesetzter des Funktionsträgers ohnehin Teil des Verfahrens ist. Darüber hinaus muss bei der Besetzung einer der vier Schlüsselfunktionen die Geschäftsleitung vor Abschluss des Verfahrens durch Beschlussfassung der ausgewählten Person ausdrücklich ihre Zustimmung erteilen. Die Unterlagen bewahrt der Personalbereich auf.

Die Besetzung der Vorstands- und Geschäftsführungsfunktionen initiieren und steuern die entsprechenden Kontrollgremien (zum Beispiel der Aufsichtsrat). Die Aufbewahrung der Unterlagen erfolgt bei den beschlussfassenden Gremien (Aufsichtsrat).

Um die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit der Bewerber auf Schlüsselfunktionen beurteilen zu können, müssen diese bei einer Bewerbung auf die definierten Positionen folgende Nachweise erbringen:

- ▼ Aktueller und lückenloser Lebenslauf, der neben den persönlichen Daten die Ausbildung und die beruflichen Stationen darstellt;
- ▼ „Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde“ beziehungsweise „Europäisches Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde“ gemäß den §§ 30 Abs. 5, 30b Bundeszentralregister (BZRG) bei ausländischen Bewerbern innerhalb der EU, nicht älter als drei Monate;
- ▼ Angabe möglicher familiärer Beziehungen zu Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates;
- ▼ Angabe von bestehenden Nebentätigkeiten zum Ausschluss von Interessenkonflikten und Sicherstellung der zeitlichen Verfügbarkeit inklusive Existenz anderer Geschäftsleiter-, Aufsichtsrat-, Verwaltungsrat- oder Beiratsmandate bei jeglichen Unternehmen;
- ▼ Einhaltung der Voraussetzungen der Inhalte der Merkblätter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Geschäftsleitung und Schlüsselfunktionen (soweit veröffentlicht).

Für sämtliche Bewerber, die zu Gesprächen im Rahmen des Auswahlprozesses eingeladen werden, gilt, dass folgende Unterlagen vorzulegen sind:

- ▼ Nachweis über Abschlüsse, Berufsausbildung, des Studiums beziehungsweise der Aus- und Weiterbildung;
- ▼ Aktueller Lebenslauf.

Wenn alle oben genannten Anforderungen an die Schlüsselfunktion durch den Bewerber erfüllt sind, kann der verantwortliche Fachbereich die Entscheidung treffen.

Ist der Bewerber grundsätzlich fachlich geeignet beziehungsweise sind die Anforderungen teilweise erfüllt, aber bezüglich einiger Kriterien der beruflichen Qualifikation mit einem Weiterbildungsbedarf verbunden, soll ein konkreter Fort- beziehungsweise Weiterbildungsplan erstellt werden.

Abstriche an der Zuverlässigkeit sind unzulässig. Sofern also der Ruf des Bewerbers als beschädigt anzusehen oder das Führungszeugnis mit Einträgen versehen ist, darf keine Einstellung erfolgen. Ausnahmen dürfen in dem Fall nur auf der Basis einer ausführlichen Begründung und eines einstimmigen Beschlusses des Vorstandes erteilt werden.

Im Fall mangelnder Erfüllung der Anforderungen erfolgt eine Ablehnung.

Nach positiver Entscheidung für einen Bewerber sind im Rahmen des Einstellungsverfahrens folgende Unterlagen bei der Personalabteilung vorzulegen:

- ▼ ein gültiger amtlicher Personalausweis oder Pass;
- ▼ ein polizeiliches Führungszeugnis;
- ▼ bei Schlüsselfunktionsinhabern zusätzlich: eine unterzeichnete Zuverlässigkeitserklärung.

Die Personalabteilung ist für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit der einzureichenden Unterlagen verantwortlich. Entsprechend dem Prozess der Einstellungsüberprüfung der Personalabteilung wird im Fall der nicht ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Lieferung der Unterlagen über das dort beschriebene Verfahren eskaliert und im Zweifelsfall die umgehende Auflösung des Vertragsverhältnisses eingeleitet.

Für die Viridium Gruppe soll ein einheitlich festgelegtes Karrieremodell etabliert werden. Auf dieser Basis werden für die Zentralfunktionen Funktionsprofile inklusive deren Anforderungen definiert. Für die Organisationen im Kundenservice gibt es darüber hinaus bestehende Eingruppierungsinstrumente. Auf Grundlage beider vorhandenen Instrumente werden Kandidaten daraufhin überprüft, ob sie die Anforderungen erfüllen und für eine Funktion geeignet sind.

Vor der Einstellung werden – funktionsabhängig – bei Bedarf Hintergrundüberprüfungen für die anzustellenden Personen oder zu beauftragende Dienstleister durchgeführt. Es werden, soweit noch nicht ohnehin vorliegend, ein aktueller Lebenslauf und die relevanten fachlichen Zeugnisse angefordert. Außerdem werden für alle unbefristet und befristet einzustellenden Mitarbeiter polizeiliche Führungszeugnisse angefordert. Dies erfolgt im Rahmen und unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen.

Ob zusätzliche Kontrollen durchgeführt werden, ist abhängig von der Höhe der Risikoklassifizierung der Rolle, gesetzlichen und behördlichen Anforderungen sowie lokalen Marktpraktiken. Die praktizierten Kontrollen sollten im Verhältnis zur Rolle und zum Grad der potenziellen Gefahr stehen.

Weitere oder aktualisierte Überprüfungen (ohne Beschäftigungshistorie) sind zulässig, wenn eine Einzelperson befördert wird und/oder in eine Schlüsselposition wechselt. Die Prüfung der Informationen erfolgt unter Berücksichtigung der Rolle.

B.2.2 Regeln betreffend individuelle Verpflichtungen

Die Bewertung, ob eine Person als zuverlässig anzusehen ist, durch das Unternehmen beinhaltet eine Bewertung der Redlichkeit und der finanziellen Solidität der Person, die sich auf relevante Anhaltspunkte hinsichtlich des Charakters, des persönlichen Verhaltens und des Geschäftsgebarens, einschließlich strafrechtlicher, finanzieller und aufsichtsrechtlicher Aspekte, stützt, unabhängig von der Rechtsordnung. Die Frage der Verjährung eines potenziell begangenen Verstoßes wird gleichwohl im Einklang mit nationalem Recht oder nationaler Praxis beurteilt.

Persönliche Zuverlässigkeit und Integrität liegen grundsätzlich dann vor, wenn es keinen Grund gibt, das Gegenteil anzunehmen. Jedoch müssen dazu geeignete Belege und amtliche Dokumente vorgelegt werden. Relevante Straftaten sowie Disziplinar- und Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf Unternehmen, Konkurs, Insolvenz oder Verbraucherschutz sind ebenso zu beachten wie die persönliche finanzielle Situation, die bisherige berufliche Karriere oder potenzielle Interessenkonflikte.

Frühere Zuwiderhandlungen bedeuten jedoch nicht automatisch, dass eine Person nicht als persönlich zuverlässig für die von ihr zu erfüllenden Pflichten eingestuft werden kann. Auch wenn strafrechtliche, disziplinarische oder verwaltungsrechtliche Verurteilungen oder ein früheres Fehlverhalten bedeutende Faktoren sind, wird gewürdigt, dass die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit auf Einzelfallbasis zu erfolgen hat. Daher ist der Art des Fehlverhaltens oder der Verurteilung, dem Grad der Anfechtbarkeit (rechtskräftige / nicht rechtskräftige Verurteilung), der seit dem Fehlverhalten oder der Verurteilung verstrichenen Zeit und deren Schwere sowie dem anschließenden Verhalten der Person Rechnung zu tragen.

Für Personen mit Leitungsfunktion und Personen mit anderen Schlüsselaufgaben dürfen keine unterschiedlichen Standards bezüglich der persönlichen Zuverlässigkeit gelten, da das Ansehen und die Integrität der Personen stets dasselbe angemessene Niveau haben sollten.

Jeder Inhaber einer Schlüsselfunktion wird auf seine persönliche Verantwortung hingewiesen, unverzüglich alle Informationen zu melden, die Einfluss auf die Eignung und die Zuverlässigkeit haben.

Die Personalabteilung wird benachrichtigt, wenn ein Inhaber einer Schlüsselfunktion nicht länger geeignet ist, die Erfordernisse von Eignung und Zuverlässigkeit zu erfüllen.

Einmal jährlich überprüft der direkte Vorgesetzte die Eignung und die Zuverlässigkeit der Inhaber der Schlüsselfunktionen im Rahmen eines turnusgemäßen Feedback-Gesprächs. Diese Gespräche werden dokumentiert; Nachweise vorgenommener Fortbildungen sowie die Ergebnisse der Gespräche dem Personalbereich übermittelt.

B.2.3 Regeln betreffend Dokumentation und Benachrichtigungen

Innerhalb der Viridium Gruppe werden unter Berücksichtigung des Oberbegriffs „Schlüsselaufgaben“ für alle Gesellschaften folgende Funktionsträger als Schlüsselaufgaben definiert:

- ▼ Personen mit Leitungsfunktion, die befugt sind, für die Viridium Gruppe wesentliche operative Entscheidungen zu treffen. Dies sind somit alle Vorstände und Geschäftsführer der einzelnen Gesellschaften der Viridium Gruppe,

- ▼ Personen, die Schlüsselaufgaben verantwortlich innehaben. Hier wird unterteilt in die zwingend einzurichtenden vier Schlüsselfunktionen
 - Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF),
 - Compliance Funktion (CF),
 - Interne Revision (IR),
 - Versicherungsmathematische Funktion (VMF)
- ▼ Personen, die sogenannte weitere Schlüsselaufgaben innehaben. Diese Funktionen sind primär in Bereichen angesiedelt, die für den Geschäftsbetrieb der Viridium Gruppe von erheblicher Bedeutung sind. Hierzu zählen innerhalb der Viridium Gruppe Personen,
 - die eine signifikante Rolle direkt oder indirekt im Bereich der Unternehmensführung spielen,
 - die bei wichtigen Entscheidungen im Geschäftsbetrieb essenziell mitwirken,
 - die mit ihren Entscheidungen die finanzielle Lage des Unternehmens oder der Gesellschaften wesentlich beeinflussen können,
 - die Verantwortung in wesentlichen aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten tragen und
 - die Mitglieder des Aufsichtsrats.

Ein Verzeichnis aller Rollen, die als Schlüsselfunktionen gelten, wird auf dem neuesten Stand gehalten. Zeitpunkte und klärende Gründe für Änderungen müssen angemerkt werden. Die Personalabteilung führt dieses Verzeichnis und kann es bedarfsweise zur Verfügung stellen.

Eignungs- und Zuverlässigkeitskriterien und Überprüfungsstufen sowie die Erfüllung durch die jeweiligen Inhaber dieser Funktionen werden für jede Schlüsselfunktion dokumentiert. Alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen betreffend Benachrichtigungen sollen rechtzeitig und genau erfüllt werden.

B.2.4 Regeln betreffend ausgegliederte Schlüsselfunktionen

Wird eine Schlüsselfunktion ausgelagert, dann überprüft die betroffene Geschäftseinheit zusammen mit dem Bereich Einkauf, ob alle in Betracht kommenden Personen für die betreffende Schlüsselfunktion geeignet und zuverlässig sind und ob die Dienstleistungsanbieter über ausreichende Prozesse und Verfahren zur laufenden Bewertung verfügen.

B.2.5 Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte

Die Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte der Gesellschaften der Gruppe unterliegen den allgemeinen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an ihre fachliche Eignung und Zuverlässigkeit. Aufgrund dieser Anforderungen wird bei jeder Bestellung durch die Geschäftsleitung und die Rechtsfunktion der Gruppe anhand der einzuholenden Unterlagen (Lebenslauf, Führungszeugnis etc.) geprüft, ob die betreffenden Personen über entsprechende Voraussetzungen für die zugeordnete Aufgabe verfügen. Die Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte haben gemeinsam über die Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen zu verfügen, um ihre Aufgaben und Verantwortlichkeiten angemessen und unabhängig zu erfüllen. Dazu gehört in erster Linie die Geschäftsleitung angemessen zu überwachen. Dafür müssen die Mitglieder des Beirats und der Aufsichtsräte die vom Unternehmen getätigten Geschäfte verstehen und deren Risiken beurteilen können.

Der Beirat und die Aufsichtsräte haben sich eine Fit & Proper Policy gegeben, die die Anforderungen an die individuelle und kollektive fachliche Eignung sowie die Zuverlässigkeit näher spezifizieren und die Verpflichtung sowie entsprechende Prozesse zur jährlichen Überprüfung der Eignung durch eine

Selbsteinschätzung, zur Aufstellung eines jährlichen Entwicklungsplans sowie zur Abgabe einer jährlichen Erklärung zur Fortdauer der Zuverlässigkeit vorsehen. Bei jeder personellen Änderung des Beirats und der Aufsichtsräte wird die kollektive Eignung erneut festgestellt.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Stetige Weiterentwicklung des Risikomanagements

Die Viridium Gruppe richtet die Anforderungen an das Risikomanagementsystem der Gruppe an der Geschäftsstrategie und der Governance-Struktur der Gruppe aus. Um eine einheitliche Umsetzung des Risikomanagementsystems auf Konzernebene sicherzustellen, verfügt die Viridium Gruppe über eine Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), die Methoden und Prozesse für die einzelnen Unternehmen vorgibt, eine Risikodatenbank zur Erfassung von Risiken, Kontrollen und Maßnahmen zur Verfügung stellt sowie konzernweite Projekte zur Weiterentwicklung des Risikomanagements betreibt.

Neben neuen regulatorischen Vorgaben, wie beispielsweise dem Digital Operational Resilience Act (DORA) oder Anforderungen im ESG-Kontext, hat insbesondere das abrupt veränderte Kapitalmarktumfeld das Geschäftsjahr maßgeblich geprägt.

B.3.2 Geschäfts- und Risikostrategie

Unsere Geschäftsstrategie beschreibt die langfristigen obersten Unternehmensziele und die Maßnahmen, mit denen diese erreicht werden sollen. Aus diesen langfristigen Unternehmenszielen und den damit verbundenen Maßnahmen resultieren wiederum Risiken, deren Handhabung in einer Risikostrategie niedergelegt wird.

Aus der Geschäftsstrategie der Viridium Gruppe leitet sich deren Risikostrategie ab. Die Viridium Gruppe sieht das Management von Chancen und Risiken als eine zentrale Kompetenz an. Das heißt: Chancen können nur unter Eingehung bestimmter Risiken genutzt werden, die dezidiert zu steuern sind. Als zu steuerndes Risiko erachtet die VG in diesem Zusammenhang die Möglichkeit einer negativen Abweichung von geplanten Zielen. Das Management von Risiken ist folglich nicht deren Minimierung, sondern die Optimierung des Chance-Risiko-Verhältnisses unter der Maßgabe, jederzeit und dauerhaft allen Verpflichtungen nachkommen zu können, zum Beispiel gegenüber Versicherungsnehmern, Rückversicherern und sonstigen Vertragspartnern sowie mit Blick auf die Compliance-Anforderungen. Daraus ergibt sich insbesondere die Notwendigkeit, einer qualitativ hochwertigen Überwachung unvermeidbarer Risiken.

Dementsprechend ist es Ziel der Viridium Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften, Risiken kontrolliert einzugehen und zu handhaben, um auf diese Weise Wert zu generieren oder zu schützen. Vermieden werden sollen Risiken, die keinen Beitrag zur Wertschöpfung oder zu den strategischen Zielen mit sich bringen. Risiken, die unvermeidlich aus der Ausübung unserer Geschäftstätigkeit resultieren, wie beispielsweise Forderungsausfallrisiken, werden überwacht und anhand einer Präferenzermittlung behandelt. Der bewusste Umgang mit Risiken umfasst deren qualitative Erfassung und weitestmögliche Quantifizierung sowie ihre Einstufung nach Wesentlichkeit. Unter Berücksichtigung aller rechtlichen Rahmenbedingungen erstreckt sich dieses Vorgehen von der strategischen

Planung bis hin zu den operationellen Tätigkeiten im Unternehmen. Aus den Regelungen auf Gruppenebene leiten sich analog die Risikostrategien der Einzelgesellschaften ab.

B.3.3 Risikotragfähigkeitskonzept

Die Risikotragfähigkeit beschreibt allgemein die Fähigkeit, die aus dem gegebenen Risikoprofil resultierenden Verlustrisiken abzudecken. Auf Basis der Risikotragfähigkeit werden das aktuelle Gesamtrisikoprofil und der dadurch implizierte Kapitalbedarf einerseits und die vorhandenen beziehungsweise generierbaren Eigenmittel andererseits gegenübergestellt.

Der aus dem aktuellen Gesamtrisikoprofil abgeleitete Kapitalbedarf basiert unter Solvency II im Wesentlichen auf zwei Größen:

Zum einen auf der Solvenzkapitalanforderung (SCR), die entweder durch Anwendung der europaweit einheitlich vorgegebenen Standardformel oder ganz oder teilweise durch ein von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigtes internes Modell ermittelt wird. Die Viridium Gruppe wendet sowohl auf Ebene der einzelnen Versicherungsunternehmen als auch auf Gruppenebene ausschließlich die Standardformel an. Neben dem SCR gibt es auch eine sogenannte Mindestkapitalanforderung (MCR), in der eine weitere regulatorische Kapitalanforderung zum Ausdruck kommt, die unterhalb des SCR liegt.

Zum anderen auf dem Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB), durch den das unternehmensindividuelle Risikoprofil in Form einer internen Risikokapitalbedarfsermittlung zum Ausdruck kommt. Der GSB wird im Rahmen des regelmäßigen oder anlassbezogenen ORSA (Own Risk and Solvency Assessment) ermittelt und den vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Auf Basis der bislang durchgeführten ORSAs für die Versicherungsunternehmen und die Viridium Gruppe ergab sich bislang keine signifikante Abweichung zwischen dem SCR und dem GSB. Die Risikosteuerung basiert daher weiterhin auf den SCR-Anforderungen.

Die anrechenbaren Eigenmittel stellen wiederum die ökonomische Risikodeckungsmasse zur potenziellen Finanzierung des SCR beziehungsweise GSB dar. Die vorhandenen Eigenmittel ergeben sich größtenteils aus der Solvabilitätsübersicht, in der eine Gegenüberstellung der nach ökonomischen Prinzipien bewerteten Vermögenswerte (insbesondere Kapitalanlagen) und der nach ökonomischen Prinzipien bewerteten Verpflichtungen (insbesondere Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen) erfolgt.

Die Geschäftsleitung hat, neben der im Vergleich zum GSB grundsätzlich konservativeren und für die interne Steuerung relevanten SCR-Risikomessung, zusätzlich einen weiteren Kapitalpuffer definiert.

Die Geschäftsleitung hat zur Risikoüberwachung (vgl. Kapitel B.3.7.4) ein Limitsystem auf Basis messbarer Risikoindikatoren (Key Risk Indicator – KRI) und von Risikokapitalbudgets beschlossen. Sie wird regelmäßig darüber informiert, inwieweit Limite ausgeschöpft sind. Im Fall der Limitüberschreitung werden Ursachen diskutiert und gegebenenfalls Maßnahmen festgelegt und dokumentiert, die durch die Risikoverantwortlichen umzusetzen sind.

Bei der Überschreitung von Limiten wird bei Bedarf von der URCF eine Analyse der geänderten Risikosituation durch den Risikoverantwortlichen in Auftrag gegeben. Die Analyse wird der Geschäftsleitung im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung vorgelegt und diskutiert.

Ein Eskalationsprozess ist somit festgelegt.

Die einzige Nicht-Versicherungsgesellschaft beziehungsweise Versicherungsservicegesellschaft, die Skandia PortfolioManagement GmbH, Neu-Isenburg (SPM), erfüllt die aufsichtlichen Anforderungen gemäß Wertpapierinstitutsgesetz (WpIG), Delegierte Verordnung (EU) 2017/565, BaFin-Rundschreiben 10/2021 MaRisk (BA) und MaComp.

B.3.4 Risikobegriff und Risikokategorien

Als Risiko ist bei der Viridium Gruppe das mögliche Eintreten eines Ereignisses definiert, das zur negativen Abweichung eines Planwertes aus der Geschäftsstrategie (etwa Kosten oder Geschäftsziele) führt, wobei sich Risiko aus (i) Unsicherheit des Eintritts und (ii) Variabilität der Auswirkung definiert. Positive Abweichungen sind Chancen.

Die Viridium Gruppe versteht gemäß der Risikostrategie unter wesentlichen Risiken solche, die mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

- ▼ Risiken, bei denen der Betrag der Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement – SCR), der gemäß der Standardformel aus Solvency II berechnet wird, 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB im betreffenden Unternehmen übersteigt;
- ▼ Risiken, die bedeutende negative Auswirkungen auf Vermögenswerte, die finanzielle Situation oder auf die Erträge haben. Unter „bedeutend“ verstehen wir einen Betrag in Höhe von 10 % der geplanten Gewinnausschüttung / Dividende;
- ▼ Risiken, die die Compliance hinsichtlich gesetzlicher und aufsichtsbehördlicher Anforderungen schwer beeinträchtigen können;
- ▼ Risiken, deren Risikobewertung in der Risikobewertungsmatrix den in der Risikomanagementrichtlinie der Gruppe festgelegten Grenzwert für wesentliche Risiken überschreitet (siehe Kapitel B.3.7.2);
- ▼ Reputationsrisiken (aufgrund der Bedeutung für unser Geschäftsmodell);
- ▼ Zinsänderungsrisiken (aufgrund der umfassenden Interaktion mit anderen Risiken und der Bedeutung für unser Geschäftsmodell);

Bei der Viridium Gruppe erfolgt die unternehmensweite konsistente Risikoerfassung mittels vorgegebener Risikokategorien. Die Risikokategorien der Versicherungsgruppe orientieren sich an den Modulen der Standardformel nach Solvency II. Die Viridium Gruppe strebt eine granularere Risikokategorisierung an, die über die Module der Standardformel hinausgeht. Zusätzlich wird das operationelle Risiko noch in Subkategorien unterteilt. Folgende Risikokategorien werden in der Risikomanagement-Richtlinie vom 29. November 2023 vorgegeben:

- ▼ Strategisches Risiko;
- ▼ Marktrisiken: Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Konzentrationsrisiko, Immobilienrisiko und Spreadrisiko;

- ▼ Versicherungstechnische Risiken: Storno, Langlebigkeit, Sterblichkeit, Invalidität, Kosten und Katastrophenrisiko;
- ▼ Marktrisiken: Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Konzentrationsrisiko, Immobilienrisiko und Spreadrisiko;
- ▼ Gegenparteiausfallrisiko / Adressenausfallrisiko;
- ▼ Reputationsrisiko;
- ▼ Operationelle Risiken: IT-Systemrisiko, Personalrisiko, Prozessrisiko, M&A-Risiko, Veränderungsrisiko, Ausgliederungsrisiko, Betriebsunterbrechungsrisiko, Rechtsrisiko und Compliance-Risiko, dem wiederum die Subrisiken Geldwäsche / Sanktionen, Betrug (intern / extern), Bestechung / Bestechlichkeit, Untreue, Korruption, Datenschutz, Informationssicherheit, Steuerrisiken, Haftungsrisiken aus Beratung und sonstige Compliance-Risiken zugeordnet werden;
- ▼ Liquiditätsrisiko;
- ▼ ESG-bezogene Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken.

B.3.5 Risikoappetit

Aus der festgelegten Risikostrategie ergeben sich für das Jahr 2023 zum Umgang mit Risiken grundsätzlich die folgenden Präferenzen:

	risikofreudig	risikotolerant	risikoneutral	moderat risikoavers	risikoavers
Risiko vs. Chance	VG ist überzeugt, dass eine aggressive Risikoübernahme gerechtfertigt ist	VG ist gewillt, ein höheres Risiko als im Durchschnitt einzugehen	VG verfolgt einen ausgewogenen Ansatz beim Eingehen des Risikos	VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen des Risikos	VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen des Risikos und akzeptiert so wenig Risiko wie möglich
Zielsetzung und Auswirkung	Bereit, große negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen	Bereit, einige negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen	Potentielle negative Auswirkungen und Erreichung strategischer Ziele werden als gleichwertig erachtet	Bereit, geringe negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen	Bereit, keine negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen
Präferierter Ansatz für Risikoumgang	Risiko wird akzeptiert insoweit die Risikotragfähigkeit und andere Restriktionen dies zulassen	Risiko wird akzeptiert oder gemindert durch interne Maßnahmen	Keine Präferenzen bzgl. Risikoumgang	Präferenz Risiko zu vermeiden oder auf außenstehenden Dritten abzuwälzen	Risiken, bei denen kein effektiver Umgang bzw. keine effektive Abwälzung möglich ist, werden vermieden
Entscheidungskriterien für Risikosteuerung	Minimal, sofern überhaupt aktiv Maßnahmen zur Risikosteuerung ergriffen werden	Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann	Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen auf Basis von Kosteneffektivität, Managementprioritäten und potentieller Ergebnisse	Bei der Erwägung von Maßnahmen zur Risikominderung wird den Kosten, die bei Risikoeintritt entstehen, eine relativ höhere Priorität eingeräumt	Maßnahmen zur Risikosteuerung werden sogar dann ergriffen, wenn die Kosten der Maßnahme die erwarteten Kosten bei Risikorealisation übersteigen

Zusätzlich zu der qualitativen Definition des Risikoappetits je Subrisikokategorie werden auch Risikokapitalbudgets definiert, um den Risikoappetit zu quantifizieren.

Für die Tochtergesellschaften der Viridium Gruppe gelten diese Definitionen gleichermaßen. Die für einzelne Risiken ermittelten Präferenzen unterliegen der kontinuierlichen Überprüfung und Evaluierung. Änderungen dieser Präferenzen bei der Viridium Gruppe werden der Geschäftsleitung und dem Beirat zur Entscheidung vorgelegt. Änderungen bei den Lebensversicherungsunternehmen entsprechend dem Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Risikostrategie wurde im Jahr 2022 turnusmäßig überprüft und von der Geschäftsleitung mit Gültigkeit ab 1. Januar 2023 beschlossen.

In der zum Berichtsstichtag gültigen Risikostrategie sind die Präferenzen der Viridium Gruppe für den Umgang mit Risiken festgelegt. Eine Überprüfung der Risikopräferenzen sowie der einzelnen Risikobeschreibungen ist während der Überprüfung der Risikostrategie erfolgt.

Diese Festlegungen spiegeln die spezifischen Strategien und Ziele je Risikokategorie beziehungsweise Risikoart wider, sind für alle Unternehmen der Gruppe verbindlich und werden im Folgenden dargelegt:

Risiko-kategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Strategisches Risiko	Strategisches Risiko	Risikoneutral	Die VG verfolgt einen ausgewogenen Ansatz beim Eingehen von strategischen Risiken. Strategische Risiken werden durch die Einrichtung einer starken Risikomanagementfunktion sowie durch eine enge Einbeziehung von Vorstand und Beirat bei allen strategischen Entscheidungen gemanagt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Stornorisiko	Risikotolerant	Das Geschäftsmodell der VG erfordert das Eingehen von Stornorisiken. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden auf Basis von Kosteneffektivität, Managementprioritäten und potentieller Ergebnisse ergriffen. Risikominderungsmaßnahmen konzentrieren sich auf Kundenbindungsaktivitäten und auf ein hohes Maß an Servicequalität für Versicherungsnehmer und für Vertriebspartner. Eine intensive Überwachung der Stornoraten ist etabliert, damit im Fall von adversen Veränderungen der Stornoraten Maßnahmen ergriffen werden können. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf risikotolerant gesetzt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Langlebigkeitsrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Dieses Risiko besteht für Versicherungsprodukte mit Renten. Das Risiko ist sehr langfristig und steht im Zusammenhang mit Änderungen im Gesundheitswesen und in der Lebensgestaltung. Gemäß der MindZV ist eine Minderung in beschränktem Rahmen möglich. Rückversicherungslösungen werden in Betracht gezogen, wenn passende Produkte verfügbar sind. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE übernimmt Langlebigkeitsrisiken von allen Lebensversicherungsunternehmen der Gruppe. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Sterblichkeitsrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Sterblichkeitsrisiken. Sterblichkeitsrisiken werden über Rückversicherungslösungen abgewälzt, wenn und soweit dies kosteneffektiv möglich ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE geht aktiv biometrische Risiken ein, soweit diese im Rahmen der Risikotragfähigkeit und anderer Limitierungen bleiben und solange dies mit den Geschäftszielen der VRE konsistent ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.
Versicherungstechnisches Risiko Leben / Gesundheit	Invaliditätsrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Invaliditätsrisiken. Invaliditätsrisiken werden zum Teil über Rückversicherungslösungen abgewälzt. Zusätzlich sind Schadenmanagementprozesse und Kontrollen etabliert. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE geht aktiv biometrische Risiken ein, soweit diese im Rahmen der Risikotragfähigkeit und anderer Limitierungen bleiben und solange dies mit den Geschäftszielen der VRE konsistent ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.

Risiko-kategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Versicherungs-technisches Risiko Leben / Gesundheit	Kostenrisiko	Moderat risikoavers	Das Geschäftsmodell der VG erfordert es, ein gewisses Maß an Kostenrisiken einzugehen. Maßnahmen zur Risikosteuerung wie ein robuster Budgetierungsprozess und strikte Kontrollen sind zur Minderung des Risikos etabliert. Investitionen in eine ganzheitliche IT-Plattform und in Prozessautomatisierung helfen ebenfalls bei der Minderung von Kostenrisiken. Weitere Maßnahmen sind: ein robuster und kostenminimierender Auswahlprozess von externen Dienstleistern sowie die kontinuierliche Evaluierung der bestehenden Prozesse im Hinblick auf Kosteneinsparungspotentiale und Kostenoptimierung. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf moderat risikoavers festgesetzt. Die Versicherungsgesellschaften der Gruppe verfolgen einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen etwaiger Kostenrisiken. Aufgrund der bestehenden Ausgliederungsverträge werden Kostenrisiken teilweise auf die VG verlagert.
Versicherungs-technisches Risiko Leben / Gesundheit	Katastrophenrisiko	Moderat risikoavers bzw. risikofreudig bei VRE	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Katastrophenrisiken. Dabei handelt es sich um Risiken außergewöhnlicher Ereignisse, die Auswirkungen auf die Sterblichkeit und die Invalidität haben, zum Beispiel Epidemien. Katastrophenrisiken werden über Rückversicherungslösungen abgewälzt, wenn und soweit dies kosteneffektiv möglich ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko (bis auf VRE) auf moderat risikoavers festgesetzt. Die VRE geht aktiv biometrische Risiken ein, soweit diese im Rahmen der Risikotragfähigkeit und anderer Limitierungen bleiben und solange dies mit den Geschäftszielen der VRE konsistent ist. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko für die VRE auf risikofreudig festgelegt.
Marktrisiko	Zinsrisiko	Moderat risikoavers	Die VG hat einen vorsichtigen Ansatz im Umgang mit dem Zinsrisiko gewählt und ist nur bereit geringe negative Auswirkungen zu akzeptieren, um strategische Ziele zu erreichen. Das Risiko soll in erster Linie durch ein effektives Asset Liability Management (ALM) auf ein akzeptables Niveau reduziert werden. Die vollständige Vermeidung dieses Risikos ist kaum möglich, da wegen der Konvexität jede Zinsbewegung eine unterschiedliche Auswirkung auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hat. Dies bedeutet, dass jede Zinsbewegung wieder zu einer Öffnung einer bis dahin temporär vollständig geschlossenen Durationslücke führen kann. Eine permanent sehr niedrige Durationslücke würde eine kontinuierliche Anpassung des Hedging erforderlich machen und dadurch zu überproportional hohen Kosten führen. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf moderat risikoavers gesetzt.
Marktrisiko	Aktienrisiko	Moderat risikoavers (Konventionelles Geschäft), risikotolerant (Fondsgebundenes Geschäft)	Das Aktienrisiko im konventionellen Geschäft soll vollständig vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Die Risikopräferenz wird daher auf risikoavers festgelegt. Für die PLE wird als Ausnahme die Risikopräferenz auf moderat risikoavers festgelegt, da bestimmte konventionelle Versicherungsprodukte der PLE ein bestimmtes Volumen an Aktien erfordern. Im fondsgebundenen Geschäft entscheiden die Kunden über die Investmentfonds, in die sie investieren wollen. Das Aktienrisiko ist Teil der Rückvergütungen, die dem Aktienrisiko ausgesetzt sind (z.B. ein Aktienfonds). Aufgrund der unterschiedlichen Ertragsquellen und den relativ hohen Hedgingkosten ist die Risikopräferenz risikotolerant. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann.

Risiko-kategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Marktrisiko	Währungsrisiko	Moderat risikoavers (Konventionelles Geschäft), risikotolerant (Fondsgebundenes Geschäft)	Das Währungsrisiko im konventionellen Geschäft soll vollständig vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Die Risikopräferenz wird daher auf risikoavers festgelegt. Im fondsgebundenen Geschäft entscheiden die Kunden über die Investmentfonds, in die sie investieren wollen. Das Währungsrisiko löst etwas Volatilität der Rückvergütungen aus. Aufgrund der unterschiedlichen Ertragsquellen und den Hedgingkosten ist die Risikopräferenz risikotolerant. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann.
Marktrisiko	Spreadrisiko	Risikotolerant	Die VG strebt danach, die Investment-Performance im konventionellen Geschäft insgesamt zu verbessern, um auch im Niedrigzinsumfeld die Garantiezinsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern bedienen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, akzeptiert die VG daher auch einige negative Auswirkungen. Die Risikopräferenz ist auf risikotolerant festgelegt worden. Im fondsgebundenen Geschäft entscheiden die Kunden über die Investmentfonds, in die sie investieren wollen. Das Spreadrisiko ist Teil der Rückvergütungen, die dem Spreadrisiko ausgesetzt sind (z.B. ein Investmentfonds investiert in Unternehmensanleihen). Aufgrund der unterschiedlichen Ertragsquellen und den relativ hohen Hedgingkosten ist die Risikopräferenz risikotolerant. Maßnahmen zur Risikosteuerung werden ergriffen, sofern ein hohes Maß an Sicherheit für Kosteneffektivität der potentiellen Ergebnisse nachgewiesen werden kann.
Marktrisiko	Konzentrationsrisiko	Risikoavers	Es besteht kein Risikoappetit für Konzentrationsrisiken.
Marktrisiko	Immobilienrisiko	Risikoavers	Es besteht grundsätzlich kein Risikoappetit für Immobilienrisiken.
Gegenparteausfallrisiko	Adressenausfallrisiko	Risikoneutral bzw. risikotolerant bei PLE und ELE	VG verfolgt einen ausgewogenen Ansatz beim Eingehen des Gegenparteausfallrisikos. Dieses Risiko bezieht sich auf „Schulden“ (u.a. bezüglich Hypothekendarlehen, Vermittlern, Rückversicherern und Derivaten) und -guthaben. Es wird durch einen strengen Auswahlprozess der Gegenparteien und eine enge Überwachung der Exponierungen minimiert. Daher wird die Risikopräferenz grundsätzlich auf risikoneutral gesetzt. Für die PLE und ELE wird eine gewisse Exponierung in Hypothekendarlehen im Rahmen der Strategischen Asset Allokation angestrebt, so dass die Risikopräferenz für diese beiden Gesellschaften auf risikotolerant gesetzt wird.
Liquiditätsrisiko	Liquiditätsrisiko	Risikoavers	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Liquiditätsrisiken und akzeptiert so wenige Liquiditätsrisiken wie möglich. Minimierung des Risikos durch genaue Überwachung der Liquiditätsanforderungen und die ständige Bereithaltung eines Mindestbetrags an liquiden Vermögenswerten.

Risiko-kategorie	Risiko	Präferenz	Umgang
Operati- onelles Ri- siko	Operationel- les Risiko	Moderat risi- koavers	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von operati- onellen Risiken. Die VG ist lediglich bereit geringe negative Auswir- kungen zu akzeptieren, die mit (IT) Prozessen, Ausgliederungen und Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs in Verbindung stehen. Oder aus denen Compliance-, Rechts- oder Reputationsrisiken entstehen können. Dieser eingeschränkte Risikoappetit gilt auch für Projektris- iken. Prozess- und Projektrisiken werden durch adäquate interne Kon- trollen und einer laufenden Risikoüberwachung gemindert. Daher wird die Risikopräferenz zu diesem Risiko auf moderat risiko- avers festgesetzt.
Reputati- onsrisiko	Reputations- risiko	Risikoavers	Die VG verfolgt einen vorsichtigen Ansatz beim Eingehen von Reputa- tionsrisiken und akzeptiert so wenige Reputationsrisiken wie mög- lich. Minimierung durch Prozesskontrollen, Medienüberwachung so- wie schnelle und effektive Reaktion auf sich nachteilig auswirkende Ereignisse sowie Einführung eines Verhaltenskodex.

Die Prozesse beziehungsweise Berichtsverfahren (inklusive Erläuterungen zur Dokumentation, Kontrolle und Durchsetzung) je Risikokategorie beziehungsweise Risikoart sind für alle Unternehmen der Gruppe einheitlich festgelegt und werden in Kapitel B.3.7 näher erläutert.

B.3.6 Aufbauorganisation, Rollen und Funktionen im Risikomanagement

Der Risikomanagementprozess der Viridium Gruppe ist eine funktionsbereichsübergreifende sowie unternehmensweite Aufgabe, an der aufbauorganisatorisch folgende Funktionen beziehungsweise Gremien beteiligt sind:

- ▼ Risikoverantwortliche (Risk-Owner)
- ▼ Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)
 - Qualitatives Risikomanagement
 - Bereichsleiter qualitatives Risikomanagement, gleichzeitig verantwortliche Person für die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF)
 - Senior Spezialist(en) Risikomanagement Investment
 - Senior Spezialist Risikomanagement Versicherungstechnik
 - Senior Spezialist(en) Operationelles Risikomanagement
 - Business Continuity Manager
 - Konzerninformationssicherheitsbeauftragter
 - Prozessmanager Risikoberichte
 - Quantitatives Risikomanagement
 - Bereichsleiter quantitatives Risikomanagement (gleichzeitig verantwortliche Person für die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) und in dieser Rolle nicht Teil der URCF)
 - Leiter und Mitarbeiter quantitatives Reporting
 - Leiter und Mitarbeiter Modellierung
- ▼ Ressort-Risikomanagement-Sitzungen
- ▼ Risiko- und Compliance-Komitee (RCK)
- ▼ Geschäftsleitung
- ▼ Audit, Risk & Compliance-Komitee (ARCC) / Aufsichtsrat

Daneben gibt es weitere Funktionen, die den Risikomanagementprozess unterstützen beziehungsweise dessen Funktionsfähigkeit regelmäßig überprüfen, aber im Regelfall kein Bestandteil des regelmäßigen Risikomanagementprozesses im Sinne der Richtlinie sind. Diese sind:

- ▼ Ausgliederungsbeauftragter für die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) für alle Lebensversicherungsgesellschaften der VG;
- ▼ Versicherungsmathematische Funktion (VMF);
- ▼ Verantwortlicher Aktuar;
- ▼ Compliance-Funktion (CF);
- ▼ Interne Revisionsfunktion (IR).

B.3.6.1 Risikoverantwortliche (Risk Owner der 1st Line)

Jedes identifizierte Risiko wird einem Risikoverantwortlichen zugeordnet, der für jedes von ihm verantwortete Risiko insbesondere folgende Aufgaben wahrnimmt:

- ▼ Identifikation, Analyse und Bewertung sowie Festsetzung von Kontrollen;
- ▼ Implementierung effektiver Kontrollen;
- ▼ Durchführung der operativen Risikosteuerung;
- ▼ Einhaltung vorgegebener Limite;
- ▼ Umsetzung der vorgegebenen Richtlinien mit Risikomanagementrelevanz im eigenen Zuständigkeitsbereich.

Sonderfall: Betrugs- und/oder Korruptionsrisiken zu identifizieren, zu bewerten und zu managen liegt in der Verantwortung des jeweiligen Risikoverantwortlichen. Im qualitativen Risikomanagement erfolgt eine jährliche Analyse, Bewertungsaggregation und zusammenfassende Nachweisdokumentation der von den Fachbereichen gemeldeten Betrugs- und Korruptionsrisiken. Der Compliance Bereich ist für die Weiterentwicklung des Anti-Fraud-Management & Hinweisgebersystem zuständig. Der Anti-Fraud Manager prüft regelmäßig die erfassten Betrugs- und oder Korruptionsrisiken und führt risikoorientierte Prüfungshandlungen durch. Daneben trägt er die Verantwortung für die Richtlinie Anti-Fraud-Management & Hinweisgebersystem und ist zuständig für zielgruppen- und aufgabenorientierte Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen. Neben den Schulungsmaßnahmen erfolgt eine anlassbezogene Anti Fraud Kommunikation durch Newsletter oder über das Intranet. Der Bereich Compliance / Anti-Fraud-Management ist erste Anlaufstelle für Verdachtsfälle und nimmt die Aufgaben im Rahmen der Einzelfallbearbeitung gemäß der Richtlinie Revision (Geschäftsordnung) wahr.

B.3.6.2 Unabhängige Risikokontrollfunktion (URCF)

Die URCF ist die unabhängige Kontroll-, Überwachungs- und Koordinationsinstanz des Risikomanagements in der Gruppe. Kernaufgaben des URCF sind Organisation, Umsetzung und Qualitätssicherung des Risikokontrollprozesses. Die URCF besteht aus den Bereichen Qualitatives Risikomanagement und Quantitatives Risikomanagement. Die beiden Bereichsleiter berichten disziplinarisch an den Chief Risk Officer (CRO).

Zu den Aufgaben und Verantwortlichkeiten der URCF zählen unter anderem:

- ▼ Durchführung der Solvency-II-Berechnungen;
- ▼ operative Gesamtverantwortung für die Erstellung aller internen und externen Risikoberichte;
- ▼ Unterstützung und Beratung des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans und anderer Funktionen bei der effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems;
- ▼ Überwachung des Risikomanagements und aktive Information des Managements über Mängel und Verbesserungspotenziale;
- ▼ Überwachung und Bewertung des allgemeinen Risikoprofils des Unternehmens als Ganzes;
- ▼ Verantwortlichkeit für gruppenweit einheitliche Methoden im Risikomanagementprozess;
- ▼ Vorgabe von allgemeinen Richtlinien zum Risikomanagement sowie methodische Arbeitsanweisungen an die Risikoverantwortlichen (Leitlinien- und Methoden-kompetenz);
- ▼ Einführung, Sicherstellung und Validierung des Risikomanagementprozesses sowie Koordinierung der Risikomanagementaktivitäten;
- ▼ Integration von Versicherungsportfolios in das bestehende Risikomanagementsystem;
- ▼ Vorschlag, Überwachung und Maßnahmenentwicklung zu Limiten;
- ▼ Berichterstattung gegenüber dem Risiko- & Compliance-Komitee, der Geschäftsleitung und dem Audit, Risk und Compliance Committee;
- ▼ Information des Verantwortlichen Aktuars bei potenzieller Gefährdung des Fortbestands der Gesellschaft infolge operationeller Risiken, die nicht vom Verantwortlichen Aktuar überwacht werden können;
- ▼ Durchführung der Beurteilung von durch den Vorstand geplanten Strategien unter Ertrags- und Risikoaspekten;
- ▼ Dokumentation risikorelevanter Entscheidungen beziehungsweise Archivierung von Entscheidungen des Risiko- & Compliance-Komitees (ARCC) und der Geschäftsleitung;
- ▼ regelmäßiger institutionalisierter Austausch zwischen URCF, Interner Revision und Compliance-Funktion (Berichte, Jour fixe zu aktuellen Fragestellungen).

B.3.6.3 Risiko- & Compliance-Komitee (RCK)

Das Risiko- & Compliance-Komitee bildet im Risikomanagementprozess der Viridium Gruppe das bereichsübergreifende Abstimmungs- und Qualitätssicherungsgremium bezüglich aller Arten von Risiken.

Es tritt halbjährlich zusammen. Teilnehmer sind CEO, CFO, COO, CTO und CRO sowie die Inhaber der Schlüsselfunktionen (URCF, VMF, CF und IR).

Zu den Aufgaben des RCK zählen:

- ▼ regelmäßige Überprüfung und Überwachung der wesentlichen Risiken und der eingeleiteten Maßnahmen sowie deren Angemessenheit;
- ▼ Entscheidung über Wesentlichkeitsschwellen;
- ▼ Entscheidung zentraler Risikovorgaben auf Konzernebene, die verbindlich für Einzelunternehmen gelten;
- ▼ Bewertung der Vorschläge der URCF bezüglich der Anpassung der Risikostrategie, bezüglich der Risikotragfähigkeit sowie zur Anpassung von Limit- und Schwellenwerten;

- ▼ Koordinierung risikosteuernder Maßnahmen im Rahmen des Eskalationsprozesses bei Verletzungen von Limit- und Schwellenwerten;
- ▼ Abgabe von Empfehlungen an die Geschäftsleitung;
- ▼ Einigung zu Folgearbeiten hinsichtlich risikorelevanter Themen.

B.3.6.4 Chief Risk Officer (CRO)

Der CRO fungiert sowohl auf Gruppenebene als auch auf Ebene der einzelnen Versicherungsunternehmen der Viridium Gruppe als Mitglied der Geschäftsleitung. Er ist Vorsitzender des RCK und verantwortet im Kontext des Risikomanagements unter anderem folgende Aufgaben:

- ▼ Ausgliederungsbeauftragter für die URCF;
- ▼ Bestimmung, Entwicklung und Implementierung relevanter und geeigneter Strategien, die konsistent zur Unternehmensstrategie sind sowie alle rechtlichen und regulatorischen Anforderungen berücksichtigen;
- ▼ Einbettung einer effektiven URCF und eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems (ISKS);
- ▼ Sicherstellung eines tiefen Risikomanagementverständnisses sowie die Erreichung aller Anforderungen an das Risikomanagement;
- ▼ Information des Aufsichtsrates und ARCC hinsichtlich Risikomanagement und aktueller Risikolage;
- ▼ unverzügliche Beratung der Geschäftsleitung hinsichtlich aller Entwicklungen, die voraussichtlich negative Auswirkung auf Geschäft und Geschäftsbetrieb haben;
- ▼ Sicherstellung eines geeigneten Engagements und Informationsflusses zwischen bestehenden Schlüsselpositionen und Stakeholdern (BaFin, Eigentümer, Unternehmensleitung, Mitarbeiter).

B.3.6.5 Geschäftsleitung

Zu der Verantwortung und den Aufgaben der Geschäftsleitung im Zusammenhang mit dem Risikomanagement zählen unter anderem:

- ▼ Verantwortung der gesamten Geschäftsleitung für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement- und Internes Kontrollsystem;
- ▼ Verantwortung für Festlegungen zum organisatorischen Rahmen des Risikomanagements, insbesondere auch für den Eingang und die Handhabung wesentlicher Risiken;
- ▼ Eigeninitiative, angemessene und zeitnahe Information der Verantwortlichen Person für die URCF sowie des Ausgliederungsbeauftragten für die URCF über alle Tatsachen, die für die Aufgabenerfüllung erforderlich sein können;
- ▼ Festlegung der Unternehmens- und Geschäftsstrategie und Ableitung der Risikostrategie;
- ▼ Festlegung von Risikoappetit und Risikotoleranz;
- ▼ Entscheidung über Wesentlichkeitsgrenzen von Risiken;
- ▼ Entscheidung hinsichtlich Akzeptanz, Vermeidung, Übertragung und Verminderung von Risiken;
- ▼ Entscheidung zu risikorelevanten Ad-hoc-Problemen;
- ▼ Entscheidung über Limit- und Schwellenwerte zur Überwachung der wesentlichen Risikokategorien und ausgewählten Einzelrisiken;
- ▼ einzuleitende Maßnahmen beziehungsweise Akzeptanz von Limitverletzungen;

- ▼ Freigabe von externen Berichten zum Risikomanagement wie etwa Regular Supervisory Report (RSR), Solvency and Financial Condition Report (SFCR), ORSA-Bericht;
- ▼ Berücksichtigung von Risikomanagementaspekten bei allen Entscheidungen.

B.3.6.6 Audit, Risk and Compliance Committee/Beirat/Aufsichtsrat

Das Audit, Risk and Compliance Committee (ARCC) des Beirats der VG beobachtet die Risikosituation im Zusammenhang mit der Aufsicht über das investierte Kapital und die strategische Ausrichtung der Gruppe. Mindestens zwei Mitglieder des Aufsichtsrats jedes Unternehmens der Gruppe sind auch Mitglied im ARCC.

Die Ergebnisse aus dem Risiko- & Compliance-Komitee (RCK) werden als Risikobericht in das ARCC, einen Ausschuss des Beirats, zur Information und Diskussion eingebracht. Die konkreten Aufgaben und Verantwortlichkeiten des ARCC ergeben sich aus dessen Geschäftsordnung.

B.3.6.7 Bilanz- und Produktmathematik, Steuerung Leben und Versicherungsmathematische Funktion

Die Bilanz- und Produktmathematik, die Steuerung Leben und die für die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) verantwortliche Person im Sinne von Solvency II (Letztere ist gleichzeitig Bereichsleiter Quantitatives Risikomanagement) unterstützen das Risikomanagement in allen Fragen der versicherungsmathematischen Analyse und Bewertung von Risiken. Aufgrund der speziellen Methoden und Techniken, die auf diesem Gebiet zum Einsatz kommen, spielt dieses Fachwissen eine große Rolle für das Risikomanagement.

B.3.6.8 Verantwortlicher Aktuar

Der Verantwortliche Aktuar in Lebensversicherungsunternehmen nimmt durch das Erfüllen seiner im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) festgelegten Aufgaben eine besonders exponierte Stellung im Risikomanagement ein.

B.3.6.9 Compliance-Funktion (CF)

Der für die Compliance-Funktion verantwortlichen Person fallen im Rahmen des Risikomanagements folgende Aufgaben zu:

- ▼ regelmäßiger, institutionalisierter Austausch zwischen URFC und Compliance-Funktion zu aktuellen rechtlichen Risiken,
- ▼ Monitoring, ob die Überprüfung und Aktualisierung von Richtlinien stattgefunden hat sowie
- ▼ Mitgliedschaft im RCK.

B.3.6.10 Interne Revision (IR)

Ein Schwerpunkt der Prüfungen durch die Interne Revision ist die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements. Zur Einbeziehung der Internen Revision in die Informationsflüsse sind folgende Aktivitäten etabliert:

- ▼ regelmäßiges Treffen der Inhaber der Schlüsselfunktionen, um sich über Risiken auszutauschen;
- ▼ Teilnahme des Inhabers der Schlüsselfunktion Interne Revision an den Sitzungen des RCK.

B.3.7 Prozesse und Verfahren im Risikomanagement

B.3.7.1 Risikoidentifikation und Risikoinventur

Die Risikoverantwortlichen („Risk Owner“) sind dafür verantwortlich, die Risiken ihrer Organisationseinheit, Prozesse und Themenfelder laufend zu identifizieren. Dabei gilt es, sowohl neue Risiken als auch die Veränderung bekannter Risiken zu erkennen. Bei der Identifizierung möglicher operationeller Risiken berücksichtigen die Risikoverantwortlichen auch bekannte externe Schadenereignisse. In jedem Vorstandsressort wird neben monatlichen Updates in Bezug auf wesentliche Risiken halbjährlich eine Risikoinventur im Rahmen der Ressort-Risikomanagement-Sitzung durchgeführt. Zweck dieser Sitzung ist es, die neuen und veränderten Risiken im Gesamtkontext zu hinterfragen und zu validieren. Im Nachgang an die Ressort-Risikomanagement-Sitzungen werden die konsolidierten Daten in das halbjährliche RCK eingebracht. Die Ergebnisse aus dem RCK werden danach als Risikobericht in das ARCC eingebracht.

B.3.7.2 Analyse und Bewertung

Die Bewertung von Risiken erfolgt in Abhängigkeit von der Zuverlässigkeit, Praktikabilität und Steuerungsrelevanz einer Quantifizierung entweder mittels finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren und/ oder mittels eines unternehmensinternen Punktesystems via Expertenschätzung. Dabei wird eine redundante Bewertung im Hinblick auf operationelle Risiken bewusst akzeptiert, da diese nach Auffassung der Viridium Gruppe in der Solvency-II-Standardformel zu pauschal für die interne Risikoüberwachung und -steuerung berücksichtigt werden.

- ▼ Quantifizierung der Risiken mithilfe finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren basierend auf der oder in Anlehnung an die Standardformel nach Solvency II. Die hierunter fallenden Risikokategorien sind im SCR beziehungsweise im Rahmen des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB) des ORSA enthalten. Da der GSB in allen bislang durchgeführten ORSA-Prozessen mit einer Ausnahme insgesamt niedriger war als das SCR, wird für das interne Risikomanagement das SCR bis auf Weiteres als maßgebliche Größe bezüglich folgender Risikokategorien angesehen:
 - Marktrisiken:
 - Zinsänderungsrisiko,
 - Aktienkursrisiko,
 - Immobilienrisiko,
 - Spreadrisiko
 - Währungsrisiko und
 - Konzentrationsrisiko;

- Versicherungstechnische Risiken:
 - Storno,
 - Sterblichkeit,
 - Langlebigkeit,
 - Invalidität,
 - Kosten und
 - Katastrophenrisiko;
 - Gegenparteausfallrisiko / Adressenausfallrisiko / Kreditrisiko;
 - Operationelle Risiken.
- ▼ Spezifische Risiken, insbesondere der übrigen Risikokategorien beziehungsweise der operationellen Risiken, werden für Steuerungszwecke mit Ursache und Wirkung identifiziert und gemanagt. Zu deren finanzieller Bewertung wird ihre Auswirkung auf das HGB-Ergebnis nach Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer und nach Steuer ermittelt. Dabei ist für unsere Steuerungszwecke eine szenarienbasierte Bewertung nach Expertenschätzungen ausreichend. Zur Gesamtbewertung dieser spezifischen Risiken dient ein Punktesystem, das Wertungen bezüglich (1) Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage, (2) Wirkung auf die Reputation hinsichtlich Kunden, Aufsichtsbehörde und Medien, (3) potenzieller Bindung von Ressourcen und Aufmerksamkeit des Managements und (4) Eintrittswahrscheinlichkeit zu einer Gesamtpunktzahl von 0 bis maximal 48 kombiniert. Je nach Punktzahl erfolgt die Einordnung des Risikos als wesentlich oder unwesentlich, wobei innerhalb der unwesentlichen Risiken zur Abstufung der Administration von zugehörigen Kontrollen und Maßnahmen in Adonis sowie der Handhabung im Risiko-Kontroll-Assessment (RKA) und in Risikomanagementgremien eine weitere Dreiteilung (in Abhängigkeit von der Punktzahl) erfolgt. Folgende Risikokategorien werden im Wesentlichen auf Basis des Punktesystems bewertet:
- Strategisches Risiko:

Nur sofern die entsprechende Komponente ausreichend separiert, beziehungsweise gesteuert werden kann. Zusätzlich wird die Einhaltung der Geschäftsstrategie als Ganzes durch die Geschäftsleitung überwacht beziehungsweise mindestens einmal jährlich überprüft und gegebenenfalls aktualisiert;
 - Operationelle Risiken:

IT-Systemrisiko, Personalrisiko, Prozessrisiko, M&A-Risiko, Veränderungsrisiko, Ausgliederungsrisiko, Betriebsunterbrechungsrisiko, Rechtsrisiko und Compliance-Risiko, dem wiederum die Subrisiken Geldwäsche/Sanktionen, Betrug (intern / extern), Bestechung / Bestechlichkeit, Untreue, Korruption, Datenschutz, Informationssicherheit, Steuerrisiken, Haftungsrisiken aus Beratung und sonstige Compliance-Risiken zugeordnet werden;
 - Reputationsrisiko:

Aufgrund dessen übergeordneten und für das Geschäftsmodell der Viridium Gruppe sehr wesentlichen Charakters wird dieses im Rahmen jeder spezifischen Risikobewertung mitbewertet (siehe oben);
 - Liquiditätsrisiko;
 - ESG-bezogene Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken.

B.3.7.3 Risikosteuerung

Die Risikosteuerung umfasst alle Mechanismen und Maßnahmen zur positiven Beeinflussung der Risikosituation durch eine Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder des Schadenausmaßes. Dabei wird zwischen präventiven, auf die Risikoursache wirkende Maßnahmen einerseits und korrektiven, Risikovorsorge betreibenden Maßnahmen andererseits unterschieden.

Entscheidend für die Auswahl der angemessenen und optimalen Risikosteuerungsmaßnahmen ist, dass sie im Einklang mit der Gesamtrisikostrategie beziehungsweise mit der risikospezifischen Risikopräferenz getroffen wird. Ziel ist die Vermeidung von nicht akzeptablen Risiken sowie die Reduktion und der Transfer von nicht vermeidbaren Risiken auf ein akzeptables Maß. Die gewählte Maßnahme wird vom Risikoverantwortlichen in Abstimmung mit der URCF umgesetzt und verantwortet.

B.3.7.4 Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt zum einen dezentral durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen und zum anderen zentral im Hinblick auf das Gesamtrisikoprofil durch die URCF. Institutionalisiert wird die Risikoüberwachung insbesondere durch die halbjährlichen Ressort-Risikomanagement-Sitzungen, an denen unter anderem die jeweiligen Risikoverantwortlichen und Mitarbeiter aus der URCF teilnehmen.

Sofern wichtige Risiken über einen längeren Zeitraum bestehen und diese sinnvoll messbar sind, werden zu deren Überwachung Schlüssel-Risiko-Indikatoren (Key-Risk-Indicators – KRIs) oder Risikokapitalbudgets mit entsprechenden Limiten definiert, in der Regel monatlich gemessen und als Teil des monatlichen Risikomanagement-Berichtes an die Geschäftsleitung berichtet. Die URCF macht Vorschläge zur Festlegung der Limite.

Unter Risikoindikatoren (Key Risk Indicators – KRIs) verstehen wir auf Dauer eingerichtete Indikatoren, anhand derer abgeschätzt werden kann, wie die Tendenz zum Eintritt des relevanten Risikos verläuft, das heißt, ob der Eintritt mehr oder weniger wahrscheinlich wird. Es handelt sich dabei teilweise um Frühindikatoren. Ein KRI ist beispielsweise die quartalsweise ermittelte Solvency-II-Bedeckungsquote.

Zusätzlich zu der qualitativen Definition des Risikoappetits je Subrisikokategorie sind Risikokapitalbudgets definiert, um den Risikoappetit zu quantifizieren. Bei den Marktrisiken erfolgt die Berechnung der Budgets auf Basis der Marktstresse. Diese Budgets können gut für die strategische und operative Steuerung durch die Investmentabteilung verwendet werden. Alle anderen Risikobudgets basieren auf dem spezifischen Risikoappetit und dem aktuellen undiversifizierten SCR. Dieser Ansatz eignet sich für Risiken, die operativ weniger stark gesteuert werden als Marktrisiken. So sind z. B. versicherungstechnische Risiken deutlich stabiler und die Handlungsmöglichkeiten beschränken sich im Wesentlichen auf den Einsatz von Rückversicherungslösungen.

Bei der Überschreitung von Schwellenwerten beauftragt die URCF bei Bedarf eine Analyse der geänderten Risikosituation durch den Risikoverantwortlichen. Diese Analyse wird einschließlich Handlungsempfehlungen in der relevanten Ressort-Risikomanagement-Sitzung vorgelegt und an das RCK berichtet. Letzteres kann der Geschäftsleitung weitere Maßnahmen empfehlen.

B.3.7.5 Loss Event Management

Das Loss Event Management dient in erster Linie der Verminderung eines Schadens und der Vermeidung ähnlicher Schäden. Insoweit unterstützt es auch bei der Identifizierung und Überwachung möglicher operationeller Risiken. Direkte und indirekte Schadenereignisse mit Schadenhöhe von mindestens 1 Tsd. € werden unabhängig davon, ob es sich um eine Realisierung eines zuvor identifizierten Risikos handelt oder nicht, umgehend durch den Risikoverantwortlichen beziehungsweise durch die Führungskraft, in deren Verantwortungsbereich der Schadenfall verursacht wurde, an den zuständigen Mitarbeiter in der URCF gemeldet. Sie werden hinsichtlich ihrer Ursachen analysiert und fließen zudem in das Risikoberichtswesen ein. Schadenereignisse werden abhängig davon, ob es sich um eine Realisierung eines zuvor identifizierten Risikos handelt oder nicht, durch den Risikoverantwortlichen beziehungsweise durch die Führungskraft, in deren Verantwortungsbereich das Loss Event verursacht wurde, an die URCF gemeldet. Sie fließen zudem in das Risikoberichtswesen ein. In Abhängigkeit von der Höhe des Schadens erfolgt eine Eskalation an die Führungskraft oder den Ressortvorstand, eventuell zusätzlich an die Geschäftsleitung oder den Aufsichtsrat.

B.3.7.6 ORSA-Prozess 2023

Versicherungsunternehmen sind nach § 28 VAG verpflichtet, mindestens jährlich oder anlassbezogen ein sogenanntes Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) durchzuführen. Dabei handelt es sich um eine unternehmenseigene und unternehmensindividuelle Beurteilung der Risiko- und Solvabilitätssituation. Der ORSA ist explizit kein durch die Versicherungsaufsicht vorgegebenes Standardinstrumentarium, sondern ein speziell auf jeden einzelnen Versicherer ausgerichteter und selbst entwickelter Prozess.

Die besondere Herausforderung des ORSA liegt darin, den Risikokapitalbedarf ganzheitlich und unternehmensweit einheitlich und vollständig zu bewerten und damit den Zusammenhang herzustellen zwischen angestrebtem Sicherheitsniveau, spezifischem Risikoprofil und Risikotoleranzschwellen sowie der Geschäftsstrategie und deren Zeithorizont.

Der ORSA stellt einen wesentlichen Bestandteil der Governance-Anforderungen von Solvency II dar. Primäres Ziel des ORSA ist es, die Prozesse zur unternehmerischen Steuerung gemäß der spezifischen Risikosituation des Unternehmens auszurichten. Der ORSA-Bericht ermöglicht darüber hinaus der Aufsichtsbehörde einen tiefen Einblick in die Risiko- und Kapitalsituation des Unternehmens.

Die Viridium Gruppe versteht den ORSA als die Gesamtheit der Verfahren und Methoden, die dazu dienen, ihr aktuelles und künftiges Risikoprofil sowie die Implikationen auf die Eigenmittelausstattung zu identifizieren, zu beurteilen, zu steuern und zu überwachen. Der ORSA ist somit ein integraler Bestandteil des strategischen Rahmens und des Risikomanagementsystems der Viridium Gruppe.

Die folgenden Ziele und Aktivitäten deckt die Viridium Gruppe mit der Durchführung des ORSA ab:

- ▼ Integration des ORSA in den geschäfts- und risikostrategischen Planungsprozess,
- ▼ Definition konkreter Anforderungen an die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung,
- ▼ Durchführung von Stress- und Szenarioanalysen,

- ▼ Ableitung konkreter Maßnahmen zur Steuerung des Risikoprofils und der Eigenmittel-ausstattung,
- ▼ Analyse und Berücksichtigung von Auswirkungen auf das Risikoprofil und die Eigenmittel-ausstattung vor der Finalisierung strategischer Entscheidungen,
- ▼ Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit auch in Krisensituationen,
- ▼ Sicherstellung der Erfüllung aufsichtsrechtlicher und ökonomischer Kapitalanforderungen gemäß Planungshorizont,
- ▼ Verknüpfung der ORSA-Ergebnisse mit der Unternehmenssteuerung und
- ▼ Integration der ORSA-Berichterstattung in die Kommunikations- und Berichtswege.

Der ORSA-Prozess ist in das Governance-System der Viridium Gruppe eingebettet und wird entsprechend den diesbezüglichen Rahmenbedingungen und Vorgaben durchgeführt. Das Governance-System der Viridium Gruppe folgt den geltenden regulatorischen Anforderungen und setzt diese gemäß den unternehmensinternen Richtlinien um. Maßgeblich für den ORSA der SLE ist die interne ORSA-Richtlinie.

Die Ausgestaltung und die Durchführung der ORSA der Einzelgesellschaften der VG verantwortet die jeweilige Geschäftsleitung. Die Verantwortung für das Gruppen-ORSA obliegt der Geschäftsleitung der VG.

Die Geschäftsleitung hat demnach folgende Aufgaben:

- ▼ Genehmigung und Verabschiedung der Verfahren und Methoden zur Durchführung und Berechnung des jeweiligen ORSA;
- ▼ Reflexion und Genehmigung des Umfangs der Angemessenheit der Standardformel für das eigene Risikoprofil, inklusive Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs (GSB);
- ▼ Genehmigung der unternehmensindividuellen Sensitivitäts-, Stress- und Szenarioanalysen;
- ▼ Überprüfung, Hinterfragung, Genehmigung und Freigabe der im ORSA-Bericht dargestellten Ergebnisse;
- ▼ Berücksichtigung der Ergebnisse des ORSA bei den unternehmerischen Entscheidungen;
- ▼ Festlegung der mittel- und kurzfristigen Kapitalplanung als Ergebnis des ORSA unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie;
- ▼ Festlegung von Maßnahmen bei Eintreten bestimmter adverser Ereignisse; dies beinhaltet auch die Sicherstellung der Kapitalausstattung unter unerwarteten widrigen Umständen.

Der ORSA-Prozess wird als integrativer Prozess im Gesamtunternehmen vollzogen. Von der Erstellung beziehungsweise Überarbeitung der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie über die Risikoinventur bis hin zur Geschäftsplanung und abschließenden Berichterstattung an die Geschäftsleitung werden alle notwendigen Schritte und Aufgaben im weiteren Sinne als ORSA-Prozess verstanden. Dabei sind neben der Geschäftsleitung auch das Qualitative Risikomanagement, das Quantitative Risikomanagement, die Investmentabteilung, die VMF und die Finanzabteilung involviert. Das Qualitative Risikomanagement und das Quantitative Risikomanagement stellen im ORSA-Prozess die wesentlichsten Bereiche dar.

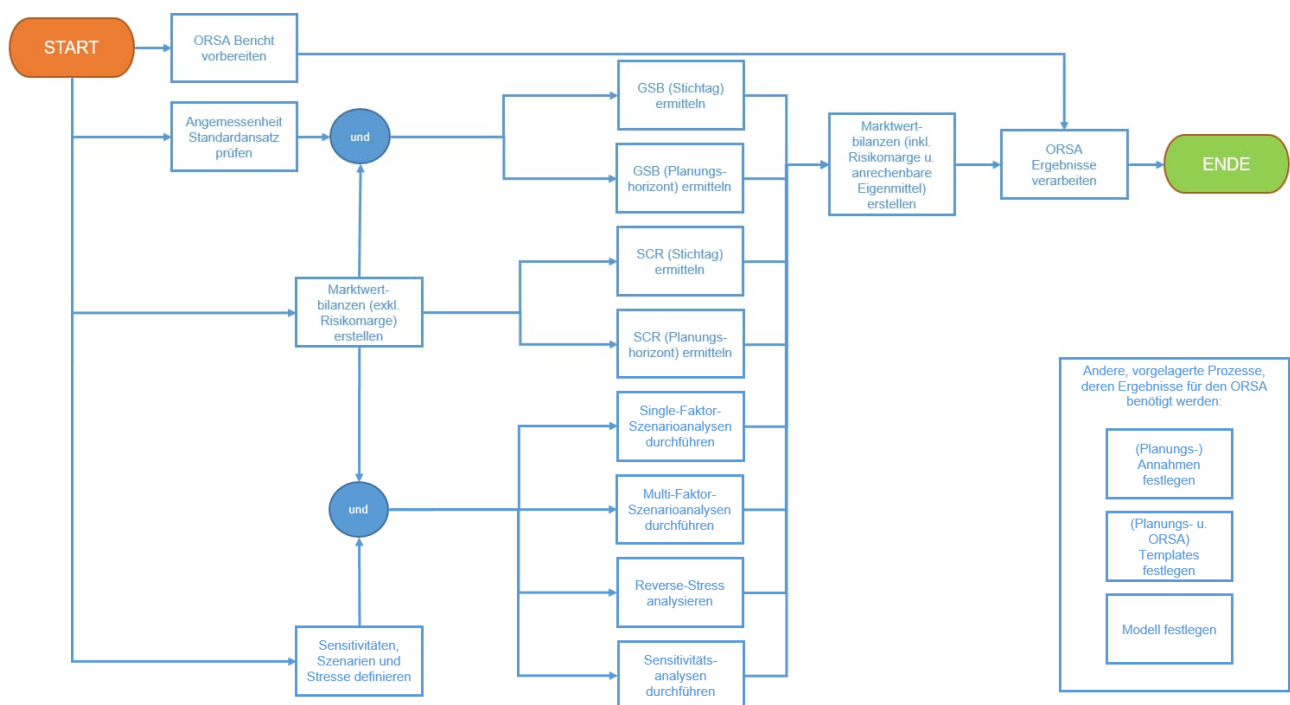
Dem Qualitativen Risikomanagement obliegen im ORSA-Prozess insbesondere

- ▼ die Durchführungsverantwortung für den ORSA insgesamt (inklusive Terminplanung, Vorgabe Berichtsstruktur, Durchführungsdokumentation),
- ▼ die Durchführungsverantwortung für die Aktivität Festlegung unternehmensindividueller Sensitivitäten und Szenarien (inklusive Erstellung der für diese Aktivität erforderlichen Durchführungsdokumentation),
- ▼ die Durchführungsverantwortung für die Überprüfung der Angemessenheit von Standardformel und Gesamtsolvabilitätsbedarf (inklusive Erstellung der für diese Aktivität erforderlichen Durchführungsdokumentation),
- ▼ das Verfassen bestimmter Kapitel im ORSA-Bericht,
- ▼ die Überwachung des Gesamtrisikoprofils und Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Geschäftsleitung sowie
- ▼ der fachliche Input (SCR- und GSB-Berechnung).

Dem Quantitativen Risikomanagement obliegen im ORSA-Prozess insbesondere

- ▼ die Durchführungs- und Inhaltsverantwortung für sämtliche Berechnungen zum Stichtag und für den Planungszeitraum (SCR, GSB, Sensitivitäten, unternehmensindividuelle Stresse und Szenarien),
- ▼ die Erstellung der mit den Berechnungen verbundenen Durchführungsdokumentationen,
- ▼ das Verfassen bestimmter Kapitel im ORSA-Bericht und
- ▼ der fachliche Input (unternehmensindividuelle Sensitivitäten und Szenarien, Angemessenheit Standardformel und Gesamtsolvabilitätsbedarf).

Die folgende Darstellung illustriert den ORSA-Gesamtprozess:



Für die einzelnen Versicherungsgesellschaften der Viridium Gruppe wird jeweils ein gesellschaftsindividueller ORSA-Bericht erstellt. Im Anschluss daran wird auf Ebene der Viridium Group GmbH & Co. KG ein Gruppen-ORSA-Bericht verfasst, der die Inhalte der ORSA-Berichte der Einzelgesellschaften konsolidiert und spezielle Gruppenaspekte thematisiert. Abgesehen von diesen Gruppenaspekten beinhaltet der ORSA-Bericht der Gruppe ebenfalls die Risiken der anderen relevanten verbundenen Nichtversicherungsunternehmen, zum Beispiel der VSM.

Als weiterer Punkt im Rahmen der Integration von Risiko- und Unternehmenssteuerung ist die Einbeziehung des Kapitalmanagements bis in die entsprechenden Prozesse hinein zu nennen. Dies beinhaltet unter anderem die Finanzierung der Unternehmensziele sowie die Steuerung der Solvenz- und Eigenmittel, die infolge des eingegangenen Risikos vorzuhalten sind. Bisher fand die Steuerung des Kapitalmanagements primär auf Ebene der einzelnen Versicherungsunternehmen statt. Strategisch wird die Kapitalallokation zunehmend auf Gruppenebene betrachtet werden. Neben diesen eher strategisch geprägten Zielen betrachtet der ORSA auch das ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapital. Da beide gegebenenfalls auf unterschiedliche Weise quantifiziert werden oder es in der ganzheitlichen Betrachtung auch nicht quantifizierbare Aspekte geben kann, können sich diese Betrachtungen grundsätzlich unterscheiden.

Der ORSA wird regulär einmal jährlich zum Stichtag des Halbjahresabschlusses durchgeführt. Daneben findet ein Ad-hoc-ORSA statt, wenn sich das Risikoprofil des betrachteten Unternehmens wesentlich ändert. Die auslösenden Sachverhalte werden jährlich überprüft.

Die ORSA-Richtlinie ist einheitlich für die gesamte Viridium Gruppe gestaltet und gilt damit für die ORSA-Prozesse der Solo-Unternehmen und für das für den Gruppen-ORSA zuständige Unternehmen. Die ORSA-Richtlinie wird im Nachgang des ORSA-Prozesses 2023 überprüft, gegebenenfalls auf Basis der neu gewonnenen Erfahrungen aktualisiert und durch die Geschäftsleitung mit interner Bekanntgabe verabschiedet werden.

Der ORSA 2023 hat planmäßig auf Ergebnisse anderer im Unternehmen laufender Prozesse zurückgegriffen. Dazu gehörten der laufende Risikomanagementprozess mit Risikoinventuren und -berichten, die Unternehmens- und Finanzplanung und auch die sonstigen zu erstellenden Berichte (wie zum Beispiel der Geschäftsbericht, der Aktuarbericht sowie das narrative Solvency-II-Reporting). Darüber hinaus wurde der ORSA-Prozess eng mit der Unternehmens- und Finanzplanung verzahnt.

Das bislang letzte ORSA für die Einzelgesellschaften und die Gruppe erfolgte planmäßig im Zeitraum Mai bis Dezember 2023, basierend auf den Basisberechnungen zum Stichtag 30. Juni 2023 und der Mittelfristplanung für die Jahre 2024 bis 2028.

Die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement – SCR) wird mithilfe der Standardformel berechnet. Diese wurde im Rahmen des ORSA 2023 auf ihre Angemessenheit für die Gesellschaft überprüft.

Die Versicherungsunternehmen sowie die Gruppen sind aufgefordert, die der Standardformel zugrunde liegenden Annahmen auf Angemessenheit für das eigene Risikoprofil zu überprüfen. Diese Prüfung haben wir vorgenommen – das Ergebnis der Untersuchung mündet schließlich in einen Gesamtsolvabilitätsbedarf.

Mindestens wird eine qualitative Auseinandersetzung mit dem Umfang, mit dem das Risikoprofil des Unternehmens von der Berechnung der Standardformel zugrunde liegenden Annahmen abweicht, gefordert. Bei den Unternehmen der VG münden die Abweichungen von der Standardformel in den GSB, sodass eine Quantifizierung der Abweichung des Risikoprofils von der Standardformel vorgenommen wird. Insgesamt ist die Kapitalanforderung gemäß GSB niedriger als die des SCR, sodass die Risikobewertung gemäß SCR gegenüber der internen Bewertung gemäß GSB als konservativ anzusehen ist. Insbesondere sehen wir durch die Standardformel die Bewertung der folgenden Risiken als nicht angemessen für unser Risikoprofil an:

Langlebigkeit

Anhand der Historischen Sterblichkeitstafeln wurde im ORSA 2023 mit dem Lee Carter Modell der Trend in den Sterblichkeitsraten geschätzt und mit dem Lee Carter Modell stochastisch fortgeschrieben. Für die Langlebigkeit wurde das 99,5 % Quantil der Trendverbesserung verwendet und ins Verhältnis zum Median Forecast der Langlebigkeitstrendverbesserung gesetzt. Die Ergebnisse der Simulation zeigen, dass die Standardformelkalibrierung, die eine Sterblichkeitsreduktion von 20% vorsieht, als angemessen konservativ zu betrachten.

Kostenrisiko

Die Standardformel gibt zur Bemessung des Kostenrisikos einen sofortigen Kostenanstieg um 10 % und einen Anstieg der Inflation um einen Prozentpunkt vor. Die SLE hat mit der VSM einen Servicevertrag geschlossen, der eine Inflationsanpassung der Gebühren vorsieht. Im Falle eines sofortigen Kostenanstiegs um 10 % bleiben die Gebühren unbeeinflusst. Im GSB ist deshalb der Schock der Inflation zu betrachten, nicht jedoch die Erhöhung der Kosten um 10 % zu Beginn. Daher stufen wir den Kostenstress der Standardformel als zu konservativ ein.

Anleihen

Teilweise sind bestimmte Anleihen (insbesondere EWR-Staatsanleihen) im Standardmodell nicht mit Risikokapital zu unterlegen. Innerhalb der Berechnungen zum GSB werden diese Anleihen jedoch im Spread- als auch im Marktkonzentrationsrisiko gemäß der jeweiligen SCR-Methodik für Nicht-EU-Staatsanleihen berücksichtigt, da wir deren Nichtberücksichtigung in der Standardformel als nicht risikogerecht erachten. Das Spreadrisiko beinhaltet das Risiko eines Marktwertrückgangs von Anleihen und Darlehen im Wesentlichen aufgrund einer Ausweitung in den Credit-Spreads. Das Marktkonzentrationsrisiko beinhaltet zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Asset-Portfolios oder durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind.

Zinsrisiko

Im Vorgriff auf die voraussichtliche Rekalibrierung des Zinsänderungsrisiko im Rahmen des aktuellen Solvency II-Review und aufgrund der nicht realitätsgerechten Abbildung des Zinsänderungsrisikos erfolgte im ORSA 2023 erneut eine gegenüber der Standardformel abweichende GSB-Unterlegung. Dabei wurde das SCR der Standardformel durch den gemäß „EIOPA's second set of advice to the European Commission on specific items in the Solvency II Delegated Regulation“ Absatz 802 ff vorgeschlagenen Zins Shift ersetzt. Dabei wird mittels von EIOPA vorgegebenen multiplikativen und additiven Vektoren die Zinskurve gestresst. Das Zinsrisiko beinhaltet das Risiko eines

Eigenmittelrückgangs aufgrund einer unterschiedlichen Zinssensitivität der Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wurde im ORSA 2023 für die Ebene der Versicherungsgesellschaften in einem integrierten Ansatz simultan für alle Legal-Einheiten der Viridium Gruppe unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen über eine Monte Carlo Simulation ermittelt und liefert ein konsistentes und realistisches operationelles Risiko unter Berücksichtigung von möglichem Risikotransfer von den Lebensgesellschaften auf die Service Gesellschaft.

Zum ORSA-Prozess 2023 haben wir eine Durchführungsdokumentation erstellt, die für jede wesentliche Aktivität insbesondere die eingehenden und ausgehenden Informationen festhält, ebenso die durchgeführten Verrichtungen, getroffenen Annahmen und Beurteilungen sowie die Beteiligten.

B.3.7.7 Berichterstattung

Die interne Risikoberichterstattung umfasst:

- ▼ ORSA-Berichte (regelmäßige und gegebenenfalls anlassbezogene)
 - Die internen ORSA-Berichte sind mit den Berichten an die Aufsicht identisch
 - Der Fokus liegt hierbei auf den Risikokategorien beziehungsweise Risikoarten, die mittels finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren quantifiziert wurden, die auf der Standardformel basieren oder sich an diese anlehnen (siehe Kapitel B. 3.7.2),
- ▼ Berichterstattung durch den Risikoverantwortlichen
 - Der Risikoverantwortliche unterrichtet das Qualitative Risikomanagement im Rahmen regelmäßiger Abfragen und in den halbjährlichen Ressort-Risikositzungen über risikorelevante Informationen (insbesondere Risikoänderungen/-identifikationen).
 - Der Risikoverantwortliche wendet sich bei der Identifikation potenziell wesentlicher Risiken ad hoc direkt an die für die URCF verantwortliche Person.
- ▼ Berichterstattung durch die URCF
 - Das Qualitative Risikomanagement wertet die ressortbezogenen Risiken halbjährlich aus und berichtet diese innerhalb der Ressort-Risikositzungen.
 - Daraufhin konsolidiert das Qualitative Risikomanagement die Risiken und erstattet halbjährlich Bericht an das Risiko- & Compliance-Komitee. In diesem Komitee ist die Geschäftsleitung vollständig vertreten.
 - Bei signifikanten Veränderungen der Risikosituation sowie bei besonderen Schadenfällen soll eine sofortige Berichterstattung an die verantwortliche Person für die URCF sowie an den Vorstand erfolgen, um zeitnah ggf. erforderliche Maßnahmen einleiten zu können.
 - Es erfolgt eine monatliche Berichterstattung zu KRIs, zu den wesentlichen spezifischen Risiken mit einer Bewertung größer oder gleich 18 sowie der im Kontext von § 132 VAG definierten Kennzahlen und Limite im Rahmen der Vorstandssitzung.
 - Auf Grundlage für die nach § 317 Abs. 2 HGB erforderliche Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer, ob die Risiken der künftigen Entwicklung im Lagebericht zutreffend dargestellt sind, berichtet der Inhaber URCF in enger Abstimmung mit dem CRO und dem CFO-Ressort über die Risiken.

- ▼ Es erfolgt eine mindestens vierteljährliche Berichterstattung nach Solvency II durch den Leiter Quantitatives Risikomanagement. Die Solvency-II-Bedeckungsquoten werden zusätzlich bei Bedarf im Rahmen des halbjährlichen RCK diskutiert.
- ▼ Berichterstattung des CRO:
Basierend auf den Ergebnissen aus dem Risiko- & Compliance-Komitee sowie der monatlichen Berichterstattung zu KRIs, der wesentlichen Risiken und der im Kontext von § 132 VAG definierten Kennzahlen und Limite im Rahmen der Vorstandssitzung berichtet der CRO mindestens vierteljährlich an das Audit, Risk & Compliance-Komitee.

Die externe Risikoberichterstattung an die Aufsichtsbehörde umfasst

- ▼ die aufsichtlichen ORSA-Berichte (regelmäßige und ggf. anlassbezogene), die identisch mit den ORSA-Berichten an die Geschäftsleitung sind. Der Fokus liegt hierbei auf den mittels finanzmathematischer und aktuarieller Verfahren basierend auf der oder in Anlehnung an die Standardformel quantifizierten Risikokategorien bzw. Risikoarten (siehe Kapitel B.3.7.2),
- ▼ die risikospezifischen Kapitel des narrativen aufsichtlichen Berichts (RSR) und
- ▼ die unterjährigen und jährlichen QRTs (insbesondere mit SCR-Bezug). Der Fokus liegt hierbei auf den im Rahmen der Standardformel quantifizierten Risikokategorien bzw. Risikoarten (siehe B. 3.7.2) und
- ▼ die unverzügliche Anzeige einer Verschlechterung der finanziellen Lage im Sinne des § 132 Absatz 2 VAG durch den Vorstand. Unverzüglich bedeutet in diesem Kontext: innerhalb von sieben Arbeitstagen. Inhaltlich erfolgt in einer Anzeige nach § 132 Absatz 2 VAG eine Angabe:
 - des Zeitpunkts der Feststellung der Verschlechterung und darüber, wie lange diese Verschlechterung schon besteht;
 - ob und gegebenenfalls welche Gegenmaßnahmen ergriffen wurden, oder noch ergriffen werden sollen und bis wann diese Maßnahmen welche Wirkung erzielen sollen;
 - der Ursachen für die Verschlechterung sowie eine nähere Analyse der Ursachen;
 - des Ausmaßes der Verschlechterung;
 - der Art der festgestellten Verschlechterung (welche Kennzahl, welches Kriterium oder welcher Schwellenwert über- oder unterschritten wurde).

Die externe Risikoberichterstattung an die Öffentlichkeit umfasst

- ▼ die risikospezifischen Kapitel des narrativen Berichts an die Öffentlichkeit (SFCR);
- ▼ die jährlichen QRTs (insbesondere mit SCR-Bezug), die im Anhang des SFCR zu veröffentlichen sind. Der Fokus liegt hierbei auf den im Rahmen der Standardformel quantifizierten Risikokategorien beziehungsweise Risikoarten (siehe Kapitel B.3.7.2) und
- ▼ den Risikobericht als Teil des Lageberichts im HGB-Geschäftsbericht.

B.3.7.8 Notfallplanung

Die Geschäftsleitung hat ein sogenanntes Business Continuity Management installiert. Für den Eintritt eines Notfalls oder einer Krise steht ein Notfallhandbuch bereit, das zum Beispiel die Alarmierungskette, Notfallszenarien und Checklisten enthält. Um die Fortführung der Geschäftstätigkeit nach einem Not- oder Krisenfall sicherzustellen, verfügen alle wichtigen Bereiche und Abteilungen

über dieses Notfallhandbuch, das alle notwendigen Informationen enthält. Das Notfallhandbuch wird einmal jährlich auf Aktualisierungsbedarf geprüft und gegebenenfalls angepasst.

Es werden regelmäßig IT-Notfallübungen zu Disaster Recovery und Major Incident durchgeführt. Darüber hinaus wird ein im Notfallplan benanntes Schlüsselpersonal umfangreich geschult (z. B. Erste-Hilfe-Training). Die Verantwortung im Sinne von BCM liegt beim Business Continuity Coordinator, der von den Fachbereichen (Facility Management, HR, IT-Operations) unterstützt wird.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Allgemeines zum Aufbau des Internen Kontrollsystems

B.4.1.1 Definition IKS

Im engeren Sinne umfasst ein Internes Kontrollsystem (IKS) alle Risiken und alle zugehörigen Kontrollen sowie alle Strukturelemente, die zum Management dieser Risiken und Kontrollen in einem Unternehmen tatsächlich existieren.

In einem weiteren Sinne zählt zu einem IKS insbesondere auch die Abbildung dieser betrieblichen Realität in einem Modell mit dem Ziel, diese Realität besser zu verstehen, zu bewerten und bedarfsweise zu verbessern, etwa modellierte Aufbau- und Ablauforganisation, modellierte Risiken, Kontrollen, Berichte oder Risikomanagementsysteme. Im Folgenden erläutern wir die Struktur unseres Modells.

B.4.1.2 Modellierung des IKS

Das Modell des IKS aller Unternehmen der Viridium Gruppe (VG) wird durch die Unabhängige-Risikocontrolling-Funktion (URCF) zentral geregelt.

Unser Modell bildet naturgemäß nicht die komplette betriebliche Realität ab; das heißt, es gibt – abhängig von der Wesentlichkeit – einen formal im Prozess- und Risikomanagementsystem modellierten Teil des IKS, einen auf Arbeitsanweisungsebene modellierten Teil des IKS und einen weiteren Teil, der nicht formal ausmodelliert ist. Die Überwachung des IKS erfolgt dabei abgestuft nach Bedeutung. Das heißt, Risiken werden – dem Grundsatz der Proportionalität entsprechend – abhängig von Art, Umfang und Komplexität unterschiedlich intensiv betrachtet.

Maßgeblich für eine Entscheidung für oder gegen eine Modellierung ist die Bedeutung der jeweiligen Risiken und Kontrollen unter ökonomischen und rechtlichen Gesichtspunkten („Risk-based-approach“). Je bedeutsamer ein Objekt (Prozess, Projekt, Risiko, Kontrolle oder Maßnahme) ist, desto formaler erfolgt die Administration, desto detaillierter die Dokumentation, desto engmaschiger und intensiver die Überwachung und desto höher die Eskalation. Wir legen großen Wert darauf, unsere Ressourcen auf das Wesentliche zu fokussieren und der breiten Masse weniger wesentlicher Objekte durch querschnittliche Instrumente zu begegnen (zum Beispiel COSO-Schwerpunkt).

Ausgangspunkt unseres IKS-Modells sind zum einen die Aufbau- und Ablauforganisation sowie Projekte, Outsourcings / Ausgliederungen / Auslagerungen der Gruppe unter Berücksichtigung der Solo-Unternehmen sowie zum anderen die Kontrollschwerpunkte des COSO-Modells. Bezogen auf die Ablauforganisation werden alle relevanten Prozesse, Projekte, Outsourcings, Auslagerungen / Ausgliederungen der VG identifiziert und dokumentiert. An allen relevanten Prozessen, Projekten,

Outsourcings / Auslagerungen / Ausgliederungen werden die zugehörigen relevanten Risiken identifiziert, bewertet und dokumentiert. An den Risiken wiederum werden die relevanten Kontrollen und/oder Maßnahmen identifiziert und dokumentiert.

Risiken werden einer regelmäßigen Inventur und Überprüfung zugeführt (wesentliche Risiken monatlich, mittlere Risiken halbjährlich, kleine Risiken jährlich), hierzu dient ein mehrstufiges Verfahren, in welchem Risiken abhängig von ihrer Größe in Gremien erörtert werden (Ressort-Risiko-Sitzungen, Projektportfolio-Steuerkreis, Risiko-Compliance-Komitee, Audit, Risk & Compliance Committee).

Die zu den COSO-Schwerpunkten und den identifizierten Risiken referenzierten Kontrollen unterliegen grundsätzlich einem jährlichen Überwachungsprozess (Risiko-Kontroll-Assessment – RKA, Entity-Level-Kontroll-Assessment – ELKA). In diesem werden die Kontrollen hinsichtlich Ausgestaltung und Effektivität beurteilt und die Resultate dieser Betrachtung anschließend an das Management berichtet. Die Verantwortung für die Durchführung des RKA und ELKA liegt beim Fachbereich, die Koordination übernimmt die URCF.

Der auf Projektrisiken fokussierte Anteil des IKS hat zwei wesentliche Facetten:

- ▼ **Meta-Ebene:**
Es bestehen standardisierte Prozesse des Risikomanagements, deren wesentliche Funktion u.a. die Kontrolle von Risiken der spezifischen Projekte ist. Diese übergreifenden Projekt- bzw. Projektrisikomanagement-bezogenen Prozesse werden im jährlichen prozessbezogenen Risiko-Kontroll-Assessment mit betrachtet; hierbei werden also die Eignung und das Design der funktionalen Ebene beurteilt.
- ▼ **Einzelobjekt-Ebene:**
Spezifische Risiken der Einzelprojekte werden – wie alle anderen operationellen Risiken auch – in den Risikomanagementprozessen der VG mit abgedeckt, sind aber aufgrund ihres zeitlich befristeten Charakters nahezu ausschließlich durch einmalige Maßnahmen und nicht durch wiederkehrende Kontrollen abgedeckt.

Die Auslagerungen wesentlicher Tätigkeiten sind ebenfalls durch das IKS zu überwachen. Risiken hieraus werden, wie alle anderen Risiken auch, den zentralen, vorstehend beschriebenen Risikomanagement-Prozessen der VG zugeführt.

Aus dem Geschäftsmodell heraus kann sich bei Erwerb eines weiteren Unternehmens mitunter die zeitweilige Existenz mehrerer paralleler IKS-Strukturen ergeben; Ziel ist jedoch stets die zeitnahe Zusammenführung der Systeme.

B.4.2 Aufbau des Internen Kontrollsystems

Das IKS der VG betrachtet die folgenden Objekttypen:

- ▼ (Operationelles) Risiko,
- ▼ COSO-Schwerpunkt,
- ▼ Schadenereignis,
- ▼ Kontrolle,
- ▼ Maßnahme,

- ▼ Prozess,
- ▼ Projekt,
- ▼ Outsourcing / Ausgliederung / Auslagerung
- ▼ Element der Aufbauorganisation (etwa Person oder rechtliche Einheit)

Die Ausprägungen dieser Objekttypen werden auf ihren jeweiligen Administrationsbedarf hin untersucht. Sofern ein ökonomisches Interesse oder rechtliches Erfordernis zur formalen Administration besteht, wird das Objekt in unser IKS-Modell überführt und geregelten Überwachungsprozessen unterworfen. Für die Administration des IKS-Modells nutzen wir ein marktführendes Prozessmanagement- und IKS / Risikomanagement-System.

In der Realität stehen diese Objekttypen beziehungsweise deren Ausprägungen in mitunter komplexen, wechselseitig abhängigen Bezügen zueinander. Um diese Realität im Unternehmensmodell abzubilden, werden die Objekte des Modells ebenfalls zueinander in Bezug gesetzt. Hierbei müssen jedoch Einschränkungen getroffen werden, um die Modellkomplexität zu reduzieren. Zu diesem Zweck haben wir die in unserem Modell erlaubten Beziehungen zwischen den Objekten beschränkt, um dessen Administrierbarkeit sicherzustellen. Zuordnung, Referenzierung und Management der modellierten Objekttypen sind zentral geregelt, sodass aus dem Modell heraus eine sinnvolle Berichterstattung über das IKS möglich ist.

Bestimmte Risiken werden nicht in diesem System, sondern in der separat gehaltenen KRI-Systematik überwacht („Key Risk Indicator“).

Neben den vorgenannten Objekttypen und ihren Ausprägungen besteht das IKS der VG aus den folgenden Strukturelementen.

B.4.2.1 Risikomanagementbezogene Gremien

Die administrationsbedürftigen Ausprägungen der vorgenannten Objekttypen werden einer hierarchischen Gremienstruktur zugeführt und dort diskutiert. Hierbei erfolgt von Stufe zu Stufe eine jeweils verdichtete Darstellung. Die Gremien tagen regelmäßig. Gremien beziehungsweise Teilnehmer sind:

- ▼ Ressort-Risikositzung (Ressortvorstand, F1-Führungskräfte des Ressorts, URCF, CRO), halbjährlich;
- ▼ Risiko- und Compliance-Komitee (RCK) (Gesamtgeschäftsleitung VG, Verantwortliche Person für die Compliance-Funktion, Bereichsleiter Interne Revision sowie aus der URCF Verantwortliche Personen), halbjährlich;
- ▼ Audit, Risk & Compliance Committee (ARCC) (Aufsichtsratsmitglieder der VG, CEO, CFO, CRO, Bereichsleiter Recht, Bereichsleiter Interne Revision und Bereichsleiter Qualitatives Risikomanagement), mindestens vierteljährlich.

B.4.2.2 Prozess „Schadensfallmanagement“

Dieser Prozess dient der Erfassung identifizierter eingetretener Schadensereignisse und der Ableitung von Maßnahmen und/oder Kontrollen, um das erneute Eintreten gleichartiger Schadensereignisse zu verhindern beziehungsweise deren Auswirkungen zu mindern. Schadensereignisse werden in einer Datenbank erfasst und an das RCK und ARCC berichtet.

B.4.2.3 Prozess „Management (operationelle) Risiken“

Dieser Prozess dient zur Identifikation, Analyse, Bewertung und zum Reporting von Risiken sowie zur Ableitung von Maßnahmen und/oder Kontrollen, um die Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder die potenzielle Schadenhöhe zu vermindern.

B.4.2.4 Prozess „Kontrollen überprüfen“

Dieser Prozess dient zur regelmäßigen Überprüfung der identifizierten Kontrollen hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Effektivität. Der Prozess ist zweifach ausgeprägt: zum einen für die auf operationelle Risiken bezogenen Kontrollen („Risiko-Kontroll-Assessment“, RKA), zum anderen für die unternehmensübergreifenden, auf COSO-Schwerpunkte bezogenen Kontrollen („Entity-Level-Kontrollen-Assessment“, ELKA).

B.4.2.5 Prozess „Richtlinien überwachen“

Dieser Prozess dient zur turnusmäßigen und anlassbezogenen Überprüfung und bedarfsweisen Aktualisierung der Richtlinien der VG.

B.4.2.6 Prozess „Management von Risikoidikatoren“

Die VG hat für verschiedene Risiken Key-Risk-Indikatoren (Key Risk Indicators – KRI) und Risikokapitalbudgets festgelegt. Diese sind als Kontrollen anzusehen, zu denen jeweils Bewertungsstufen mit entsprechend zugeordnetem Ampelstatus (Rot–Gelb–Grün) festgelegt sind. Die Ergebnisse werden monatlich von den zuständigen Fachbereichen an die URCF gemeldet, dort zentral administriert und an das Management berichtet.

B.4.2.7 Prozess „Risikomanagement-relevante Maßnahmen überwachen“

Dieser Prozess dient dazu, die auf Risiken, Schadenereignisse oder Kontrollen bezogenen Maßnahmen nachzuverfolgen.

B.4.3 Verantwortung im Kontext des IKS

Unser IKS folgt dem „Drei-Linien-Modell“, einem etablierten Standard zur grundsätzlichen Gliederung eines IKS.

- ▼ Prozesse, Projekte, Risiken etc. werden vom Fachbereich (erste Linie) verantwortet und bewertet.
- ▼ Die URCF und die Compliance-Funktion (zweite Linie) erstellen und betreiben Strukturen (Regeln, Prozesse, Methoden) zur Administration (Erfassung, Bewertung, Reporting) von Prozessen, Risiken oder Kontrollen und hinterfragen die durch den Fachbereich getroffenen Bewertungen.
- ▼ Die Interne Revision (dritte Linie) wiederum bewertet die Eignung der IKS-Strukturen und hinterfragt ebenfalls die getroffenen Bewertungen der Fachbereiche.

B.4.4 Umsetzung der Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion überwacht, ob das Interne Kontrollsystem eingehalten wird, koordiniert und kontrolliert dabei die Einhaltung der für das Unternehmen relevanten rechtlichen und regulatorischen Anforderungen, überwacht die ordnungsgemäße Einrichtung der Governance-Funktionen und deren Wirksamkeit, stellt die Identifikation und Beurteilung der mit der Verletzung von rechtlichen Vorgaben verbundenen Risiken fest, warnt frühzeitig vor Risiken, indem sie die mögliche Auswirkung von sich abzeichnenden Änderungen des Rechtsumfeldes auf die Tätigkeit des Unternehmens beurteilt, und sorgt dafür, dass die unternehmensinternen Leitlinien eingehalten werden.

Details zur Aufbauorganisation und zu den Aufgaben der Compliance-Funktion können dem Kapitel B.1.1 entnommen werden. Die Compliance-Funktion ist mit zwei Personen ausgestattet: Die Verantwortliche Person für die Compliance-Funktion und zusätzlich ein Compliance-Officer. Im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung ist die Compliance-Funktion unabhängig und weisungsfrei. Unabhängig bedeutet, dass der Compliance-Funktion eine unvoreingenommene Überprüfung compliance-relevanter Sachverhalte ermöglicht wird. Hierzu hat sie, soweit für die Aufgabenerledigung notwendig, ein uneingeschränktes Auskunfts-, Zugangs- und Einsichtsrecht hinsichtlich aller einschlägigen Unterlagen, Bücher und Aufzeichnungen einschließlich etwaiger vorliegender Tonbandaufzeichnungen, soweit dem nicht zwingende Rechtsvorschriften entgegenstehen.

B.5 Funktion der Internen Revision

B.5.1 Aufbauorganisation der Internen Revision

Die Verantwortung für die Einrichtung und die Funktionsfähigkeit einer Internen Revision obliegt der Geschäftsleitung der jeweiligen Gesellschaft und kann nicht delegiert werden. Dies gilt auch dann, wenn den einzelnen Geschäftsleitern bestimmte Aufgabenbereiche innerhalb der Viridium Gruppe (VG) unterstehen.

Eine vollständige Ausgliederung der Tätigkeit der Internen Revision auf die Konzernrevision ist unter (aufsichtsrechtlich) festgelegten Voraussetzungen möglich. In der Viridium Gruppe ist die Revisionsfunktion auf die zentrale Servicegesellschaft Viridium Service Management GmbH (VSM) ausgegliedert.

Die Interne Revision der VG übt ihre Aufgaben auf Grundlage entsprechender Auslagerungsverträge grundsätzlich für alle Gesellschaften der Gruppe aus. So wird sichergestellt, dass die Gruppenrevision für alle Einzelgesellschaften tätig wird und unnötiger Koordinationsaufwand entfällt. Alle hinzukommenden relevanten Einzelgesellschaften vereinbaren die Auslagerungsverträge sukzessive nach Integration in die Gruppe. Die Geschäftsleitung der Einzelgesellschaft hat im Fall einer vollständigen Ausgliederung einen Ausgliederungsbeauftragten für die Interne Revision zu benennen, der eine ordnungsgemäße Durchführung der Internen Revision gewährleisten muss. Als Revisionsbeauftragter der auslagernden Unternehmen wurde jeweils ein Mitglied der Geschäftsleitung benannt. Neu zu integrierende Lebensversicherungsbestände können gegebenenfalls für eine Übergangszeit abweichenden Regelungen unterliegen, um die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht zu verletzen.

Die Revision ist dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Viridium Group GmbH & Co. KG unterstellt. Der Revisionsleiter ist hierarchisch der Ebene angegliedert, die der Unternehmensleitung auf Gruppenebene folgt (F1-Ebene). Ihm steht entsprechend der Planung beziehungsweise Risikolage

eine ausreichende Anzahl qualifizierter, fest angestellter Revisoren zur Verfügung. Für den Bereichsleiter Revision und die Revisoren werden Stellenbeschreibungen gefertigt, die die Anforderungen an die persönliche und fachliche Eignung festlegen und gewährleisten, dass die Vorgaben der Fit & Proper-Kriterien beziehungsweise der gleichlautenden Richtlinie der Viridium Gruppe erfüllt werden. Die Interne Revision bestand im Berichtsjahr 2023 aus dem Bereichsleiter Interne Revision sowie vier Planstellen für Revisoren.

B.5.2 Ablauforganisation der Internen Revision

Basis der Revisionstätigkeit ist die von den jeweiligen zuständigen Geschäftsleitungen verabschiedete Richtlinie Revision (Geschäftsordnung) für die Viridium Gruppe vom 27. Mai 2014, die zuletzt am 28. November 2023 aktualisiert wurde. Diese Revisionsrichtlinie ist auf die Anforderungen der Wertpapier- und Versicherungsaufsicht ausgerichtet, da eine WpIG-regulierte Gesellschaft (SPM) zur Viridium Gruppe gehört.

Die verschiedenen Arbeitsabläufe der Internen Revision zur Durchführung der jährlichen Revisionsplanung mit Erstellung des Revisionsprogrammes für die nächsten fünf Jahre, zur Prüfungsdurchführung, Berichterstellung, Kommunikation und zur Nachverfolgung sind neben der Richtlinie Revision in einer Arbeitsanweisung für die Interne Revision (Revisionshandbuch) konkretisiert.

Die Richtlinie Revision und die zugehörige Arbeitsanweisung werden jährlich im Rahmen eines formalen, gruppenweiten Prozesses auf Aktualität geprüft, angepasst und in Kraft gesetzt.

Die Dokumente sind für jeden Beschäftigten zugänglich im Intranet verfügbar. Diese Vorgaben gelten grundsätzlich für alle Unternehmen der Viridium Gruppe, um ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen im Konzern sicherzustellen.

Die bislang letzte Aktualisierung der Richtlinie Revision sowie des Revisionshandbuches beinhaltete redaktionelle Anpassungen (Aktualisierung der Bezüge zu Gesetzen und aufsichtlichen Vorgaben sowie Standards).

B.5.3 Vermeidung von Interessenkonflikten und Einhaltung berufsständischer Standards

Die Beschäftigten der Internen Revision nehmen keine anderen Schlüsselfunktionen oder Schlüsselaufgaben gemäß Solvency II wahr. Darüber hinaus werden keine Aufgaben aus dem operativen Geschäft übernommen.

Bei Beratungsleistungen achten wir darauf, dass keine Vorgaben mit Eingriffen in das operative Geschäft erfolgen.

Die Richtlinie Revision, die Arbeitsanweisung und das gesamte Handeln der Revisoren richtet sich an den berufsständischen Standards der Revisoren aus, sofern sie gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben nicht widersprechen. Derartige Widersprüche konnten im Berichtsjahr nicht festgestellt werden. Die Einhaltung des Ehrenkodex gemäß den internationalen Standards für Revisoren wird bestätigt.

Die Interne Revision der Viridium Gruppe hat sich im Jahr 2023 einem externen Quality Assessment unterzogen und dieses mit über 94,7 % erfüllt.

B.5.4 Informationsaustausch zwischen Schlüsselfunktionen

Zur Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II, nach denen die Interne Revision mit den anderen Schlüsselfunktionen kooperieren soll, finden mindestens vierteljährlich Treffen mit den Verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen Compliance, Unabhängige Risikocontrollingfunktion und Versicherungsmathematische Funktion statt. Diese Sitzungen werden protokolliert.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) nimmt innerhalb der Unternehmen der Viridium Gruppe ihre Aufgaben im Ressort des Chief Risk Officers (CRO) wahr, dem sie direkt unterstellt ist. Nach dem Drei-Linien-Modell ist die VMF Bestandteil der zweiten Linie und hat unter anderem die Aufgabe, der Geschäftsleitung aus dem Blickwinkel von Solvency II beratend zur Seite zu stehen und ad-hoc sowie durch ihren regelmäßigen Bericht im Kontext der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II deren Angemessenheit sicherzustellen sowie auf Verbesserungspotenziale hinzuweisen. Die VMF ist eine Schlüsselfunktion gemäß Solvency II. Die Einzelgesellschaften haben diese Funktion an die Gruppen-VMF ausgelagert. Der Auslagerungsbeauftragte der Einzelgesellschaften ist der CRO.

Aufbauorganisatorisch ist die VMF, wie bereits beschrieben, dem Ressort des CRO zugeordnet und somit nicht in das operative Geschäft eingebunden. Hierdurch kann die VMF ihre Aufgaben unabhängig wahrnehmen. Die Hauptaufgaben der VMF sind in diesem Zusammenhang die Prüfung und Überwachung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Kontext von Solvency II, die Validierung der dabei verwendeten Methoden, Daten und Annahmen sowie Stellungnahmen zur Zeichnungs- und Annahmepolitik und zu Rückversicherungsvereinbarungen. Die Ergebnisse der Analysen der VMF münden in einen jährlichen Bericht an die Geschäftsleitung.

Zwischen der VMF und den angrenzenden Bereichen wurde eine klar definierte Aufgabentrennung vereinbart. Diese ist in der Richtlinie der VMF festgehalten:

Thema	Rolle der VMF	Rolle der beteiligten Bereiche und Abteilungen
Berechnung der vt. Rückstellungen unter Solvency II	Gewährleistung einer angemessenen Validierung	Ergebnisse erstellen und plausibilisieren (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)
Methodik / Modellentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▼ Einbeziehung in die Konzeptentwicklung und in die Verabschiedung / Abnahme der Umsetzung ▼ Einbeziehung in wesentliche Modelländerungen ▼ Überprüfung der Angemessenheit des Modells ▼ Verbesserungsvorschläge ▼ Einbeziehung in alle Solvency-II-relevanten Änderungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▼ Verantwortung für die Methodikentwicklung und Modellierung inklusive Sicherstellung der Compliance (Abteilungen Reporting und Modellierung im quantitativen Risikomanagement) ▼ Wartung und Weiterentwicklung des Modells (Abteilung Modellierung)
Annahmen und Managementregeln	Einbeziehung in die Verabschiedung; Statement zur Freigabe; Beurteilung der Angemessenheit der Annahmen und Managementregeln	Annahmen: Verantwortung bei der Durchführung von Untersuchungen und dem Vorschlag von Annahmen; Bereitstellung von allen Informationen / Beurteilungen zum Abgleich von

Thema	Rolle der VMF	Rolle der beteiligten Bereiche und Abteilungen
		Annahmen und tatsächlich eingetretenen Ereignissen (Bereich Steuerung Leben) Managementregeln: Verantwortung bei der Durchführung von Untersuchungen und dem Vorschlag von Managementregeln (Bereich Steuerung Leben)
Datenqualität	Beurteilung der zugrunde liegenden Datenqualität im Modell und bei der Entwicklung von Annahmen; Empfehlungen für Verbesserungen	Unterstützung bei der Beurteilung (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement und Bereich Produkt- und Bilanzmathematik)
Pricing / Underwriting	Stellungnahme	Unterstützung bei der Kommentierung (Bereich Produkt- und Bilanzmathematik)
Rückversicherung	Stellungnahme zu den Rückversicherungsvereinbarungen	Unterstützung bei der Kommentierung (Bereich Produkt- und Bilanzmathematik und Bereich Steuerung Leben)
ORSA	Beurteilung der jederzeitigen Einhaltung der Anforderungen an die versicherungstechnischen Rückstellungen	Erzeugung von Ergebnissen / Durchführung von Analysen (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)
Überleitungsrechnung	Analyse der Überleitungsrechnung	Erstellung der Überleitungsrechnung von einem Stichtag auf den nächsten, wie regulatorisch gefordert (Rd.Nr. 103 MaGo) (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)
Bericht an die Geschäftsleitung (VMF-Bericht)	Erstellung und Präsentation des Berichts	Zulieferung von Informationen (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement, Abteilung Modellierung, Bereich Steuerung Leben, Bereich Produkt- und Bilanzmathematik zzgl. weitere Bereiche)

Des Weiteren liefert die VMF einen wesentlichen Beitrag zum Risikomanagementprozess des Unternehmens, indem sie stark in die mit der Berichterstattung (SFCR, RSR und ORSA) verknüpften Prozesse eingebunden ist und hier insbesondere aktuarielle Expertise zuliefert. Vor diesem Hintergrund verantwortet der Inhaber der VMF in enger Zusammenarbeit mit weiteren Bereichen zusätzlich Themen, die aus Sicht der Gesellschaft mit dem Tätigkeitsfeld der VMF in Einklang stehen:

Thema	Rolle der VMF	Rolle der beteiligten Bereiche und Abteilungen
Berechnung des SCR	Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Risiken	Erstellung und Plausibilisierung der Ergebnisse (Abteilung Reporting im quantitativen Risikomanagement)

B.7 Outsourcing

Ausgliederungspolitik

Die Ausgliederungspolitik der Viridium Gruppe und damit auch der beaufsichtigten Gruppenunternehmen Heidelberger Lebensversicherung AG, Skandia Lebensversicherung AG, Entis Lebensversicherung AG, Proxalto Lebensversicherung AG, Viridium Rückversicherung AG sowie der Viridium Group GmbH & Co. KG ist in einer gruppenweit geltenden Richtlinie festgelegt.

Als „Ausgliederung“ werden darin Funktionen, Prozesse, Dienstleistungen oder Tätigkeiten eines Versicherungsunternehmens angesehen, die im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit in der Regel vom Unternehmen selbst erbracht würden. Dies gilt in jedem Falle für Funktionen oder Tätigkeiten, die einen direkten Bezug zum Betrieb Versicherungsgeschäft bzw. Rückversicherungsgeschäft aufweisen oder bezüglich des Umfangs, der Dauerhaftigkeit oder der Häufigkeit der Leistungserbringung erheblich sind. Vor Ausgliederungen und danach wiederkehrend jährlich und bei wesentlichen Änderungen einer Ausgliederung ist jeweils eine Risikoanalyse nach der gruppenweit einheitlichen Risikobewertungssystematik durchzuführen.

Eine Ausgliederung im Sinne der Richtlinie wird als „wichtig“ angesehen, wenn die ausgegliederte Funktion oder Versicherungstätigkeit für den Betrieb des Versicherungsunternehmens unerlässlich ist. Hierzu gehören insbesondere Ausgliederungen der Bestandsverwaltung, der Leistungsbearbeitung, des Rechnungswesens, der Vermögensanlage und der Vermögensverwaltung sowie die Ausgliederung einer der aufsichtsrechtlich erforderlichen Schlüsselfunktionen „Interne Revision“, „Compliance-Funktion“, „Unabhängige Risikocontrollingfunktion“ und „Versicherungsmathematische Funktion“. Die Leitungsaufgaben der Geschäftsführung oder des Vorstands dürfen allerdings nicht ausgegliedert werden. Bei allen Ausgliederungen, einschließlich gruppeninterner Ausgliederungen sowie Weiterdelegationen, bleibt die Geschäftsleitung letztlich verantwortlich.

Für Ausgliederungen von Funktionen oder Tätigkeiten eines beaufsichtigten Unternehmens der Viridium Gruppe ist mit dem Vertragspartner ein Ausgliederungsvertrag zu schließen, der dem Unternehmen selbst, seinen Abschlussprüfern sowie der Aufsichtsbehörde den Zugriff auf alle betroffenen Daten ermöglicht. Ferner ist vertraglich sicherzustellen, dass der Dienstleister mit der Aufsichtsbehörde zusammenarbeitet und die Aufsichtsbehörde Zugangsrechte für die Räume des Dienstleisters erhält. Für Dienstleister mit Sitz in einem Drittstaat sind die jeweilig geltenden gesetzlichen Einschränkungen zu prüfen.

Die Ausführung vertraglich vereinbarter Dienstleistungen im Rahmen einer Ausgliederung ist hinsichtlich Qualität und Vollständigkeit effektiv zu überwachen. Hierbei sind die mit der Ausgliederung verbundenen externen und internen Risiken zu berücksichtigen. Dienstleister haben zudem eine Notfallplanung vorzuweisen, die im Notfall die Wahrung der Interessen der Viridium Gruppe und ihrer ausgliedernden Unternehmen gewährleistet. Bei der Ausgliederung wichtiger Funktionen und Versicherungstätigkeiten ist ferner sicherzustellen, dass eine übermäßige Erhöhung des operativen Risikos und eine Gefährdung der kontinuierlichen und zufriedenstellenden Dienstleistung für die Versicherungsnehmer vermieden werden.

Für jede ausgegliederte Schlüsselfunktion muss im ausgliedernden Unternehmen ein fachlich geeigneter und zuverlässiger Ausgliederungsbeauftragter benannt werden, der die Ausgliederung überwacht. Für Ausgliederungsbeauftragte wird grundsätzlich das Prinzip der Funktionstrennung beachtet.

Wichtige gruppeninterne Ausgliederungen

Alle wichtigen Ausgliederungen der Unternehmen

- ▼ Viridium Rückversicherung AG
- ▼ Proxalto Lebensversicherung AG
- ▼ Heidelberger Lebensversicherung AG

- ▼ Skandia Lebensversicherung AG
- ▼ Entis Lebensversicherung AG

der Viridium Gruppe werden gruppenintern von der

- ▼ Viridium Service Management GmbH (VSM)
Rechnungswesen, Controlling, Kommunikation, Kundendienst, Verantwortlicher Aktuar, Investment, Einkauf und Facility Management, Treasury und M&A, Informationssicherheitsbeauftragter, Betriebsorganisation, Interne Revision, Compliance-Funktion, Unabhängige Risikocontrollingfunktion und Versicherungsmathematische Funktion, Recht, Steuern, Vertrieb, Steuerung Lebensversicherung, Investment-Asset Management Conventional Business, Bilanz- und Produktmathematik (Aktuarat), Datenschutzbeauftragter, Geldwäschebeauftragter, Management-Know-how und Management-Ressourcen

wahrgenommen. Von diesen bezieht die VSM aktuell folgende Dienstleistungen im Wege der Subdelegation von den weiteren Gruppengesellschaften

- ▼ Viridium Group GmbH & Co. KG
Investment-Asset Management Conventional Business, Steuerung Leben
- ▼ Proxalto Service Management GmbH
Kundenservice, Geldwäsche, Personal, Bilanz- und Produktmathematik (Aktuarat), Verantwortlicher Aktuar, Facility Management, IT

Wichtige gruppenexterne Ausgliederungen

Die meisten gruppenexternen Ausgliederungen werden gruppenintern über die Viridium Service Management GmbH gebündelt und von dort an externe Dienstleister weitergegeben. Insofern wird diese Bündelung nachfolgend nicht mehr explizit erwähnt.

Eine Ausnahme bilden die Vermögensanlage in Wertpapieren für eigene Rechnung sowie deren Verwaltung, welche von der SLE an eine der größten Asset-Management-Gesellschaften Deutschlands ausgegliedert sind, die ihrerseits von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt wird.

Die Vermögensanlage und -verwaltung von versicherungsinternen Wertpapierportfolien im Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherung der SLE wurde an eine von der BaFin beaufsichtigte Kapitalverwaltungsgesellschaft einer der größten Versicherungsgruppen Deutschlands ausgegliedert.

Der Rechenzentrumsbetrieb für die IT-Plattform zur Verwaltung der Kundenverträge der internen Lebensversicherungen sowie der Betrieb der allgemeinen IT-Infrastruktur der Viridium Gruppe ist an ein nach internationalen Standards zertifiziertes Tochterunternehmen eines der größten Systembetreiber in Deutschland ausgegliedert.

Im Bereich der Bereitstellung betriebswirtschaftlicher Systemkomponenten und deren Betrieb wird zur Leistungserbringung ein – in Bezug auf Unternehmensanwendungen – weltweit umsatzstarker Anbieter von Software und Softwaredienstleistungen mit Geschäftssitz in Deutschland eingesetzt.

Entwicklung, Wartung und Support der zentralen Bestandsverwaltungssysteme der IT-Plattform der Viridium Gruppe sind an einen führenden Anbieter von Standardsoftware für Lebensversicherer und Altersvorsorgeeinrichtungen mit Sitz in Deutschland ausgegliedert.

Einige Telekommunikations- und Telefonieleistungen sind ausgegliedert an einen weltweit agierenden und ISO zertifizierten Anbieter mit Niederlassung in Deutschland.

Im Bereich Digitalisierung von Eingangspost sowie zentraler Druck und Versand sind einige Tätigkeiten an einen im Bereich Dokumentenmanagement führenden, in Deutschland ansässigen und ISO zertifizierten Anbieter ausgegliedert.

Tätigkeiten für den Bereich Kundenservice (Bearbeitung von definierten Geschäftsvorfällen) sind teilweise an einen mehrfach in Deutschland vertretenen, ISO zertifizierten und im Versicherungsfeld etablierten Full-Service Anbieter ausgegliedert.

Leistungen in der operativen Bestandsverwaltung des Kundenservice – diese umfassen auch die Erfüllung kundenbezogener interner Sicherungsmaßnahmen i.S.d. Geldwäschegesetzes - in den Segmenten private und betriebliche Altersvorsorge sowie der Riesterbestände sind, um saisonale Effekte aufzufangen und die operative Stabilität sicherzustellen, teilweise ausgegliedert an einen in Deutschland ansässigen und in der Versicherungswirtschaft etablierten, externen Dienstleister.

Im Rahmen ausgewählter Tätigkeiten zur Geldwäschrävention wird auf spezialisierte und zertifizierte Dienstleister in Deutschland zurückgegriffen.

B.8 Sonstige Angaben

Die in Kapitel B.1 bis B.7 gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen zum Governance-System der SLE.

C Risikoprofil

Das Geschäftsmodell der VG beinhaltet in mehrfacher Hinsicht, beispielsweise aufgrund des Fortfalls der Zeichnung von Neugeschäft, geringere Risiken, als es bei aktiven Lebensversicherungsgesellschaften der Fall ist. Es führt auch zu bestimmten zusätzlichen Risiken, die sich aus Akquisitionen und damit verbundenen Aktivitäten ergeben.

Entsprechend dem Geschäftsmodell der VG kann sich die Anzahl der Unternehmen jederzeit ändern. Akquisitionen und Folgemaßnahmen, wie die organisatorische und technische Integration von Gesellschaften oder Beständen sowie mögliche daraus resultierende personelle Auswirkungen, bringen operationelle Risiken mit sich, die für die VG von großer Bedeutung sind. Der Due-Diligence-Prüfung im Vorfeld von Akquisitionen – auch im Hinblick auf die Kompatibilität der Risikomanagementsysteme – kommt eine besondere Rolle zu.

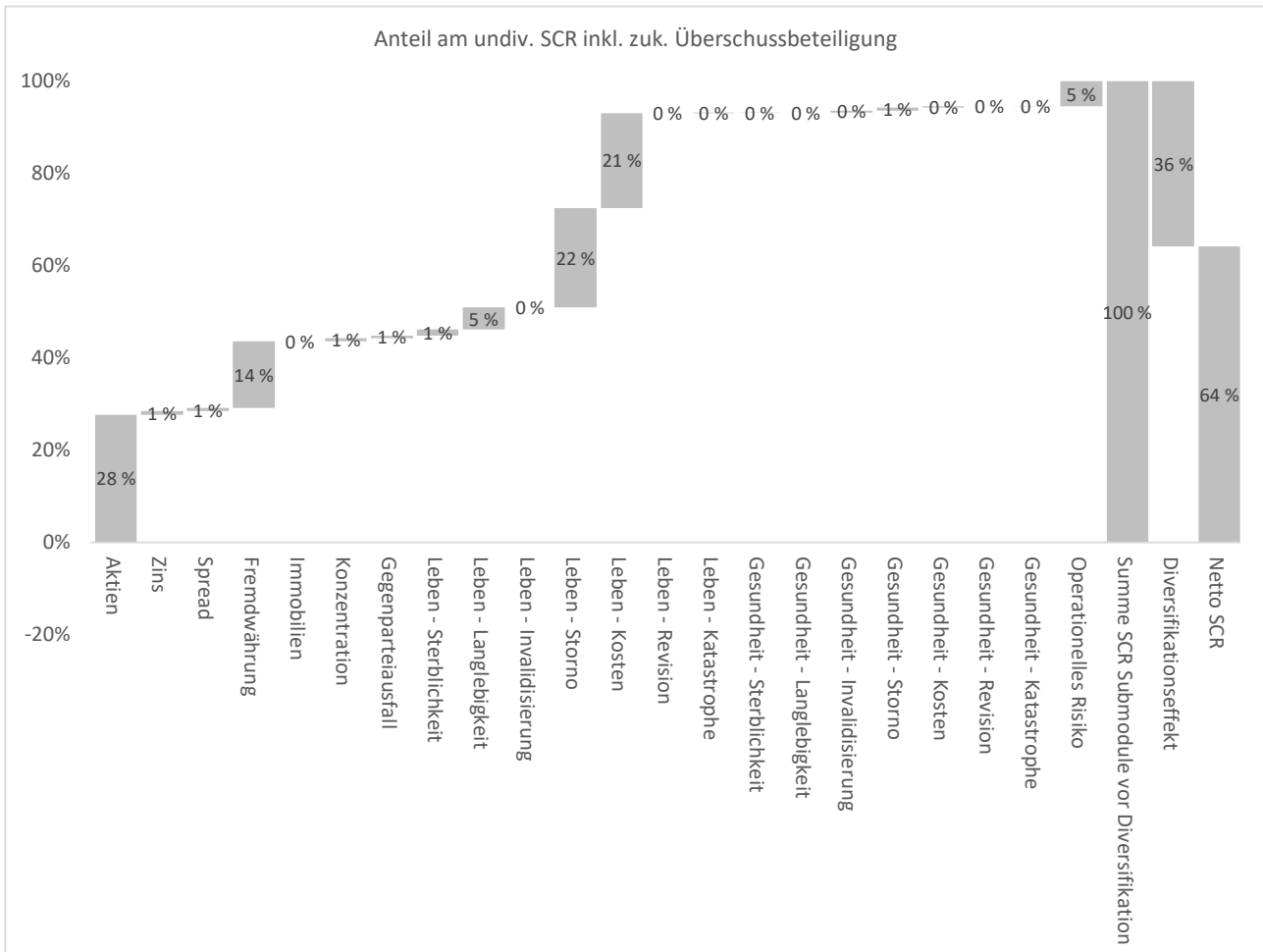
Das Geschäftsmodell der VG besteht aus folgenden Säulen:

- ▼ der Akquisition von Lebensversicherungsunternehmen,
- ▼ der Akquisition von Vertragsbeständen von Lebensversicherungsunternehmen,
- ▼ der effizienten Administration von Gesellschaften oder Vertragsbeständen sowie

- ▼ der Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen für Lebensversicherungsunternehmen.

Zu jeder Säule gehört die bewusste Akzeptanz beziehungsweise Handhabung der übernommenen Risiken. Hierfür ist ein professionelles Risikomanagement erforderlich.

Die folgende Übersicht zeigt das Gesamtrisikoprofil der SLE zum Stichtag 31. Dezember 2023 gemäß Standardformel auf Basis der undiversifizierten Solvenzkapitalanforderung (SCR) unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung aus der Zukünftigen Überschussbeteiligung (ZÜB). Die Summe der SCR Submodule vor Diversifikation beträgt dabei 153.460,0 Tsd. €.



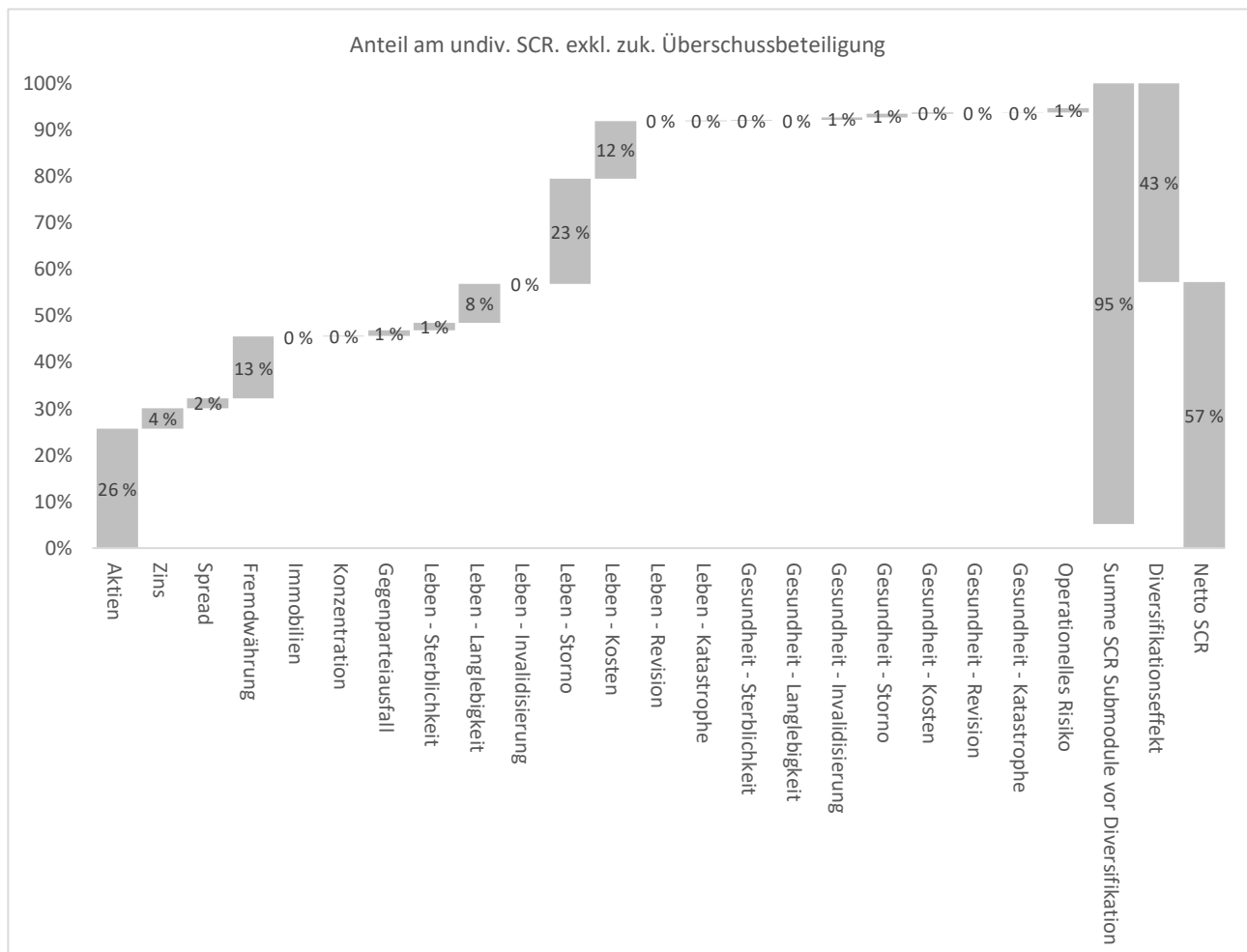
Wie aus der Grafik ersichtlich wird, sind gemäß Quantifizierung innerhalb der Kapitalanforderungen folgende Risiken der Gesellschaft als wesentlich zu erachten:

- ▼ Marktrisiken:
 - Aktienrisiko
 - Fremdwährungsrisiko
- ▼ Versicherungstechnische Risiken Leben:
 - Stornorisiko
 - Kostenrisiko

Wesentlichkeit liegt in diesem Zusammenhang vor, wenn der gemäß der Standardformel aus Solvency II berechnete undiversifizierte Betrag des SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden

Wirkung der ZÜB eines Risikos 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB im betreffenden Unternehmen übersteigt.

Die folgende Übersicht zeigt das Gesamtrisikoprofil der SLE zum Stichtag 31. Dezember 2023 gemäß Standardformel auf Basis des undiversifizierten SCR ohne Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung aus der ZÜB. Die Summe der SCR Submodule vor Diversifikation beträgt dabei 803.230,3 Tsd. €.



Lebensversicherungsverträge beinhalten langfristig garantierte künftige Leistungen, für die die Kunden einmalige oder laufende Beiträge zahlen. In der Kalkulation der zu zahlenden Beiträge gilt das Vorsichtsprinzip für die einkalkulierten Erwartungen über die künftige Entwicklung der Zinsen, der Sterblichkeit sowie der Verwaltungskosten, um langfristige Zusagen gegenüber den Versicherungsnehmern sicherstellen zu können.

Bei einer erwartungsgemäßen Entwicklung der Kapitalmärkte sowie der Sterblichkeit und der Kosten werden die einkalkulierten Puffer nicht benötigt, sodass Überschüsse entstehen. Lebensversicherer sind dabei durch eine rechtlichen Mindestanforderungen (vergleiche Mindestzuführungsverordnung) gesetzlich verpflichtet, die Versicherungsnehmer entsprechend an den Überschüssen zu beteiligen.

Die zukünftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist demnach in der Höhe nicht garantiert, da diese sich im Stressfall auch unter Beachtung der rechtlichen Mindestanforderungen

reduzieren kann. Hieraus erklärt sich die risikomindernde Wirkung auf das SCR in den einzelnen Risiken.

In den folgenden Kapiteln stellen wir insbesondere die wesentlichen Risiken auf Basis des undiversifizierten SCR mit und ohne Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung aus der ZÜB dar.

In Kapitel C.7 wird insgesamt auf die Effekte aus der risikomindernden Wirkung der ZÜB und zusätzlich auf die Effekte aus Diversifikation sowie der risikomindernden Wirkung der latenten Steuern eingegangen.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die wesentlichen Treiber des SCR-Risikoprofils (unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB) der SLE nicht verändert. Die beiden Top Risiken der SLE sind zum 31. Dezember 2023 das Aktienrisiko im Marktrisiko-Modul und das Stornorisiko im Lebensversicherungstechnischen-Risiko-Modul.

Absolut betrachtet wurde der Anstieg der Eigenmittel durch den Rückgang des SCR überkompensiert, so dass die Bedeckungsquote gegenüber dem Vorjahr rückläufig ist. Maßgeblich hierfür ist das deutlich veränderte Kapitalmarktumfeld.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

C.1.1 Informationen über die Risikoexposition

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode sind keine Maßnahmen zur Bewertung des versicherungstechnischen Risikos wesentlich verändert worden. Die Bedeutung des versicherungstechnischen Risikos ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Versicherungstechnisches Risiko Leben:

Das versicherungstechnische Risiko Leben der SLE setzt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt zusammen:

Vt. Risiko Leben	SCR inkl. zuk. Überschussbeteiligung (ZÜB) in Tsd. €	Anteil am vt. Risiko Leben vor Diversifikation und inkl. ZÜB in %	Anteil am Gesamt-SCR vor Diversifikation und inkl. ZÜB in %
Sterblichkeit	1.925,8	2,6 %	1,3 %
Langlebigkeit	7.322,4	9,9 %	4,8 %
Invalidität/Morbidität	0,0	0,0 %	0,0 %
Kosten	31.645,5	42,7 %	20,6 %
Storno	33.068,6	44,6 %	21,5 %
Katastrophe	161,4	0,2 %	0,1 %
Diversifikationseffekt	-15.263,5		
vt. Risiko Leben	58.860,2		

	SCR exkl. zukünftiger Überschussbeteiligung in Tsd. €
vt. Risiko Leben	275.366,2

Der Anteil in % vor Diversifikation spiegelt jeweils den Anteil am gesamten undiversifizierten SCR des versicherungstechnischen Risikos Leben nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB wider.

Das Kostenrisiko ist mit 21% am undiversifizierten SCR wesentlich und ist bedingt durch den starken Stress einer sofortigen Erhöhung der Kosten um 10 % in der Standardformel hoch. Aufgrund des Dienstleistungsvertrages mit der Viridium Gruppe schätzt die SLE das Risiko jedoch deutlich niedriger ein.

Das Stornorisiko erzeugt im versicherungstechnischen Modul Leben ebenfalls eine hohe Kapitalanforderung, da sein Eintritt zu einer Reduktion der künftig erwarteten Gewinne führt. Mit 23% am undiversifizierten SCR ist das Stornorisiko im Leben-Modul damit wesentlich. Hierbei fällt das Massenstorno stärker ins Gewicht als ein Stornoratenanstieg. Das bestehende Rückversicherungsprogramm der SLE senkt Invaliditäts- und Sterblichkeitsrisiken im versicherungstechnischen Risikomodul Leben.

Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit:

Das versicherungstechnische Risiko Gesundheit der SLE setzt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt zusammen:

Vt. Risiko Gesundheit	SCR inkl. zuk. Überschussbeteiligung (ZÜB) in Tsd. €	Anteil am vt. Risiko Gesundheit vor Diversifikation und inkl. ZÜB in %	Anteil am Gesamt-SCR vor Diversifikation und inkl. ZÜB in %
Sterblichkeit	80,1	3,7 %	0,1 %
Langlebigkeit	0,0	0,0 %	0,0 %
Invaliddität/Morbidität	494,2	22,9 %	0,3 %
Kosten	405,2	18,8 %	0,3 %
Storno	1.133,3	52,6 %	0,7 %
Katastrophe	41,2	1,9 %	0,0 %
Diversifikationseffekt	-595,7		
vt. Risiko Gesundheit	1.558,3		

	SCR exkl. zukünftiger Überschussbeteiligung in Tsd. €
vt. Risiko Gesundheit	9.396,1

Der Anteil in % vor Diversifikation spiegelt jeweils den Anteil am gesamten undiversifizierten SCR des versicherungstechnischen Risikos Gesundheit nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB wider.

Im versicherungstechnischen Modul Gesundheit bestehen keine wesentlichen Kapitalanforderungen

C.1.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Weitere wesentliche Risikokonzentrationen als die unter Kapitel C.1.1 genannten liegen nicht vor.

C.1.3 Risikominderungstechniken

Die SLE mindert ihr versicherungstechnisches Risiko, indem sie einzelne Risiken oder Teile von Risiken auf ein oder mehrere Rückversicherungsunternehmen überträgt. Hierbei handelt es sich im Rahmen der proportionalen Rückversicherung um eine Quotenrückversicherung und Quotenexzedentenversicherung.

Die Wirksamkeit der Rückversicherungsvereinbarungen bei der SLE wird regelmäßig überprüft, um bei Bedarf Anpassungen vorzunehmen.

Auf Basis von Dienstleistungsvereinbarungen werden der SLE feste Stückkosten je Vertrag garantiert, sodass das Risiko steigender Verwaltungskosten insoweit auf die Servicegesellschaft verlagert wird.

Der Kundenservice sowie die effiziente Identifikation und Abwehr von unberechtigten Leistungsforderungen tragen ebenfalls zur Risikominderung des versicherungstechnischen Risikos bei.

Wesentliche Risiken bei der Zeichnung von Versicherungsverträgen liegen bei der SLE aufgrund des eingestellten Neugeschäfts nicht vor, sodass insoweit keine risikomindernden Maßnahmen erforderlich sind.

C.1.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Stresstests und Szenarioanalysen dienen der Überprüfung der Verlustanfälligkeit. Sie zeigen die Konsequenzen auf für den Fall, dass außergewöhnliche, aber plausible Ereignisse eintreten. Dabei existieren zahlreiche unterschiedliche Verfahren, die jedoch einem gemeinsamen Ziel dienen: der Bestimmung der Widerstandsfähigkeit in extremen Situationen. Sie ermöglichen damit zusätzliche unternehmensindividuelle Erkenntnisgewinne über das Risikoprofil und die Risikosensitivität eines Unternehmens und damit über die Ableitung unternehmensspezifischer Maßnahmen zur Verbesserung der Risikosituation und des Risikomanagements.

Sensitivitätsanalysen im Kontext des Risikomanagements stellen eine bestimmte Form eines Stresstests dar, indem eine Ausgangsbilanz beziehungsweise ein Planungsmodell auf die Robustheit gegenüber Änderungen einzelner oder mehrerer Parameterwerte untersucht wird.

Szenarioanalysen sind eine verbreitete Methode im Risikomanagement, die als Instrument der Entscheidungsvorbereitung und -unterstützung etabliert sind. Szenarioanalysen werden vor allem bei zukunftsorientierten Fragestellungen eingesetzt, können aber auch bei der Auswahl einer Alternative bei einer anstehenden Entscheidung wirkungsvoll unterstützen. Die Grundidee ist, einen alternativen Zustand zu beschreiben und anhand dieser Beschreibung Konsequenzen für eine zu untersuchende Fragestellung abzuleiten. In aller Regel werden die so erhaltenen Kenntnisse verwendet, um darauf aufbauend konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Im Rahmen des regulären ORSA-Prozesses des Jahres 2023, der für die Einzelgesellschaften und die Gruppe von Mai bis Dezember 2023 durchgeführt wurde, haben wir diverse Stresstests und Szenarioanalysen im Kontext des versicherungstechnischen Risikos absolviert, deren Annahmen und wichtigste Ergebnisse im Folgenden wie regulatorisch gefordert für die wesentlichen Risiken zusammenfassend beschrieben werden. Die angewandten Bewertungsmethoden basieren alle auf den regulatorischen Vorgaben für die erste Säule von Solvency II.

C.1.4.1 Sensitivitätsanalysen

Zusätzlich zu der Veränderung von Parametern bei den Untersuchungen zum GSB haben wir weitere Sensitivitätsanalysen (SFS) durchgeführt. Diese wurden erstellt, um die Effekte von Veränderungen an der Standardformel zu analysieren und zu zeigen, wie das Risikoprofil der Gesellschaft auf die Veränderung reagiert. Dafür haben wir einzelne Berechnungsmodulare der Standardformel ersetzt, verändert oder erweitert, um die Sensitivitäten abzuschätzen. Bei den Sensitivitäten zum

30. Juni 2023 wurde jeweils untersucht, welche Auswirkung sich auf den regulatorischen Risikokapitalbedarf nach Diversifikation und Steuer ergibt, wenn der entsprechende Standardformelstress durch den abgewandelten Stress ersetzt wird.

Kosten

Das Kostenrisiko spiegelt das Risiko wider, dass sich aus nachteilig veränderten Kostenentwicklungen ergibt. Hierzu sind im Rahmen der Standardformel ein Kostenschock von +10 % zu Beginn der Berechnung und eine Erhöhung der Inflationsannahme der SLE um einen Prozentpunkt zu berechnen.

Die SLE ist aufgrund der Service-Vereinbarung mit den Service-Gesellschaften weitestgehend gegen einen plötzlichen Anstieg der Kosten immunisiert. (siehe Kapitel C.1.3), sodass das Risiko für einen sofortigen Kostenanstieg um 10 % aus dem Standardansatz in der Realität für die SLE keine Relevanz besitzt. Das Risiko für einen sofortigen Kostenanstieg um 10% liegt demnach bei der Service-Gesellschaft. Aufgrund dessen wird die alleinige Wirkung der erwarteten Inflationsausweitung untersucht.

Unter Vernachlässigung des Kostenschocks zu Beginn der Berechnung und der alleinigen Berücksichtigung des Inflationsstresses reduziert sich der Kostenstress im Lebenmodul um 5,3% in der Sensitivitätsanalyse. Im Vergleich zum Kostenstress der Standardformel ergibt sich auch im Gesundheitsmodul ein reduzierter Kostenstress um 25%.

Operationelles Risiko

Durch die Service-Verträge zwischen den Versicherungsunternehmen und der VSM tragen die Lebensversicherungsunternehmen der VG bis auf wenige Ausnahmen (insbesondere Produktrechtsrisiken und Veränderungsrisiken bzgl. Rückvergütungen) de facto keine operationellen Risiken.

Wir überwachen und steuern unser Operationelles Risiko intern auf Basis eines auf unseren Risikoinventuren beruhenden Scoring-Modells und quantifizieren die sich daraus ergebenden Risiken in einem integrierten Ansatz sowohl auf Solo- als auch auf Gruppenebene zum 30. Juni 2023 unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen untereinander. Durch die Service-Verträge zwischen den Versicherungsunternehmen und der VSM werden die operationellen Risiken der Lebensversicherungsunternehmen der VG bis zu einer gesellschaftsindividuellen Haftungsgrenze bis auf wenige Ausnahmen (insbesondere Produktrechtsrisiken und Veränderungsrisiken bzgl. Rückvergütungen) auf die Gruppenebene transferiert. Um dem Rechnung zu tragen, wird das Operationelle Risiko analog zum GSB in Form einer Monte Carlo Simulation der tatsächlich anfallenden Operationellen Risiken ermittelt.

Die Monte Carlo Simulation des operationellen Risikos führt zu einem um 84% geringeren Kapitalbedarf als unter der Standardformel.

C.1.4.2 Szenarioanalysen

Zusätzlich analysieren wir Single-Faktor-Szenarien. Im Unterschied zu den Sensitivitäten wird hier eine Veränderung der Basis vorgenommen, auf die dann die Standardformelstresse wirken. Dadurch werden auch die Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Risikomodulen berücksichtigt und die resultierenden Solvenzquoten sind hier von Interesse. Bei den Single-Faktor-Szenarien

zum 30. Juni 2022 wird untersucht, welche Auswirkung sich auf den regulatorischen Risikokapitalbedarf nach Diversifikation und Steuer ergibt, wenn die entsprechende Basis verändert wird, auf die anschließend die Standardformelstresse angewendet werden.

Storno

Im Rahmen des Standardansatzes ergibt sich die Kapitalanforderung aus dem Stornorisiko über drei verschiedene Betrachtungen. Gemäß dem Standardansatz sind jeweils ein Anstieg und ein Rückgang der künftigen Stornoquoten um 50 % zu betrachten. Hinzu kommt das Szenario eines Massenstornos, unter dem per Stichtag der Berechnung der Rückkauf von 40 % des Bestandes eintritt. Des Weiteren ist zu beachten, dass diese Stresse nur auf Verträge anzuwenden sind, bei denen der Eintritt des Szenarios nachteilige Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen hat. Anschließend werden die drei Berechnungen verglichen und die höchste resultierende Kapitalanforderung verwendet.

Das Stornomodul wird aufgrund der erheblichen Sekundäreffekte über Single Faktor Szenarien untersucht. Dabei wird zum einen die Basis um ein 24,5% höheres Storno, als auch um ein 22,5% geringeres Storno als im Best Estimate initial angepasst, auf die dann die Standardformel angewendet wird.

Aus Unternehmenssicht ist ein geringeres Storno das positivere Szenario, da durch das größere Geschäftsvolumen mehr zukünftige Gewinne erwirtschaftet werden können. Aus Solvenzsicht ergibt sich ein differenzierteres Bild, da sich mit den höheren zukünftigen Gewinnen auch das damit verbundene Risiko erhöht.

Konkret erhöhen sich PVFP und Risikomarge sowie die SCRs. Der Anstieg des SCR ist dabei stärker als der Zuwachs an Eigenmitteln. Insgesamt reduziert sich die Solvenzquote bei reduziertem Storno, bleibt aber auf einem komfortablen Niveau.

Bei erhöhtem Storno ergeben sich analoge Bewegungen in die entgegengesetzte Richtung. Insgesamt ist dies also aus Solvenzsicht das positive Szenario.

Insgesamt reduziert sich die Solvenzquote bei reduziertem Storno um 9 Prozentpunkte.

Bei erhöhtem Storno ergeben sich analoge Bewegungen in die entgegengesetzte Richtung. Insgesamt steigt die Solvenzquote bei gestiegenem Storno um 10 Prozentpunkte.

C.2 Marktrisiko

C.2.1 Informationen über die Risikoexposition

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode wurde die Bewertung des Marktrisikos im Solvency II Modell dahingehend weiterentwickelt, so dass die Managementregeln granularer abgebildet werden. Im Berichtsjahr ist die Bedeutung des Marktrisikos unter Berücksichtigung der zukünftigen Überschussbeteiligung im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Maßgeblich hierfür war insbesondere die höhere Bedeutung des Aktien- und Währungsrisikos infolge der positiven Entwicklung der Kapitalmärkte in 2023.

Das Marktrisiko der SLE setzt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt zusammen:

Marktrisiko	SCR inkl. zuk. Überschussbeteiligung (ZÜB) in Tsd. €	Anteil am Marktrisiko vor Diversifikation und inkl. ZÜB in %	Anteil am Gesamt-SCR vor Diversifikation und inkl. ZÜB in %
Zins	1.212,8	1,8 %	0,8 %
Aktien	42.382,6	62,3 %	27,6 %
Immobilien	0,0	0,0 %	0,0 %
Spread	1.039,4	1,5 %	0,7 %
Marktkonzentration	1.108,5	1,6 %	0,7 %
Währung	22.246,7	32,7 %	14,5 %
Diversifikationseffekt	-14.043,6		
Marktrisiko	53.946,3		

	SCR exkl. zukünftiger Überschussbeteiligung in Tsd. €
Marktrisiko	287.317,2

Der Anteil in % vor Diversifikation spiegelt jeweils den Anteil am gesamten undiversifizierten SCR des Marktrisikos nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB wider.

Die Kapitalanlagen des fondsgebundenen Bestands (auf Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice) beträgt circa 93 % des gesamten Kapitalanlagebestands.

Die fondsgebundene Versicherung bietet Versicherungsleistungen im Erlebens- oder Todesfall als Kapital- oder Rentenleistung. Dabei wird die Versicherungsleistung an die Wertentwicklung von Investmentfonds gekoppelt. Das Kapitalanlagerisiko (inklusive Wechselkursrisiko) trägt der Versicherungsnehmer. Auf diese Weise kann er an den Wertsteigerungen der Fonds teilhaben, nimmt aber auch die Möglichkeit von Verlusten in Kauf. Aus diesem Grund ist das unmittelbare Marktrisiko für die SLE verhältnismäßig gering, da sie zum 31. Dezember 2023 überwiegend fondsgebundene Versicherungen hält.

Das Aktienrisikos und das Währungsrisikos (Wechselkursrisiko) übersteigen beide jeweils 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB der SLE und stellen entsprechend der unternehmensindividuellen Festlegung der Wesentlichkeit von Risiken (siehe Kapitel B.3.4) wesentliche Risiken für die SLE dar. Zwar partizipiert die Gesellschaft für das fondsgebundene Geschäft nicht direkt an den Marktrisiken, jedoch ist sie indirekt über niedrigere künftige Erträge aus Rückvergütungen an der Entwicklung der Fonds beteiligt. Da die Fonds zu fast zwei Dritteln in Aktien investiert sind, fällt das mittelbare Marktrisiko daher stark ins Gewicht. Zum 31. Dezember 2023 beträgt das SCR nach ZÜB des wesentlichen Aktienrisikos 43.666,2 Tsd. €. Des Weiteren wirkt sich das Währungsrisiko deutlich aus, da circa 50 % des Kapitalanlagebestandes in Fremdwährungen investiert ist. Zum 31. Dezember 2023 beträgt das SCR nach ZÜB des wesentlichen Währungsrisikos 22.246,7 Tsd. €.

Das Zinsänderungsrisiko stellt unabhängig vom Anteil am gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB immer ein wesentliches Risiko dar (siehe Kapitel B.3.4). Dies liegt in der umfassenden Interaktion mit anderen Risiken und der Bedeutung für unser Geschäftsmodell begründet. Das Zinsrisiko hingegen hängt maßgeblich mit dem Anteil des traditionellen (nicht-fondsgebundenen) Lebensversicherungsgeschäfts zusammen. Zur Bedeckung der Versicherungsverpflichtungen aus traditionellen Lebensversicherungen und der damit verbundenen Zinssensitivität erfolgt die Kapitalanlage ausschließlich mittels Zinstiteln. Die unterschiedliche Zinssensitivität der Vermögenswerte und Verpflichtungen ist neben der Form der Zinsstruktur ursächlich für das Zinsänderungsrisiko. Zum 31. Dezember 2023 beträgt das SCR nach ZÜB des wesentlichen Zinsrisikos 1.212,8 Tsd. €.

§ 124 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) normiert den sogenannten Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht. Dabei handelt es sich um einen im Rahmen von Solvency II eingeführten Verhaltensstandard für die Kapitalanlage von Versicherungsunternehmen. Im Kern bedeutet dies, dass stets Vorsicht in all jenen Prozessen zu walten hat, mittels derer die Anlagestrategien entwickelt, angenommen, umgesetzt und überwacht werden. Dies gilt in Anbetracht der Zwecke, für die Vermögen verwaltet wird, sowie der Ergebnisse. Umsicht und Kompetenz für die dem Unternehmen obliegende Vermögensverwaltung sind unerlässliche Voraussetzungen dafür, dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht gerecht zu werden. Insbesondere dürfen nach § 124 Abs. 1 Nr. 1 VAG Unternehmen in Bezug auf das gesamte Vermögensportfolio lediglich in Vermögenswerte und Instrumente investieren, deren Risiken das betreffende Unternehmen angemessen erkennen, messen, überwachen, handhaben, steuern und berichten sowie bei der Beurteilung seines Gesamtsolvabilitätsbedarfs angemessen berücksichtigen kann. Dabei darf sich das Unternehmen nicht ausschließlich auf die von Dritten bereitgestellten Informationen stützen.

Die VG hat für ihre Versicherungsgesellschaften, wie die SLE, diverse aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen sowie Vorgaben zur Einhaltung des Grundsatzes unternehmerischer Vorsicht getroffen. Diese umfassen insbesondere:

- ▼ **Aktiv-Passiv-Management:** Der Fachbereich Investment erstellt auf Basis von Daten zu den versicherungstechnischen Rückstellungen und unter Beachtung modelltheoretischer Ansätze die Aktiv-Passiv-Management-Strategie (ALM-Strategie) erstellt, die im Anlagegremium Konventioneller Bestand (AKB) diskutiert sowie gegebenenfalls modifiziert und anschließend der Geschäftsleitung zur Entscheidung vorgelegt wird.

- ▼ Frühwarnsystem zur risikoorientierten Kapitalanlagesteuerung: In diesem Kontext erfolgt die Überwachung der in Bezug auf das Gesamtmandat sowie in Bezug auf die in der Kapitalanlagerichtlinie vorgegebenen Limite. Gemäß Eskalationsmodell werden Überschreitungen an die SLE berichtet. Die Portfolio Guidelines konkretisieren die Kapitalanlagerichtlinie im Hinblick auf quantitative und qualitative Anforderungen.
- ▼ Zur Minderung von finanziellen Risiken ist der Einsatz von Finanzderivaten grundsätzlich zulässig. In Finanzderivate darf gemäß derzeit gültiger Kapitalanlagerichtlinie nur innerhalb des Spezialfonds investiert werden.
 - Investmentfonds lassen sich bezüglich ihres Anlegerkreises in Publikums- und Spezialfonds unterteilen. Während die Anlage in Publikumsfonds für jeden Anleger möglich ist, steht die Anlage in Spezialfonds nur institutionellen Anlegern offen. Die maximale Anzahl an Anlegern, die in den einzelnen Spezialfonds investieren dürfen, ist zumeist eng begrenzt und wird in den Anlagegrundsätzen des Fonds festgelegt. Im Gegensatz zu einem Publikumsfonds haben die Anteilseigner eines Spezialfonds ein Mitspracherecht bei den Anlageentscheidungen. Hauptkunden von Spezialfonds sind Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds und Sozialversicherungsträger.
 - Des Weiteren können Finanzderivate genutzt werden, um aus vorhandenen Vermögenswerten einen zusätzlichen Ertrag zu erzielen, solange sichergestellt ist, dass bei Erfüllung von Lieferverpflichtungen keine Unterdeckung des gebundenen Vermögens eintreten kann. Ein Derivateinsatz zu spekulativen Zwecken, Arbitrage- und Leergeschäften ist in den Anlagerichtlinien ausgeschlossen. Es sind nur Instrumente zulässig, die auf der Positivliste des externen Asset-Managers aufgeführt sind. Jedes Instrument hat vor Aufnahme auf die Positivliste den Neue Produkte Prozess (NPP) zu durchlaufen.
- ▼ Im Bestand der SLE befinden sich derzeit keine verbrieften Instrumente. Entsprechend ist die Gefahr, dass die eigenen Interessen nicht mit denen des die verbrieften Instrumente auflegenden Kreditinstituts gleichlaufend sind, nicht gegeben.
- ▼ Die Zielallokation der Kapitalanlagen für den konventionellen Bestand sieht fast ausschließlich Investitionen in an einem geregelten Markt gehandelte festverzinsliche Finanzinstrumente mit mindestens Investment Grade Rating vor. Diese werden sowohl geografisch als auch in Bezug auf die Emittenten breit gestreut. Gemäß derzeit gültiger Kapitalanlagerichtlinien bzw. Portfolio Guidelines der SLE darf insgesamt nur in nicht an einem geregelten Markt zugelassene Vermögenswerte investiert werden, sofern es sich dabei um Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Bank Loans, Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Policendarlehen, Beteiligungen, Genussscheine und Derivate handelt.
- ▼ Auf Basis der verabschiedeten Strategischen Asset-Allokation (SAA) hat die SLE ein Mandat an externe Asset-Manager vergeben. Dieses stellt im Wesentlichen Konkretisierungen der SAA dar. Mit den infrage kommenden Kapitalanlagen und den Limiten beschreibt das Mandat den Rahmen, in dem der externe Asset-Manager den operativen Kapitalanlageprozess gestaltet. Gleichzeitig wird der externe Asset-Manager zur Einhaltung der im Mandat enthaltenen Vorgaben verpflichtet. Des Weiteren werden im Mandat Informationen zur Zielfunktion des Kapitalanlagemanagements, zur Strategischen und Taktischen Asset-Allokation sowie zu den Schnittstellen im Kapitalanlageprozess (Liquiditäts- und Ergebnispla-

nung) zur Verfügung gestellt. Den Risikoaspekten tragen wir über die Auswahl und Beschränkung der für die Anlage freigegebenen Asset-Klassen sowie über Vorschriften zur Einzeltitelauswahl im Portfoliokontext Rechnung.

- ▼ Jegliche Investition in neue Produkte erfordert die Zustimmung durch das New Product Committee (NPC). Potenzielle neue Kapitalanlageprodukte müssen im Rahmen des Neue Produkte Prozesses (NPP) durch das NPC auf die Kriterien Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität geprüft werden. Zudem prüft das NPC, ob die neuen Produkte zur Risikostrategie der Gruppe passen. Die Vorstandsmitglieder werden regelmäßig über die Vermögensanlage und die damit verbundene Risikosituation informiert. Die Information erfolgt dabei nicht nur in Form von Zahlen, sondern auch unter qualitativer Erläuterung der getätigten Transaktionen und Entscheidungen.
- ▼ Neben den in den Mandaten enthaltenen Monitoring-Triggern und -Limiten wird zudem die Entwicklung des Gesamtportfolios anhand von sogenannten Key Risk Indicators (KRIs) überwacht. Diese können den Status „Grün“, „Gelb“ oder „Rot“ haben.
- ▼ Der externe Asset-Manager muss alle am Investmentprozess Beteiligten umfassend über die vorgenommenen Umsätze, die Kapitalanlagebestände und die Ergebnissituation informieren. Diese Berichte einschließlich der Risiko- und Performance-Berichte werden den Beteiligten monatlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt und umfassen die vom externen Asset-Manager verwalteten Kapitalanlagen. Auch innerhalb des jeweiligen Berichtsmonats muss der externe Asset-Manager Berichte zur Ertrags- und Reservesituation nach HGB sowie Risikoberichte zur Verfügung stellen.
- ▼ Das AKB (Anlagegremium Konventioneller Bestand) wird monatlich mittels eines Berichts über die Bestands- und Ertragssituation nebst Reserven sämtlicher Kapitalanlagen sowie der vorhandenen Risikosituation informiert. Die Monatsberichterstattung wird gleichzeitig den Mitgliedern des Vorstands im Rahmen des „Management Information Pack“ (MI Pack) zur Verfügung gestellt. Die Unabhängige Risiko- und Kontrollfunktion (URCF) ist in die laufende Berichterstattung eingebunden.
- ▼ Neben dem AKB gibt es auch das „Anlagegremium Fondsgebundenes Geschäft“ (AFG). Das AFG tagt ebenfalls monatlich. Aufgabe des AFG ist es insbesondere sicherzustellen, dass im Rahmen jeglicher Investmentaktivitäten regulatorische Anforderungen, die Interessen der Versicherungsnehmer und Vorgaben aus der Kapitalanlagerichtlinie „Fondsgebundenes und indexgebundenes Vermögen“ eingehalten werden. Zusätzlich steht die Überwachung der Performance und Risikokennzahlen innerhalb der fondsgebundenen Anlagekonzepte im Fokus.
- ▼ Um die Ratings der externen Ratingagenturen zu überprüfen, verwenden die Unternehmen der Viridium Gruppe die Einschätzung ihrer Asset-Manager. Diese verfügen über eigene Analysten sowie eigene Kreditrisikobeurteilungen. Die gemäß CRA-III-Richtlinie geforderte Überprüfung, ob die Ratings externer Ratingagenturen geeignet sind, erfolgt im ersten Schritt durch den externen Asset-Manager. Dieser hat einen Prüfungsprozess entsprechend der CRA-III-Richtlinie aufgesetzt, aus dem sich die relative außerplanmäßige Abschreibungswahrscheinlichkeit für Einzelinvestments ergibt. Die Plausibilisierung der externen Ratings durch Asset-Manager ist angemessen, weil die Interessen von Asset-Managern und Versicherungsunternehmen mit dem Ziel möglichst geringer Ausfallquoten in diesem Zusammenhang gleichgelagert sind und die Asset-Manager zudem keine Gegenleistung von den Emittenten erhalten. Die auf monatlicher Basis zugelieferten Rating-

daten werden nach Zugang schließlich vollumfänglich vom Bereich Investment auf Plausibilität geprüft. Hierzu vergleichen wir das Asset-Manager-Rating aller im Spezialfonds enthaltenen Anleihen, die allesamt börsennotiert sind, mit den entsprechenden Ratings der großen Ratingagenturen. Aus den vorhandenen Ratings der Agenturen wird mittels Solvency-II-Rating-Methodologie das zweitbeste Rating extrahiert – falls es nur ein Rating geben sollte, wird dieses verwendet – und mit dem Asset-Manager-Rating abgeglichen. Die für Solvency-II-Zwecke im quantitativen Reporting verwendeten Ratings externer ECAI-zertifizierter Ratingagenturen entsprechen dem plausibilisierten Asset-Manager-Rating.

C.2.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Im Rahmen des Standardansatzes sind Unternehmen dann einem Konzentrationsrisiko ausgesetzt, wenn die Engagements gegenüber einer einzigen Gegenpartei zusammengenommen über den vorgegebenen Konzentrationsschwellen liegen. Für diesen Fall wird eine Kapitalanforderung festgelegt. Liegt die Risikoexposition gegenüber einer Einzeladresse unter den vorgegebenen Schwellen, sind Unternehmen keinem Risiko ausgesetzt, und es wird keine Kapitalanforderung festgelegt.

Die SLE weist zum Berichtsstichtag ein geringes SCR-Marktkonzentrationsrisiko von 1.108,5 Tsd. € auf.

Im Hinblick auf geografische beziehungsweise zusätzliche anlageklassenbezogene Aspekte können zum 31. Dezember 2023 keine weiteren wesentlichen Konzentrationsrisiken für den Gesamtbestand an Kapitalanlagen festgestellt werden. Daher erfolgt insoweit aktuell ausschließlich eine qualitative Überwachung dahingehend, ob die durch die Kapitalanlagerichtlinie und Portfolio Guidelines konventioneller Bestand vorgegebenen Anlagegrenzen eingehalten sind.

C.2.3 Risikominderungstechniken

Zielsetzung der SLE ist es, im Hinblick auf den konventionellen Kapitalanlagebestand eine permanente Absicherung zu 100 % gegen Währungsrisiken und Zinsänderungsrisiken bei nicht-Euro-denominierten Kapitalanlagen sicherzustellen. Hierbei handelt es sich primär um Kapitalanlagen, denominiert in US-Dollar oder britischem Pfund. Dabei wird gemäß der Portfolio Guidelines ausschließlich der Verbleib eines vernachlässigbaren Basisrisikos toleriert.

Die Umsetzung der Neutralisierung des Währungsrisikos erfolgt durch Over-The-Counter (OTC)-Devisentermingeschäfte, die im Rahmen eines Absicherungsprogramms permanent mit einer Mindestlaufzeit von drei Monaten rolliert werden.

Das Zinsänderungsrisiko bei nicht-Euro-denominierten Kapitalanlagen sichern wir durch Einsatz von OTC-Zinsswaps ab. Weiterhin setzen wir OTC-Zinsswaps ein, um eine Durationsverlängerung der zinssensitiven Aktiva bis zum höheren Durationsniveau der Versicherungsverpflichtungen zu erreichen. Bei Veränderungen des Durationsprofils der Versicherungsverpflichtungen ist eine entsprechende Anpassung des OTC-Zinsswap-Einsatzes obligatorisch.

C.2.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen des regulären ORSA-Prozesses des Jahres 2023, den wir für die Einzelgesellschaften und die Gruppe im Zeitraum von Mai bis Dezember 2023 durchgeführt haben, fanden diverse Stress-

tests und Szenarioanalysen im Kontext des Markrisikos statt, deren Annahmen und wichtigste Ergebnisse im Folgenden, wie regulatorisch gefordert, für die wesentlichen Risiken zusammenfassend beschrieben werden. Alle angewandten Bewertungsmethoden basieren auf den regulatorischen Vorgaben für die erste Säule von Solvency II.

Sensitivitätsanalysen und Single-Faktor-Szenarien im ORSA 2023

Zusätzlich zu der Veränderung von Parametern bei den Untersuchungen zum GSB wurden weitere Sensitivitäts- und Single-Faktor-Szenarien durchgeführt.

Sensitivitäten stellen dabei eine isolierte Sicht auf das SCR eines einzelnen Risiko-Moduls dar. Diese wurden erstellt, um Veränderungen an der Standardformel zu analysieren und zu zeigen, wie das Risikoprofil der Gruppe auf die Veränderung von Parametern der Standardformel reagiert.

Die Sensitivitätsanalysen beruhen in diesem Kapitel alle auf der Methodik der Standardformel zum 30. Juni 2023. Dafür wurden einzelne Berechnungsmodule der Standardformel ersetzt, verändert oder erweitert, um die Sensitivitäten abzuschätzen.

Bei den Sensitivitäten zum 30. Juni 2023 wird also jeweils untersucht, welche Auswirkung sich auf den einzelnen regulatorischen Risikokapitalbedarf ergibt, wenn der entsprechende Standardformel-Stress durch den abgewandelten Stress ersetzt wird.

Zusätzlich wurde in diesem Jahr wieder Single-Faktor-Szenarien untersucht. Im Unterschied zu den Sensitivitäten wird hier eine Veränderung der Basis vorgenommen, auf die dann die Standardformelstresse wirken. Dadurch werden auch die Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Risikomodulen berücksichtigt, so dass die resultierenden Solvenzquoten hier auch von Interesse sind. Bei den Single-Faktor-Szenarien zum 30. Juni 2023 wurde untersucht, welche Auswirkung sich auf den regulatorischen Risikokapitalbedarf nach Diversifikation und Steuer ergibt, wenn die entsprechende Basis verändert, wird auf die anschließend die Standardformelstresse angewendet werden.

Zinsrisikomodul

Das Zinsrisiko stellt den potentiellen Rückgang der Eigenmittel aufgrund einer unterschiedlichen Zinssensitivität der Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen dar, hervorgerufen durch das adversere Szenario aus Zinsanstiegs- und Zinsrückgangsszenario. Der Standardansatz von Solvency II gibt das Zinsanstiegs- und Zinsrückgangsszenario vor, indem jeweils eine vorgegebene relative Verschiebung der ungestressten EIOPA-Zinsstrukturkurve vorgenommen wird.

Im Rahmen des Zinsstresses wird der SCR-Stress der Standardformel durch folgende Single-Faktor-Szenarien ersetzt:

Risiko	Untersuchungen
Zinsrisiko	<ul style="list-style-type: none"> ▼ Zinsanstiegsszenario ▼ Zinsrückgangsszenario ▼ +125 bps auf Zinsstrukturkurve zum 31.12.2021 ▼ Alternative Extrapolation der Zinsstrukturkurve (gemäß Solvency II Review)

Im Zinsanstiegsszenario wurde die Zinskurve zum ORSA-Stichtag verschoben. Diese Verschiebung führte zu folgenden Zinsanstiegen: +177,9 bps am 5-Jahrespunkt, +134,2 bps am 10-Jahrespunkt und 100 bps am 20-Jahrespunkt.

Im Zinsrückgangsszenario erfolgten diese Anpassungen: -148,8 bps am 5-Jahrespunkt, -99,1 bps am 10-Jahrespunkt und -84,9 bps am 20-Jahrespunkt.

Im Szenario Zinskurve vom 31. Dezember 2021 plus 125 Basispunkte wurde die ökonomische Zinsstrukturkurve vom 31. Dezember 2021 um 125 bps parallel nach oben verschoben.

Bei der alternativen Extrapolation erfolgt eine Anpassung der Zinsstrukturkurve gemäß EIOPA Solvency II Review 2020, wobei nicht die Extrapolation mit LLP im Jahr 20 zur Anwendung kommt, sondern die sogenannte „first smoothing point“ Extrapolation (FSP).

In der folgenden Übersicht werden die Ergebnisse aus den Single-Faktor-Szenarien der Solvenzquote der Standardformel als Veränderung gegenübergestellt:

Veränderung Solvenzquote in %-Punkten	Zinsrückgang	Zinsanstieg	Zins 31.12.2021 +125 bps	Alternative Extrapolation Zinsstrukturkurve
Zinsrisiko	-17%-Punkte	+19%-Punkte	-19%-Punkte	-5%-Punkte

Das Zinsrisiko im Standardansatz von SII wird ermittelt, indem eine gestresste Zinskurve angewendet wird, wobei der Rückgang der Zinskurve nach unten beschränkt ist.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Solvenzquote der SLE stabil auf adverse Veränderungen der Zinskurve reagiert. Im Single-Faktor-Szenario Zinsanstieg ist sogar ein Anstieg der Solvenzquote um 19 Prozentpunkte gegenüber der Standardformel zu verzeichnen, während die Solvenzquote in dem Szenario Alternative Extrapolation Zinsstrukturkurve nur wenig advers verändert ist. Lediglich in den Single-Faktor-Szenarien Zinsstrukturkurve 31. Dezember 2021 +125 bps und Zinsrückgang ergibt sich ein zweistelliger Rückgang der Solvenzquote um 19 bzw. 17 Basispunkte gegenüber der Standardformel.

Die Stabilität der Solvenzquote liegt darin begründet, dass höhere Erträge und höhere Diskontierung entgegengesetzt wirken. Die größten Auswirkungen sind nicht in den Marktstressen zu beobachten, sondern im Kostenstress. Dies erklärt sich daraus, dass die Kürzung der Dienstleistungsgebühr bei negativem übrigem Ergebnis gemäß Dienstleistungsvertrag, im Gegensatz zum letzten Jahr, nicht mehr zur Risikominderung berücksichtigt wird.

Da alle untersuchten Single-Faktor-Szenarien zu einer immer noch über dem ersten Trigger (140 %) der angestrebten Mindestsolvenzquote (gemäß Kapitalmanagementrichtlinie) liegenden Solvenzquote der SLE führen, werden aus diesen Single-Faktor-Szenarien aktuell keine Anpassungen des Geschäftsmodells und der Geschäftsstrategie bzw. keine zusätzlichen Anpassungen der Steuerung der wesentlichen Sensitivitäten abgeleitet.

Aktien- und Währungsrisikomodul

Das Aktien- und das Währungsrisiko stellen den potentiellen Rückgang der Eigenmittel dar, hervorgerufen durch adversere Szenarien aus Kursrückgängen von Eigenkapitalinstrumenten bzw. aus nachteiliger Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber Fremdwährungen. Der Standardansatz von Solvency II gibt für das Währungsrisiko ein Wechselkursanstiegs- und Wechselkursrückgangsszenario vor, von denen das adverser wirkende Szenario relevant ist.

Aktien- und Währungsrisiken haben gleichermaßen eine Veränderung der Marktwerte der zugrunde liegenden Aktiva zur Folge. Insofern analysieren wir im Aktien- und Währungsmodul ein gemeinsames Single-Faktor-Szenario, bei dem eine Marktwertreduktion um 30% in der Basis vorgenommen wird, auf die dann die Standardformel angewendet wird.

In der folgenden Übersicht werden die Ergebnisse aus den Single-Faktor-Szenarien der Solvenzquote der Standardformel als Veränderung gegenübergestellt:

Veränderung Solvenzquote in %-Punkten	Rückgang UL-Fondsvermögen um 30%
Aktien- und Währungsrisiko	-36%-Punkte

Die Marktwertreduktion um 30% im Unit Linked (UL) Bestand hat mehrere Konsequenzen. Die BEL des fondsgebundenen Geschäfts reduziert sich annähernd proportional zum Wertverlust der Fondsguthaben. Haupteffekt ist jedoch der Verlust zukünftiger Gewinne aus Rückvergütungen auf das reduzierte Fondsguthaben.

Mit der Reduktion des Volumens reduzieren sich auch die Risiken, die mit den zukünftigen Gewinnen verbunden sind, insbesondere Aktien- und Währungsrisiko sowie das Risiko eines Massenstornos. In der Folge reduziert sich auch die Risikomarge, was einen positiven Effekt auf die Eigenmittel hat.

Insgesamt zeigt sich, dass die Solvenzsituation der SLE auch unter einem sehr starken Stress von 30% Verlust des Fondsguthabens relativ stabil ist.

Da dieses untersuchte Single-Faktor-Szenario noch zu keiner unter dem ersten Trigger der angestrebten Mindestsolvenzquote (gemäß Kapitalmanagementrichtlinie) liegenden Solvenzquote der SLE führt, werden aus diesem Single-Faktor-Szenario aktuell keine Anpassungen des Geschäftsmodells und der Geschäftsstrategie bzw. keine zusätzlichen Anpassungen der Steuerung der wesentlichen Sensitivitäten abgeleitet.

ESG im ORSA 2023

Die VG als deutsche Lebensversicherungsgruppe fasst die drei Dimensionen „Environmental“, „Social“ und „Governance“ des Nachhaltigkeitsrisikos in der Regel nicht als eigenständige Risikoarten, sondern vielmehr als zusätzliche potenzielle Risikofaktoren anderer Risikoarten auf. Daher werden Risiken mit ESG-Bezug entsprechend gekennzeichnet.

Als Ergebnis erster qualitativer Einschätzungen gehen wir aktuell insbesondere von einem potentiell wesentlichen Einfluss der Dimension „Environmental“ in Gestalt von Transitionsrisiken auf unsere Marktrisikarten und das Reputationsrisiko aus. Von physischen Nachhaltigkeitsrisiken erwarten wir

aktuell keinen potentiell wesentlichen Einfluss auf bekannte Risikoarten bzw. Emerging Risks. Die von der Viridium Gruppe mit Blick auf die wichtigsten, potenziell nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen verfolgte Strategie wird auf der Ebene der konventionellen Kapitalanlagen umgesetzt.

In der Kapitalanlagerichtlinie für die konventionelle Kapitalanlage sind die folgenden Tabellen enthalten, in der die Kapitalanlageausschlüsse auf Basis der ESG-Kriterien spezifiziert werden:

Branchen-ausschluss	Unter-kategorie	Definition
Glücksspiel		Eigentümer und Betreiber von Casinos und Glücksspieleinrichtungen. Inkludiert Unternehmen, die Lotterie- und Wettdienste anbieten.
Herstellung von Tabakerzeugnissen		Unternehmen, die Einnahmen aus der Herstellung von Tabakerzeugnissen erzielen.
Verteidigung und Waffen	Konventionelle Waffen	Unternehmen, die Einnahmen aus Waffensystemen, Komponenten sowie Unterstützungssystemen und -diensten erzielen.
	Nuklearwaffen	Unternehmen, die eine Branchenbindung zu Atomwaffen haben.
	Umstrittene Waffen	Unternehmen, die Verbindungen zu Streumunition, Landminen, biologischen / chemischen Waffen, Waffen mit angereichertem Uran, blendenden Laserwaffen, Brandwaffen und / oder nicht nachweisbaren Fragmenten haben.
Gentechnik		Unternehmen, die hauptsächlich in der Forschung, Entwicklung, Herstellung und / oder Vermarktung von Produkten tätig sind, die auf genetischer Analyse und Gentechnik basieren. Inkludiert Unternehmen, die sich auf proteinbasierte Therapeutika zur Behandlung menschlicher Krankheiten spezialisiert haben. Ausgeschlossen sind Unternehmen, die Produkte mit Biotechnologie herstellen, jedoch ohne Anwendung im Gesundheitswesen.
Atomkraft		Unternehmen, die Einnahmen aus Kernkraftaktivitäten erzielen.
Unterhaltung für Erwachsene		Unternehmen, die Einnahmen aus der Unterhaltung für Erwachsene erzielen.
Kohlenstoffe und fossile Brennstoffe	Kohle	Unternehmen, die Einnahmen aus dem Abbau von thermischer Kohle (einschließlich Braunkohle, Bitumen, Anthrazit und Dampfkohle) und deren Verkauf an externe Parteien erzielen.
	Konventionelles Öl & Gas	Unternehmen, die Einnahmen aus konventionellem Öl und Gas erzielen. Es umfasst alle Arten der konventionellen Öl- und Gasförderung, einschließlich arktischer Onshore / Offshore, Tiefwasser, Flachwasser und andere Onshore / Offshore.
	Unkonventionelles Öl & Gas	Unternehmen, die Einnahmen aus unkonventionellem Öl und Gas erzielen. Darin enthalten sind Einnahmen aus Ölsand, Ölschiefer (kerogenreiche Lagerstätten), Schiefergas, Schieferöl, Kohleflözgas und Kohleflözmethan.

Die Viridium Gruppe berücksichtigt in der Kapitalanlagetätigkeit der einzelnen Lebensversicherungsgesellschaften potenziell nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren. Solche des voranschreitenden Klimawandels wurden hierbei als das bedeutendste Ergebnis der nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen innerhalb der Viridium Gruppe identifiziert. Durch die Kapitalanlage in Sektoren, die besonders stark zum Klimawandel beitragen, kann es zu nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen kommen. Um diese zu reduzieren und gleichzeitig einen positiven ökologischen Beitrag durch die Kapitalanlage zu leisten, wurden bestimmte Wirtschaftssektoren (Kohle, konventionelles

Öl & Gas und unkonventionelles Öl & Gas) für Neuinvestitionen in den konventionellen (liquiden und illiquiden) Kapitalanlagen komplett ausgeschlossen.

Eine weitere nachteilige Nachhaltigkeitsauswirkung steht im Zusammenhang mit der Produktion und der damit einhergehenden Ermöglichung eines Einsatzes von umstrittenen Waffen, insbesondere Nuklearwaffen. Bei umstrittenen Waffen handelt es sich unter anderem um Streumunition, Landminen und biologische/chemische Waffen. Durch die Kapitalanlage in Unternehmen, die diese Waffen herstellen, kann es zu sozial nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen kommen. Daher sind die Kapitalanlagen in diese Unternehmen für die Neuinvestitionen in den konventionellen (liquiden und illiquiden) Kapitalanlagen komplett ausgeschlossen.

Da die Kapitalanlagen der SLE fast ausschließlich aus fondsgebundenen Kapitalanlagen bestehen (die unsere Kunden auswählen), spielt die konventionelle Kapitalanlage und die damit verbundene Richtlinie eine untergeordnete Rolle.

Reverse Stresstest im ORSA 2023

Der Reverse Stresstest stellt ein mögliches Szenario dar, welches zur Folge hat, dass das Unternehmen nicht mehr die Risikokapitalanforderung unter Solvency II bedecken kann, oder es werden die in der Risikostrategie festgelegten Warnschwellen betreffend die Solvenzquote unterschritten.

Im diesjährigen ORSA wurde für die SLE die folgende Kalibrierung gewählt:

Stress	Anpassungen 2023
Zinskurve	Zinsstrukturkurve vom 31.12.2021
Rückvergütung	Reduktion um 15 %
Operationeller Verlust	1,2 Mio. €

Das Reverse-Stresstest-Szenario basiert im Wesentlichen auf der Zinsstrukturkurve vom 31. Dezember 2021 und der Reduktion der Rückvergütungen um 15 %. Zusätzlich wurde das Szenario um einen operationellen Verlust von 1,2 Mio. € erweitert. Es führt in Summe zu einer Reduktion der SII-Bedeckungsquote um ca. 76 Prozentpunkte und resultiert in einer Bedeckungsquote von 100%.

Der Reverse-Stresstest wurde zum Stichtag 30. Juni 2023 betrachtet.

Die Eigenmittel sinken in diesem Szenario um 24,8 %, während das SCR um 32,3% steigt.

In diesem unvorteilhaften Szenario erhöhen sich fast alle Einzel-SCRs. Auslöser sind die niedrigere Diskontierung der Kosten, die höheren Marktwerte zu Projektionsbeginn und die geringeren zukünftigen Gewinne durch reduzierte Rückvergütungen. Einzig das Stornorisiko sinkt, da der Verlust zukünftiger Gewinne in diesem Stress geringer ausfällt.

Der Anstieg der BEL wird dabei nur teilweise durch die höheren Kapitalanlagen kompensiert. Das niedrige Zinsniveau führt allerdings zu einer geringeren Diskontierung. Am stärksten ist dieser Effekt beim Anstieg der Risikomarge. Der Anstieg des negativen Rückversicherungswerts aufgrund der schwächeren Diskontierung vermindert die Aktiva, während die Reduktion der latenten Steuerverbindlichkeiten in diesem unvorteilhaften Szenario zu einer Minderung der Verpflichtungen führt.

Zwar führt der Reverse-Stresstest wie erwartet zu einer deutlich unter dem ersten Trigger der angestrebten Mindestsolvenzquote (gemäß Kapitalmanagementrichtlinie) liegenden Solvenzquote der SLE, dennoch werden aus diesem Reverse-Stresstest aktuell keine Anpassungen des Geschäftsmodells und der Geschäftsstrategie bzw. keine zusätzlichen Anpassungen der Steuerung der wesentlichen Sensitivitäten abgeleitet. Denn eine Solvenzquote von 100 % zu erreichen, ist immanente Zielsetzung bei der Definition des Reverse-Stresstests.

Sollte absehbar sein, dass sich das Reverse-Stresstest -Szenario realisiert, würden Sofortmaßnahmen ergriffen, um die Einhaltung der in der Kapitalmanagementrichtlinie definierten unteren Grenze für die Solvenzquote einzuhalten. Hierzu gehören De-risking-Maßnahmen und/oder Maßnahmen zur Stärkung der Eigenmittel.

Adverses Mehrjahresszenario im ORSA 2023

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Single-Faktor Szenarioanalysen wurde das folgende negative Mehrjahresszenario definiert:

- ▼ Ein deutlicher Rückgang der Zinsen hat die größten negativen Auswirkungen auf die Lebensversicherungsgesellschaften. Aus diesem Grund gehen wir von stetig sinkenden Zinsen von 2025 bis 2028 aus. Am Ende des Planungszeitraums sollte das Niveau von Ende 2021 erreicht werden.
- ▼ Bei der Parametrisierung der Inflation gehen wir von den SII-Q2-Annahmen aus und erhöhen diese in 12/2023 und 2024 um 50 Basispunkte.
- ▼ Wir unterstellen einen 1 in 10 Jahren Aktienmarktschock im Jahr 2024. Aus diesem Grund reduzieren wir das Niveau zum 30. Juni 2023 im Jahr 2024 um weitere 20% für alle Benchmark-Indizes (ISHARES CORE MSCI WORLD, ISHARES MSCI BRIC ETF, MSCI Europe, S&P 500). Danach erfolgt eine allmähliche Erholung über den Planungszeitraum.
- ▼ Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass sich der Bestand der SLE zusätzlich zu den geplanten Stornoraten um 10% im Jahr 2024 und 10% im Jahr 2025 reduzieren wird

In diesem adversen Mehrjahresszenario erweisen sich die Annahmen eines pauschalen 10%igen Massenstornos des gesamten stornoberechtigten Bestands in den Jahren 2024 und 2025, sowie die sich stark unterscheidenden Zinsstrukturkurven zu den verschiedenen Stichtagen als Haupttreiber für die Solvenzentwicklung.

Auch wenn das adverse Szenario wirtschaftlich sehr unvorteilhaft ist, sind die Auswirkungen auf die Solvenzsituation der Gesellschaft nicht so negativ. Dies entspricht den Beobachtungen aus den Single-Faktor-Szenarien zum Zins und zum Storno, bei denen der eingetretene Verlust erwarteter zukünftiger Gewinne das Verlustrisiko eben dieser potentiellen Gewinne, d. h. die Risikokapitalanforderungen, reduziert. Über den Zeitverlauf wird somit der Rückgang der Eigenmittel zum Teil durch den Rückgang der SCRs überkompensiert.

Die Reduktion des Barwerts zukünftiger Gewinne führt zum Abschmelzen der latenten Steuerverbindlichkeiten und der damit verbundenen risikomindernden Wirkung. Dies führt im Laufe der Projektion zu einer Absenkung der Solvenzquote im Vergleich zur Entwicklung im Basisszenario.

Durch die Kombination dieser Effekte sinkt die Solvenzquote, verbleibt aber im gesamten Planungszeitraum über dem ersten Trigger der angestrebten Mindestsolvenzquote (gemäß Kapitalmanagementrichtlinie) liegenden Solvenzquote. Daher werden aus diesem adversen Mehrjahresszenario aktuell keine Anpassungen des Geschäftsmodells und der Geschäftsstrategie bzw. keine zusätzlichen Anpassungen der Steuerung der wesentlichen Sensitivitäten abgeleitet.

C.3 Kreditrisiko

C.3.1 Informationen über die Risikoexponierung

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode wurden keine methodischen Veränderungen im Kontext des Kreditrisikos vorgenommen. Die Bedeutung des Kreditrisikos ist gegenüber dem Vorjahr etwas angestiegen.

Das Kreditrisiko (Gegenparteiausfallrisiko) hat mit einem undiversifizierten SCR vor risikomindernder Wirkung der ZÜB in Höhe von 10.843,4 Tsd. € und einem Anteil von 1,3 % am gesamten undiversifizierten SCR vor risikomindernder Wirkung der ZÜB eine untergeordnete Bedeutung.

Das Kreditrisiko (Gegenparteiausfallrisiko) weist einen deutlich geringeren Anteil als 10 % des gesamten undiversifizierten SCR unter Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB der SLE auf, so dass es sich entsprechend den unternehmensindividuellen Festlegungen (siehe Kapitel B.3.4) aktuell um kein wesentliches Risiko der SLE handelt.

Um übermäßige Kreditrisiken zu vermeiden, werden nach Möglichkeit nur Exponierungen auf mehrere unabhängige Gegenparteien (Diversifikation) beziehungsweise mit Gegenparteien mit einem Rating von mindestens BBB eingegangen.

C.3.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Das Kredit- beziehungsweise Gegenparteiausfallrisiko weist im Risikoprofil der SLE eine vergleichsweise geringe Bedeutung auf.

Wesentliche Risikokonzentrationen im Gegenparteiausfallrisiko liegen nach Erkenntnis der Gesellschaft aktuell nicht vor.

C.3.3 Risikominderungstechniken

Im Hinblick auf das Kreditrisiko erfolgt die Risikominderung neben der Übertragung von Exponierungen auf mehrere unabhängige Gegenparteien durch die qualitative Überwachung wesentlicher Gegenparteien.

C.3.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen des regulären ORSA-Prozesses des Jahres 2023, der für die Einzelgesellschaften und die Gruppe im Zeitraum von Mai bis Dezember 2023 stattfand, haben wir keine Sensitivitätsanalyse im Kontext des Gegenparteiausfallrisikos durchgeführt.

C.4 Liquiditätsrisiko

C.4.1 Informationen über die Risikoexponierung

Informationen über die Risikoexponierung auf täglicher Basis/kurzfristige Sicht

Als Liquiditätsrisiko wird die Unsicherheit darüber bezeichnet, ob die Zahlungsverpflichtungen des Unternehmens aus seinen Geschäftsaktivitäten zeitgerecht und vollständig erfüllt werden können. Ursachen des Liquiditätsrisikos liegen vor allem in der Höhe und zeitlichen Staffelung von Zahlungsein- und -ausgängen sowie dem Grad der Liquidierbarkeit von Kapitalanlagen, die für die Bedeckung von versicherungstechnischen Rückstellungen und die Erfüllung finanzieller Verpflichtungen an die Versicherten zur Verfügung stehen. Aufgrund der vorab vereinnahmten Beiträge, die verzinslich und in liquide Kapitalanlagen angelegt werden, ist das Liquiditätsrisiko für Versicherungsunternehmen grundsätzlich gut steuerbar und für die Gesellschaft als nicht wesentlich einzustufen.

Gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum haben sich keine wesentlichen Änderungen der Maßnahmen zur Bewertung des Liquiditätsrisikos ergeben.

Die Viridium Gruppe und ihre Einzelgesellschaften tragen dem Liquiditätsrisiko durch eine vorsichtige Steuerung Rechnung. Das bedeutet, dass jederzeit ausreichend Barmittel vorhanden sein müssen, um erwartet und unerwartet Zahlungsabflüsse abdecken zu können. Liquiditätsrisiken aus operativen Tätigkeiten für die Vertrags- bzw. Bestandsverwaltung werden von den Lebensversicherungsgesellschaften jeweils an eine gruppeneigene Servicegesellschaft ausgelagert, die für ihre Dienstleistungen eine feste Servicegebühr je Vertrag berechnet.

Die liquiden Mittel und Kontobewegungen der SLE und der Gruppe werden auf täglicher Basis gesteuert und überwacht. Dafür werden regelmäßige Berichte zur vorhandenen Liquidität und deren Veränderung erstellt. Ein tägliches Cash-Reporting zeigt neben den Tagesveränderungen die aggregierten Zahlungsströme der letzten Woche, des aktuellen Monats sowie des laufenden Jahres einschließlich einer Erklärung der wesentlichen Bewegungen.

Auf der Grundlage eines jährlichen Planungsprozesses wird für die Service- und Holdinggesellschaften eine Liquiditätsplanung erstellt, wobei für das laufende Jahr eine monatliche Granularität vorliegt und die folgenden 4 Jahre auf Jahresbasis eingeschlossen werden. Zur Planung der unterjährigen operativ notwendigen Liquidität der SLE erfolgt eine Berechnung des Liquiditätsbedarfs für das laufende Jahr, woraus gegebenenfalls monatliche Änderungen des Sicherungsvermögens resultieren. Für die fondsgebundenen Versicherungsverträge ist eine Auszahlung an den Versicherungsnehmer wie im folgenden Kapitel beschrieben mit dem vorherigen Verkauf von Fondsanteilen verbunden, wobei aufgrund der sehr hohen Liquidität von fondsgebundenen Kapitalanlagen kein nennenswertes Liquiditätsrisiko vorhanden ist.

Informationen über die Risikoexponierung auf langfristige Sicht

Das langfristige Liquiditätsrisiko betrifft einen Zeitraum von mehr als zwölf Monaten. Zur Bewertung des langfristigen Liquiditätsrisikos werden neben Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen von Kapitalanlagen und Versicherungsnehmern (z.B. Prämienzahlungen, Leistungen oder Rückkäufe) auch liquide Vermögenswerte berücksichtigt, die im Bedarfsfall unverzüglich veräußert werden könnten.

Die Risikobereitschaft des Unternehmens wird mindestens einmal jährlich überprüft und legt die Präferenz für verschiedene Risiken, so auch für das Liquiditätsrisiko, in der Risikostrategie und dem Risikoappetit fest.

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode sind weder wesentliche Änderungen des Liquiditätsrisikos eingetreten noch Maßnahmen zu dessen Risikobewertung wesentlich verändert worden.

Die Abflüsse zugunsten von Versicherungsnehmern können verschiedene Ursachen haben. Feststehende Zahlungsausgänge wie Rentenzahlungen oder Vertragsabläufe sind planbar und bergen weniger Unwägbarkeiten als Zahlungsverpflichtungen, die durch das Ermessen bzw. durch Optionen des Kunden gegenüber dem Versicherungsunternehmen entstehen, wie es beispielsweise bei Kündigungen der Fall ist.

Ein für die Betrachtung des Liquiditätsrisikos wesentlicher Punkt ist die Unterscheidung von konventioneller und fondsgebundener Kapitalanlage, wobei der Anteil der konventionellen Kapitalanlagen bei der SLE mit 6,6 % jedoch nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Im Bereich der fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen ist eine Auszahlung an den Versicherungsnehmer mit dem vorherigen Verkauf von Fondsanteilen verbunden, sofern keine Anteilsübertragung gewünscht wird. Im Bereich Investment Operations & Controlling werden die Fondsanteile in eigenem Namen für fremde Rechnung gehandelt. Durch die hohe Liquidität von fondsgebundenen Kapitalanlagen tragen die Versicherungsgesellschaften der Versicherungsgruppe an dieser Stelle kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Im konventionellen Kapitalanlagesegment ermöglicht ein konsequentes Key Rate Duration Management die Berücksichtigung und Austarierung möglicher Effekte auf das Liquiditätsrisiko, die aus Entwicklungen der Zinsstrukturkurven resultieren können. Ein zusätzlicher Fokus auf die Sicherstellung einer grundsätzlichen Allokationsquote hin zu bonitätsstarken Staaten, deren Emissionen eine unmittelbare Fungibilität auch in Stressszenarien in der Vergangenheit unter Beweis stellen konnten, bildet hierbei einen weiteren Grundpfeiler in der Liquiditätssicherung im konventionellen Kapitalanlagebestand.

Um dennoch in der Lage zu sein, auftretende Unterdeckungen jederzeit ausgleichen zu können, und um für die gesetzlich notwendige (jederzeitige) Bedeckung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern zu sorgen, sind liquide Mittel auf einem treuhändergesperrten Konto bereitzustellen. Die Höhe muss jederzeit Unterdeckungen ausgleichen können. Diese Summe wird regelmäßig geprüft und bei Bedarf angepasst.

Im Kontext des konventionellen Versicherungsbestands werden im Aktuariat die aus den Passivfähigkeiten sowie die aus den Hochrechnungen und Simulationen zur Bestandsentwicklung resultierenden Cashflows ermittelt. Ergibt sich hieraus ein Bedarf an monatlichen Zuführungen zum Sicherungsvermögen wird dieser anschließend im Rahmen einer jährlichen Planungsrunde vom Bereich Investment für die jeweils folgenden zwölf Monate festgelegt.

Im Rahmen der langfristigen Liquiditätsplanung innerhalb des des Asset Liability Managements (ALM) werden zudem den simulierten Passiv-Cashflows (hier werden alle Ein- und Ausgänge der Passiva berücksichtigt, wie z.B. Rentenzahlungen, Rückkäufe, Abläufe, Kosten, Leistungsauszahlungen) die projizierten Cashflows aus den Kapitalanlagen (beinhaltet alle Zu- und Abflüsse i.V.m.

Kapitalanlagen, wie z.B. Abläufe von Anleihen, sämtliche Kupon- und Dividendenzahlungen) gegenübergestellt. Die ein- und ausgehenden Cashflows in Bezug auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden mit einem Projektionshorizont von mehr als 50 Jahren simuliert und in Stressszenarien (z.B. Marktwertveränderung der Kapitalanlagen auf Basis der Solvency-II-Stresse oder Veränderung des Kündigungsverhaltens von Versicherungsnehmern) analysiert. Auch bei Eintritt dieser Stressszenarien, mit deren Hilfe auch eine etwaige Inkongruenz zwischen den Kapitalzu- und -abflüssen bei Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ermittelt wird, sind die Liquiditätserfordernisse (in Gestalt einer SII-Bedeckungsquote > 100%) jederzeit erfüllt.

Im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko liegen, insbesondere aufgrund des Geschäftsschwerpunkts auf fondsgebundene Versicherungen, weder aktuell wesentliche Exponierungen vor, noch erwarten wir wesentliche Exponierungen im Zeitraum der Geschäftsplanung.

Zum 31. Dezember 2023 beträgt der erwartete Gewinn aus künftigen Prämien (EPIFP) 38.280,2 Tsd. €. Der erwartete Gewinn aus künftigen Prämien resultiert insbesondere aus dem Geschäftsbereich der fondsgebundenen Policen. Der Wert wird gemäß den Vorgaben in Artikel 260 Absatz 2 DVO berechnet.

C.4.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko liegen aktuell keine wesentlichen Risikokonzentrationen vor.

C.4.3 Risikominderungstechniken

Im Hinblick auf das Liquiditätsrisiko erfolgt die Risikominderung durch die unter Kapitel C.4.1 beschriebenen Maßnahmen, insbesondere Liquiditätsplanung und -überwachung.

C.4.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen der Geschäftsplanung und der BaFin-Prognoserechnung erfolgen Ermittlungen von ein- und ausgehenden Cashflows in verschiedenen Szenarien, mindestens jedoch durch ein Basis- und ein Marktstressszenario. Während ausgehende Cashflows hierbei maßgeblich von der angenommenen Entwicklung der Verbindlichkeiten getrieben sind, erfolgt auf der Aktivseite eine Ermittlung von Cashflows auf Einzelpositionsebene. Inkongruenzen (Mismatch) zwischen Kapitalzu- und -abflüssen bei Vermögenswerten und Verbindlichkeiten können so frühzeitig identifiziert und durch geeignete Gegenmaßnahmen adressiert werden.

C.5 Operationelles Risiko

C.5.1 Informationen über die Risikoexponierung

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode haben wir keine Maßnahmen zur Risikobewertung des operationellen Risikos wesentlich verändert.

Das undiversifizierte SCR der SLE für das operationelle Risiko gemäß Standardformel beträgt zum Bewertungsstichtag exkl. ZÜB 8.394,5 Tsd. €. Dies entspricht einem Anteil von 1,1 % am undiversifizierten SCR vor risikomindernder Wirkung der ZÜB.

Beim nach der Standardformel berechneten operationellen Risiko ist die Kapitalanforderung auf Basis der Brutto-Versicherungsverpflichtungen ausschlaggebend. Des Weiteren gehen die Kosten für das fondsgebundene Geschäft und die Basis-Solvenzkapitalanforderung in die Berechnung des operationellen Risikos ein.

Die VG betreibt operationelles Risikomanagement mit einem Fokus auf den praktischen Nutzen. Dieser Nutzen entsteht, wenn im Fachbereich (erste Linie) eine Identifikation mit den Risiken erfolgt. Identifikation heißt, dass eine Führungskraft für ein Risiko tatsächlich Verantwortung übernehmen kann. Daher sind operationelle Risiken bei der VG im Regelfall „spezifisch“ formuliert und orientieren sich an einem als relevant eingeschätzten, als negativ interpretierten Szenario.

Operationelle Risiken sind also so spezifisch ausformuliert, dass sie genau einem Risikoverantwortlichen zugeordnet und mit spezifischen Kontrollen und Maßnahmen versorgt werden können. Generische, also allgemein formulierte operationelle Risiken administriert die SLE nur dann, wenn dies ökonomisch sinnvoll oder aufsichtsrechtlich erforderlich ist.

Die operationellen Risiken werden in einem Inventar formal zentral administriert. Hierzu nutzt die SLE ein marktführendes System, ein branchenweit eingesetztes Prozess-Management- und IKS-/Risikomanagement-System.

In diesem System wurden Stand 31. Dezember 2023 für die SLE zwölf operationelle Risikoobjekte gehalten und administriert; keines dieser Risiken wurde als wesentlich eingeschätzt. Die Risikoobjekte werden (wie im Kapitel B.4 beschrieben) mit definierten Prozessen identifiziert, dokumentiert sowie regelmäßig aktualisiert, bewertet und berichtet.

Operationelle Risiken bewertet die SLE anhand eines definierten Schemas („Risikobewertungsmatrix“). In diese Bewertung fließen die potenzielle finanzielle Schadenshöhe, mögliche Reputationsschäden (unterteilt nach Kunde, Aufsicht, Medien), der interne Ressourcenbedarf und die Eintrittswahrscheinlichkeit ein. Diese Aspekte werden zu einer einzelnen Zahl verrechnet („Risikoscore“ 0 bis 48), um auch inhaltlich sehr unterschiedliche Risiken untereinander vergleichbar zu machen. Es erfolgt hierbei für alle operationellen Risiken eine Bewertung aus Gruppensicht, für operationelle Risiken der Lebensversicherungsunternehmen eine Bewertung sowohl aus Gruppensicht als auch aus Sicht des Einzelunternehmens und für projektspezifische operationelle Risiken eine Bewertung sowohl aus Gruppensicht als auch aus Perspektive des Projektes selbst beziehungsweise bezogen auf dessen Umfang.

Grundsätzlich sind die operationellen Risiken, die im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb stehen, durch die Serviceverträge von der SLE an die Viridium Service Management GmbH (VSM) übertragen worden, die VSM ist wie die SLE eine 100%-ige Tochter der Viridium Holding AG (VHAG). Aufgrund dieser Gruppenstruktur ergibt sich, dass die Schäden aus der Realisierung von operationellen Risiken zu Lasten der VSM und damit der VHAG gehen, aber nicht zu Lasten der SLE. Aufgrund dessen sind die operationellen Risiken überschaubar:

- ▼ Operationelle Risiken im Sinne von „Scheitern interner Prozeduren“: Diese existieren bei den Versicherungsunternehmen (VU) prinzipiell nur im Kontext der Prozesse „Ausgliederung durchführen“ und „Ausgliederung überwachen“.
- ▼ Operationelle Risiken im Sinne von Rechtsrisiken: Eine neue beziehungsweise geänderte Rechtsprechung kann sich als Risiko für die VU darstellen.

- ▼ Operationelle Risiken im Sinne von Produktrisiken: Risiken aus dem Design der LV-Produkte sind direkt den Versicherungsunternehmen zuzuordnen.

Für die SLE lagen zum 31. Dezember 2023 keine wesentlichen operationellen Risiken vor.

C.5.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Im Kontext der operationellen Risiken bestehen aktuell keine wesentlichen Konzentrationsrisiken.

C.5.3 Risikominderungstechniken

Unter Risikominderungstechniken werden alle Aktivitäten und Strukturen verstanden, die dazu geeignet sind, die Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder die potenzielle Schadenshöhe von Risiken zu senken („vermindern, verhindern, versichern, vermeiden etc.“).

Ein wichtiger, allgemeiner Schritt zur Minderung von Risiken besteht darin, geeignete organisatorische und technische Strukturen einzurichten. Diese sind in Kapitel B.4 ausführlich dargestellt.

Operationelle Risiken werden zunächst bewertet und anschließend hinsichtlich ihrer Akzeptierbarkeit beurteilt. Hierbei hat die VG folgenden Akzeptanz-Status definiert:

- ▼ Risikoakzeptanz ungeklärt (initialer Status eines neu identifizierten Risikos, nur als temporärer Status zulässig);
- ▼ Risiko unakzeptabel (mitigierende Kontrollen und/oder Maßnahmen noch nicht aufgesetzt, nur als temporärer Status zulässig);
- ▼ Risiko akzeptiert ohne zentral dokumentierte Kontrollen und Maßnahmen (Risiko ist so niedrig bewertet, dass aus Gründen der Proportionalität auf die formale Erfassung eventuell zugehöriger mitigierender Kontrollen und/oder Maßnahmen verzichtet wird);
- ▼ Risiko akzeptiert mit bestehenden Kontrollen und Maßnahmen.

Für Risiken, die als nicht tragbar erachtet werden, ergreift die SLE entsprechende Maßnahmen. Diese lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

- ▼ Maßnahmen, die das Risiko ohne Etablierung laufender Kontrollen mitigieren und
- ▼ Maßnahmen zur Etablierung einer Kontrolle, die das Risiko dann fortwährend „begleitet“.

Maßnahmen und Kontrollen werden gedanklich getrennt, da sie unterschiedlich verwaltet werden:

- ▼ Maßnahmen haben einen Projektcharakter (einmalig, definiertes Ende). Operationelle Risikomaßnahmen oder kontrollbezogene Maßnahmen sind jeweils genau einem geeigneten Verantwortlichen zugeordnet. Der Bearbeitungsstatus wird regelmäßig überwacht und in den Gremien berichtet.
- ▼ Kontrollen sind turnusmäßig und/oder anlassbezogen wiederkehrende Maßnahmen. Kontrollen zu operationellen Risiken werden turnusmäßig und/oder anlassbezogen auf ihre Ausgestaltung und Effektivität untersucht. Bei der Überprüfung der Ausgestaltung der Kontrollen steht deren prinzipielle Eignung im Fokus. Effektiv ist eine Kontrolle, wenn sie wie geplant durchgeführt wird. Wenn Ausgestaltung oder Effektivität der Kontrolle nicht akzeptabel sind, wird eine Maßnahme zur Verbesserung der Kontrolle auf. Das Ergebnis der

jährlichen Kontrollüberprüfung wird an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet und dort diskutiert.

Wir erachten das Kontrollumfeld der Unternehmen der VG als dafür geeignet, die vorhandenen Risiken ausreichend zu kontrollieren.

C.5.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Die spezifischen operationellen Risiken der VG sind als Szenarien formuliert, die aus Ursache und resultierender, negativer Wirkung bestehen (beziehungsweise auch aus längeren Ursache-Wirkungs-Ketten entlang plausibler Pfade).

Hierbei wird bezüglich der aktiven Ursache so weit in die Vergangenheit und bezüglich der angenommenen negativen Wirkung so weit in die Zukunft formuliert, dass sich insgesamt ein schlüssiges, verständliches Szenario ergibt.

Es gibt in der VG also für jedes operationelle Risiko eine Beschreibung mit einer potenziellen Schadenshöhe, einer Eintrittswahrscheinlichkeit und einem daraus resultierenden Risiko-Score.

Wir erachten die Bemessung des SCR in der Standardformel grundsätzlich für nicht risikogerecht, da dieses als Prozentsatz der Kosten, der Prämien bzw. der Versicherungsverpflichtungen berechnet wird. Das SCR basiert somit auf einer ausschließlich linearen Formel und impliziert einen automatischen Anstieg mit dem Tätigkeitsvolumen des Unternehmens. Wir überwachen und steuern unser Operationelles Risiko intern auf Basis eines auf unseren Risikoinventuren beruhenden Scoring-Modells und quantifizieren die sich daraus ergebenden Risiken in einem integrierten Ansatz sowohl auf Solo- als auch auf Gruppenebene zum 30. Juni 2023 unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen untereinander.

Das Modell zur Bewertung von Operationellen Risiken ermittelt den internen Kapitalbedarf in einem integrierten Ansatz simultan für alle Legal-Einheiten unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen und liefert so ein konsistentes und realistisches operationelles Risiko. Denn durch die Service-Verträge zwischen den Versicherungsunternehmen und der VSM werden die operationellen Risiken der Lebensversicherungsunternehmen der VG bis zu einer gesellschaftsindividuellen Haftungsgrenze bis auf wenige Ausnahmen (insbesondere Produktrechtsrisiken und Veränderungsrisiken bzgl. Rückvergütungen) auf die Gruppenebene transferiert.

C.6 Andere wesentliche Risiken

C.6.1 Informationen über die Risikoexponierung

Gegenüber der vorherigen Berichtsperiode sind keine Maßnahmen zur Risikobewertung der anderen wesentlichen Risiken wesentlich verändert worden.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko der VG ist das Risiko, das sich aus Fehlern bei der strategischen Planung (zum Beispiel Geschäftsstrategie) beziehungsweise dem strategischen Management ergibt (etwa wenn Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden).

Strategische Risiken treten in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken, aber auch als Einzelrisiko auf.

Strategische Risiken bestehen gegebenenfalls maßgeblich zulasten der VG und ihrer Investoren. Falsche M&A-Entscheidungen können erhebliche negative Auswirkungen auf die Eigenmittel der Gruppe haben und gehen zulasten der Eigentümer. Die Einzelgesellschaften wären von einem solchen Szenario nicht direkt betroffen, sondern allenfalls über Ansteckungseffekte. Zur Verminderung dieses Risikos greift die Gruppe bei M&A-Projekten auf die unternehmenseigene M&A-Funktion sowie auf externe Unterstützung zu. Da M&A die Kernaktivität der Gruppe darstellt, wurden hierzu standardisierte Prozesse und Kontrollen eingerichtet:

- ▼ Prozess „Zielunternehmen identifizieren“: Prüfung der potenziellen Zielunternehmen / Zielbestände gegen definierte Ausschlusskriterien und Priorisierungskriterien;
- ▼ Prozess „Buchprüfung (Due Diligence) durchführen“: Prüfung des potenziellen Zielunternehmens / Zielbestandes durch Fachbereiche in Zusammenarbeit mit der URCF und der VMF (Risikoanalyse, Finanzkennzahlen oder Rechtsrisiken), Prüfung des Investitionsvorschlags durch Geschäftsleitung und Aufsichtsrat);
- ▼ Prozess „Transaktion abwickeln (M&A) oder Funktionsausgliederungsvertrag schließen (Third Party Agreement – TPA)“: Prüfung der Vertragsentwürfe durch Rechtsabteilung, Geschäftsleitung, Vertragsprüfung durch Aufsicht.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Das hier beschriebene Risiko ist nicht die Konsequenz eines eingetretenen Risikos beispielsweise aus dem operationellen Bereich, etwa wenn durch Realisierung eines Prozessrisikos Fehler entstehen, die sich negativ auf die Reputation auswirken. Es ist vielmehr das Risiko, dass aus bestimmten Gegebenheiten eine Rufschädigung eintritt, zum Beispiel Behauptungen in der Öffentlichkeit durch Dritte.

In Abgrenzung zum definierten Reputationsrisiko kann es bei allen anderen Risiken im Schadenfall auch Auswirkungen auf die Reputation geben. Um der grundsätzlichen Wesentlichkeit des Reputationsrisikos gerecht zu werden, werden daher alle in der Risikodatenbank gehaltenen operationellen Risiken hinsichtlich eines möglichen Reputationsschadens betrachtet. Jedes operationelle Risiko wird diesbezüglich nach drei Merkmalen (Reputationsschaden bei Kunde, Aufsicht, Medien) anhand einer Merkmalsmatrix bewertet. Hierdurch wird sichergestellt, dass auch hinsichtlich eines finanziellen Schadens kaum bewertbare oder vermeintlich kleine operationelle Risiken trotzdem auf Reputationsschäden hin analysiert werden. Gemäß dem Wesentlichkeitskonzept der VG ist das Reputationsrisiko per Definition ein wesentliches, aber nur schwer quantifizierbares Risiko.

In der Risikodatenbank ist festgehalten, dass durch schlechte Reputation unterschiedliche negative Konsequenzen entstehen könnten. Für die Gesellschaft gelten vor allem die folgenden beiden als wesentlich:

- ▼ Ein erhöhtes Storno führt zum Verlust von Einnahmen.
- ▼ Durch eine geringere Anzahl an verwalteten Verträgen steigen die Stückkosten pro Vertrag für die Servicegesellschaften, was wiederum zu sinkenden Erträgen bei der VG führen würde.

Ansteckungsrisiko

Das Ansteckungsrisiko ist von EIOPA definiert als das Risiko denkbarer negativer Ereignisse oder Situationen, die von einem Unternehmen der Gruppe auf andere Unternehmen übergreifen. In Bezug auf die Finanzkraft halten wir dieses Risiko nicht für wesentlich, da jedes Unternehmen wie auch die Gruppe einen regelmäßigen oder bedarfsweisen ORSA durchführt, um die eigene Solvabilitätssituation zu analysieren und gegebenenfalls Maßnahmen einzuleiten. Die Lebensversicherungsgesellschaften sind über einen Gewinn- und Verlustabführungsvertrag mit der VG weitestgehend gegen finanzielle Schieflagen immunisiert. Eine Ansteckung der Lebensversicherungsgesellschaften über Reputationsthemen einzelner Gesellschaften halten wir für überschaubar, da die Gesellschaften als eigene Marken geführt und in der Außenwirkung auch so wahrgenommen werden. Ansteckungseffekte bezüglich operationeller Risiken von der Gruppe beziehungsweise den Servicegesellschaften auf die Lebensversicherungen sind denkbar. Diese werden allerdings durch die sorgfältige Gestaltung und Überwachung der Ausgliederungen sowie ein voll etabliertes, gruppenweit integriertes operationelles Risikomanagement abgedeckt. In Summe halten wir das Ansteckungsrisiko nicht für wesentlich.

Inflationsrisiko

Das Inflationsrisiko innerhalb des versicherungstechnischen Risikos wird in der Standardformel durch das Szenario eines Anstiegs der einkalkulierten Kosteninflation um einen Prozentpunkt berücksichtigt. Des Weiteren wird die Inflation implizit durch die Verwendung der von EIOPA vorgegebenen Zinsstrukturkurve berücksichtigt. Diese beinhaltet die Annahme einer 2%-igen Inflation. Die aktuelle Inflation ist seit dem Höhepunkt im Oktober 2022 von 10,6% auf 2,9% im Dezember 2023 schrittweise zurückgegangen.

Emerging Risks

Unter neu auftretenden Risiken (Emerging Risks) verstehen wir neu aufkommende oder sich wandelnde Risiken, die nur schwer zu quantifizieren sind und größere negative Auswirkungen auf unsere Unternehmen haben können. Emerging Risks zeichnen ein hohes Maß an Ungewissheit aus; sogar Basisinformationen zur adäquaten Schätzung des Schadenpotentials und der Eintrittswahrscheinlichkeit sind oftmals nicht verfügbar. Beispiele für derartige Risiken beinhalten Klimawandel, Gentechnik und Nanotechnologie. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden die wesentlichen Emerging Risks mit einer Verbindung zur Versicherungswirtschaft regelmäßig diskutiert. Auf dieser Basis können entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, sofern es aufgrund einer veränderten Sachlage erforderlich ist.

C.6.2 Wesentliche Risikokonzentrationen

Zum Bewertungsstichtag lagen keine wesentlichen sonstigen Risikokonzentrationen vor.

C.6.3 Risikominderungstechniken

Zur Definition der Risikobereitschaft hat die VG im Vorfeld einer etwaigen Akquisition klare Kriterien etabliert, die jeweils an mögliche Akquisitionen gestellt werden. Im Sinne einer Szenariotechnik werden dabei sowohl Best Estimate als auch angemessene adverse Szenarien berücksichtigt. Letztere

müssen aus einer Menge von vernünftigen und realistischen 1-in-10-Jahren-Stressen bestehen und im Einklang mit den Prinzipien der Kapitalmanagementrichtlinie stehen.

Es wurden zwei Gruppen von spezifischen Kriterien definiert.

Sollte eines der Kriterien der ersten Gruppe zutreffen, ist der Beirat der VKG darüber zu informieren und die Bereitschaft zur Durchführung einer Transaktion zu diskutieren. Dabei sind Analysen über weitere Optimierungsmaßnahmen vorzulegen.

Sollte eines der Kriterien der zweiten Gruppe zutreffen, ist der Beirat darauf explizit hinzuweisen, und die Durchführung der Transaktion wird nicht empfohlen.

Ähnliche Überlegungen gelten für das Eingehen von Dienstleistungsvereinbarungen, obwohl die Bandbreite der dazugehörigen Risiken in diesem Fall geringer ist.

Die Festlegung der vorgenannten Grundsätze lässt die nach Gesetz, Satzung und/oder Geschäftsordnung bestehende Verpflichtung der Geschäftsleitung, für Zukäufe und Dienstleistungsvereinbarungen die Zustimmung des Beirats einzuholen, unberührt.

C.6.4 Stresstests und Szenarioanalysen

Im Rahmen einer Due Diligence werden spezifische Szenarioanalysen (siehe oben) durchgeführt.

C.7 Sonstige Angaben

Lebensversicherungsverträge beinhalten langfristig garantierte künftige Leistungen, für die die Kunden einmalige oder laufende Beiträge zahlen. In der Kalkulation der zu zahlenden Beiträge gilt das Vorsichtsprinzip für die einkalkulierten Erwartungen über die künftige Entwicklung der Zinsen, der Sterblichkeit sowie der Verwaltungskosten, um langfristige Zusagen gegenüber den Versicherungsnehmern sicherstellen zu können.

Bei einer erwartungsgemäßen Entwicklung der Kapitalmärkte sowie der Sterblichkeit und der Kosten werden die einkalkulierten Puffer nicht benötigt, sodass Überschüsse entstehen. Lebensversicherer sind dabei durch eine rechtliche Mindestanforderung (vergleiche Mindestzuführungsverordnung) gesetzlich verpflichtet, die Versicherungsnehmer entsprechend an den Überschüssen zu beteiligen.

Die zukünftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist demnach in der Höhe nicht garantiert, da diese sich im Stressfall auch unter Beachtung der rechtlichen Mindestanforderungen reduzieren kann. Hieraus erklärt sich die risikomindernde Wirkung auf das SCR in den einzelnen Risiken. Die im Rahmen der SCR-Berechnungen zum 31. Dezember 2023 berücksichtigte risikomindernde Wirkung der ZÜB beträgt 361.389,0 Tsd. €.

Diversifikationseffekte im Kontext der SCR-Berechnung tragen dem Umstand Rechnung, dass untereinander ganz oder teilweise unabhängige Risiken nicht gleichzeitig und/oder gleichermaßen eintreten beziehungsweise sich teilweise oder sogar ganz ausgleichen können. Die Berechnung der Diversifikationseffekte erfolgt bei Standardformelanwendern anhand vorgegebener Korrelationsmatrizen. Im Rahmen der SCR-Berechnungen zum 31. Dezember 2023 betragen die Diversifikationseffekte nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung der ZÜB insgesamt 131.082,0 Tsd. €.

Auch latente Steuerverpflichtungen gegenüber dem Fiskus sind in der Höhe nach ebenfalls nicht fixiert. Treten durch die SCR-Stresse etwaige in der Solvabilitätsübersicht antizipierte positive Ergebnisse ganz oder teilweise nicht ein, so mindert sich entsprechend auch der an den Fiskus potenziell abzuführende Steuerbetrag. Hieraus erklärt sich die risikomindernde Wirkung auf das SCR. Die im Rahmen der SCR-Berechnung zum 31. Dezember 2023 berücksichtigte, risikomindernde Wirkung der latenten Steuern beträgt 11.207,0 Tsd. € und wurde auf den Bestand der latenten Steuerverbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht begrenzt.

Die vorstehend gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen über das Risikoprofil der SLE.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1 Vermögenswerte

D.1.1 Grundlagen und Methoden für die Bewertung der Vermögenswerte

D.1.1.1 Kapitalanlagen

Die Bewertung von Vermögenswerten zum Zwecke der Berechnung der Solvabilität erfolgt gemäß der in Artikel 10 DVO festgelegten Bewertungshierarchie. Demnach werden Vermögenswerte grundsätzlich anhand von auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte festgestellten Marktpreisen bewertet (Mark-to-Market). Sollten keine Marktpreise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte vorhanden sein, erfolgt die Bewertung anhand von Marktpreisen auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte. In diesem Fall wird den Unterschieden bei den Vermögenswerten durch entsprechende Berichtigungen beziehungsweise Anpassungen Rechnung getragen (Mark-to-Model). Sind keine Preise auf aktiven Märkten verfügbar, wird auf alternative Bewertungsmethoden zurückgegriffen. In diesem Fall kommen auch Bewertungsmethoden zum Einsatz, deren Einflussgrößen sich nicht an aktuellen Marktinformationen orientieren.

Die SLE hat im Berichtszeitraum keine Änderungen bei der Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. Bei den Anteilen an Investmentvermögen erfolgt die Bewertung des Spezialfonds für Solvabilitätszwecke gemäß Artikel 10 Abs. 3 DVO mittels des Anteilsscheinpreises, den die Kapitalverwaltungsgesellschaft aus dem Nettoinventarwert der enthaltenen Vermögenswerte je ausgegebenen Anteilsschein ermittelt. Für sämtliche Anleihen im Fonds gibt es direkt beobachtbare Marktpreise auf aktiven Märkten gemäß dem Mark-to-Market-Standardansatz. Bei der Bestimmung des Nettoinventarwerts fließen zudem die zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen mit ein. Auch die zu Absicherungszwecken im Fonds gehaltenen Zins- und Währungsswaps wurden zu Marktwerten in den Nettoinventarwert einbezogen. Die Bewertung dieser Swaps erfolgt mittels Informationen von unabhängigen Datenanbietern auf Basis von festgestellten Marktdaten von identischen beziehungsweise ähnlichen Vermögenswerten. Die Bewertung, ob ein Markt aktiv ist, gründet bei der depotführenden Bank auf sogenannten Condition Codes der Datenlieferanten. Lediglich Marktpreise mit geeigneten Condition Codes werden zur Bestimmung des Nettoinventarwerts herangezogen. Die Zuordnung von Condition Codes basiert unter anderem auf dem Handelsvolumen, der Häufigkeit der Kursfeststellung sowie der Volatilität der Kurse.

Der Geldmarktfonds sowie die Fonds aus dem restlichen Vermögen (Überhanganteile aus der fondsgebundenen Lebensversicherung) werden für Solvabilitätszwecke ebenfalls grundsätzlich gemäß

Artikel 10 Abs. 3 mit dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft ermittelten (Rücknahme-)Preis je Anteilsschein bewertet.

Die Bewertung von Staats- und Unternehmensanleihen für Solvabilitätszwecke erfolgt auf Basis beobachtbarer Marktpreise, sofern eine Kursnotierung auf aktiven Märkten verfügbar ist. Sollte keine solche Kursnotierung vorliegen, werden Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes verwendet.

Den überwiegenden Anteil der unter nicht notierten Aktien ausgewiesenen Kapitalanlagen machen die geleisteten Beiträge an die Protektor Lebensversicherungs-AG aus. Deren Bewertung für Solvabilitätszwecke erfolgt gemäß Artikel 10 Abs. 5 DVO zu dem von der Sicherungseinrichtung zum Bewertungsstichtag für die Festsetzung des Jahresbeitrags festgestellten Zeitwert je Anteil, multipliziert mit den der SLE zum Bilanzstichtag zugeordneten Anteilen am Sicherungsfonds. Der Anteilswert entspricht dem Zeitwert des Sicherungsfondsvermögens der Protektor Lebensversicherungs-AG, dividiert durch die Zahl der den Mitgliedern des Sicherungsfonds bis zum Bewertungsstichtag insgesamt zugeordneten Anteile.

Ebenfalls unter den nicht notierten Aktien wird der Anteil der SLE an der Protektor Lebensversicherungs-AG ausgewiesen. Da es für die Beteiligung an der Protektor Lebensversicherungs-AG keinen Markt – weder aktiv noch inaktiv – und damit entsprechend auch keinen Marktpreis gibt, haben wir aufgrund des geringen absoluten Wertes der Beteiligung von 0,2 Tsd. € gemäß Artikel 9 Abs. 4 DVO unter Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auf eine Umbewertung verzichtet und für Solvabilitätszwecke den HGB-Bilanzwert verwendet.

Die folgende Tabelle stellt für die Kapitalanlagen für eigene Rechnung unter SII die für die Bestimmung der ökonomischen Werte verwendete Stufe im Rahmen der Bewertungshierarchie dar.

	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für gleiche Vermögenswerte in Tsd. €	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte in Tsd. €	Alternative Bewertungsmethoden in Tsd. €	Angepasste Equity-Methode in Tsd. €	IFRS Equity-Methoden in Tsd. €	Summe in Tsd. €
Aktien – nicht notiert	0,0	0,0	1.988,2	0,0	0,0	1.988,2
Staatsanleihen	37.426,0	0,0	0,0	0,0	0,0	37.426,0
Organismen für gemeinsame Anlagen	48.601,3	0,0	258.312,2	0,0	0,0	306.913,5
Summe Anlagen	86.027,3	0,0	260.300,3	0,0	0,0	346.327,6

Sofern eine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt, wird diese zur Ermittlung des ökonomischen Wertes des Finanzinstruments herangezogen. Sollte keine Kursnotierung vorliegen, werden Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes verwendet.

D.1.1.2 Sonstige Vermögenswerte (außer Rückversicherungsanteile)

Unter den sonstigen Vermögenswerten der SLE werden zum Stichtag 31. Dezember 2023 sämtliche Vermögenswerte berücksichtigt, die nicht Bestandteil der Kapitalanlagen und Rückversicherungsanteile sind.

Entsprechend des § 74 Abs. 2 VAG haben wir die Vermögenswerte in der Solvabilitätsübersicht mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.

Für diesen Zweck wurde gemäß Artikel 10 DVO nachfolgende Bewertungshierarchie berücksichtigt:

- ▼ notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt für identische Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten;
- ▼ notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt für ähnliche Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten;
- ▼ Bewertungsmodelle.

Diese Vorgabe stellt eine Marktwertbilanzierung dar. Um diese zu erhalten, hat grundsätzlich eine Bewertung nach den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS/IAS) zu erfolgen, sofern diese in Einklang zur oben beschriebenen Bewertungshierarchie stehen. Zudem ist gemäß Vorgabe der DVO auch der Ansatz in der Solvabilitätsübersicht grundsätzlich nach den IFRS/IAS anzuwenden.

Spezielle Vorschriften hinsichtlich des Ansatzes und der Bewertung von sonstigen Vermögenswerten wurden den zuvor erwähnten allgemeinen Bewertungs- und Ansatzgrundsätzen ordnungsgemäß vorgezogen.

Die Bestimmungen der BaFin Auslegungsentscheidung vom 1. Januar 2019 u.a. für die Bewertung und den Umgang mit Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern sowie den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern einhergehend mit einer Analyse der Fälligkeit wurde am 11. Oktober 2023 mit Wirksamkeit zum 31. Dezember 2023 geändert und sind demzufolge nicht mehr anzuwenden. Alle sich hieraus ergebenden Zuordnungen in die versicherungstechnischen Rückstellungen (bezogen auf Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern) bzw. in die einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen (bezogen auf Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber RV) sind nicht mehr vorzunehmen.

Gemäß des in Artikel 9 Nr. 4 DVO erwähnten Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit können Versicherungsunternehmen auch Bewertungsmethoden nutzen, die im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses herangezogen worden sind. Dies entspricht im Falle der SLE dem HGB-Wert. Um diesen Wert ansetzen zu können, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

- ▼ Die Bewertungsmethode steht in Einklang mit § 74 Abs. 2 VAG.
- ▼ Die Bewertungsmethode ist bezüglich der verbundenen Risiken der Geschäfte des Versicherungsunternehmens angemessen.
- ▼ Die Bewertungsmethode beruht nicht auf der Grundlage der IFRS/IAS.
- ▼ Die Bewertungsmethode nach IFRS/IAS ist mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden.

Sofern auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zurückgegriffen werden konnte, haben wir die HGB-Werte für die Solvabilitätsübersicht übernommen und dies entsprechend begründet.

Bei der Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wurden unternehmensindividuelle Festlegungen zur Wesentlichkeit bezüglich des Einklangs der Bewertungsmethode mit § 74 Abs. 2 VAG berücksichtigt. Demnach steht die HGB-Bewertungsmethode nicht in Einklang mit § 74 Abs. 2 VAG, wenn der HGB-Wert wesentlich vom Marktwert abweicht.

Die Wesentlichkeitsgrenze zum Stichtag ist dabei definiert als 3 % der verfügbaren Eigenmittel.

Aufgrund der Art der sonstigen Vermögenswerte haben wir die ersten beiden Bewertungsstufen des Artikels 10 DVO nicht angewendet. Falls nicht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zurückgegriffen werden konnte, kam das Discounted-Cash-Flow Verfahren (DCF) im Rahmen der Bewertungsmodelle zum Einsatz.

Beim DCF-Verfahren werden die künftigen Zahlungsüberschüsse mit den entsprechenden Kapitalkosten auf den Stichtag diskontiert.

Für alle weiteren Positionen der sonstigen Vermögenswerte haben wir im Vergleich der Berichtsperioden 2023 und 2022 keine Änderungen hinsichtlich der Ansatz- und Bewertungsgrundlagen vorgenommen. Für etwaige Schätzungen und Annahmen wurden im Berichtsjahr 2023 keine Änderungen vorgenommen.

D.1.1.3 Rückversicherungsanteile

Die Gesellschaft schließt zum Zweck der Risikominderung Rückversicherungsverträge ab, die insbesondere das Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiko abdecken. Alle Rückversicherungsverträge (außer Verträge für Kapitalmanagement) sind über den Rückbehalt von zedierten versicherungstechnischen Rückstellungen (Rückversicherungsdepotverbindlichkeiten) abgesichert, sodass sie nahezu keinem Ausfallrisiko ausgesetzt sind.

Das Unternehmen hat im Berichtszeitraum keine Änderungen in der Ansatz- und Bewertungsmethodik vorgenommen.

Die Berechnung des Werts der Rückversicherungsverträge findet analog zur Berechnung des besten Schätzwertes der versicherungstechnischen Rückstellungen statt. Deswegen sei in Bezug auf Methoden und Annahmen auf Kapitel D.2.2 zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen hingewiesen.

Die Beträge der Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen wurden gemäß Solvency II als Vermögenswert ausgewiesen und nicht mit den versicherungstechnischen Rückstellungen verrechnet. Falls vom Rückversicherer ein Bardepot gestellt wurde (Ausweis einer Depotverbindlichkeit auf der Passivseite), sind die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen, um den Wert der Depotverbindlichkeit zu erhöhen, da diese bereits als Verbindlichkeit ausgewiesen wird.

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen belaufen sich zum 31. Dezember 2023 auf -12.679,2 Tsd. €.

D.1.2 Quantitative und qualitative Erläuterung aller wesentlichen Unterschiede zwischen Vermögenswerten – HGB vs. Solvency II

D.1.2.1 Kapitalanlagen

D.1.2.1.1. Kapitalanlagen für eigene Rechnung

Die Kapitalanlagen setzten sich per 31. Dezember 2023 gemäß Solvabilitätsübersicht wie folgt zusammen (in Tsd. €):

Nr.		S.02.01	Solvency II in Tsd. €	HGB in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
(1)	Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	0,0	0,0	0,0
(2)	Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	0,0	0,0	0,0
(3)	Aktien	R0100	1.988,2	1.988,2	0,0
(a)	Aktien - notiert	R0110	0,0	0,0	0,0
(b)	Aktien - nicht notiert	R0120	1.988,2	1.988,2	0,0
(4)	Anleihen	R0130	37.426,0	43.335,8	-5.909,8
(a)	Staatsanleihen	R0140	37.426,0	43.335,8	-5.909,8
(b)	Unternehmensanleihen	R0150	0,0	0,0	0,0
(c)	Strukturierte Schuldtitel	R0160	0,0	0,0	0,0
(d)	Besicherte Wertpapiere	R0170	0,0	0,0	0,0
(5)	Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	306.913,5	346.340,2	-39.426,7
(6)	Derivate	R0190	0,0	0,0	0,0
(7)	Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	R0200	0,0	0,0	0,0
(8)	Sonstige Anlagen	R0210	0,0	0,0	0,0
	Gesamt		346.327,6	391.664,2	-45.336,6

Der Unterschied zwischen den Vermögenswerten nach HGB und nach Solvency-II-Bewertungsprinzipien liegt an den unterschiedlichen Vorgaben zum Wertansatz. Bei den HGB-Werten handelt es sich um Buchwerte, bei den Solvency-II-Werten um Marktwerte (inklusive Stückzinsen bei festverzinslichen Wertpapieren).

Die Aktien (Nr. 3) beinhalten bei der SLE die geleisteten Beiträge an die Protektor Lebensversicherung AG. Deren Bewertung für Solvabilitätszwecke erfolgt gemäß Artikel 10 Abs. 5 DVO zu dem von der Sicherungseinrichtung zum Bewertungsstichtag festgestellten Zeitwert je Anteil, multipliziert mit den der SLE zum Bilanzstichtag zugeordneten Anteile am Sicherungsfonds. Der Anteilswert entspricht dem Zeitwert des Sicherungsvermögens der Protektor Lebensversicherung AG, dividiert durch die Zahl der den Mitgliedern des Sicherungsfonds bis zum Bewertungsstichtag insgesamt zugeordneten Anteile. Da die Bewertung für SII-Zwecke der nach HGB entspricht, beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert orientierten Ausweis in der Solvabilitätsübersicht und der

HGB-Bilanzierung 0,0 Tsd. €. Ebenfalls unter Aktien fallen die Beteiligungen an der Protektor Lebensversicherungs-AG. Da es für diese keinen Markt und damit entsprechend auch keinen Marktpreis gibt, wird aufgrund des geringen absoluten Wertes der Beteiligung von 0,2 Tsd. € gemäß Artikel Abs. 4 DVO unter Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auf eine Umbewertung verzichtet und für Solvabilitätszwecke der HGB-Bilanzwert verwendet.

Anleihen (Nr. 4) in Form von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten gegebenenfalls bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwarteten Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Bei über pari erworbenen Wertpapieren wird das Agio über die Laufzeit amortisiert. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet. Infolge des Marktwertansatzes in der Solvabilitätsübersicht, die auch die aufgelaufenen Stückzinsen der Anleihen berücksichtigt, ergibt sich ein Bewertungsunterschied gegenüber den Buchwerten nach HGB von -5.909,8 Tsd. €.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Nr. 5), die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Die Bewertung der Spezialfonds erfolgt gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zum beizulegenden Zeitwert. Zur Feststellung, ob bei Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt und somit eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen ist, werden grundsätzlich zunächst die Zeitwerte der letzten sechs bzw. zwölf Monate herangezogen. Eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung ist grundsätzlich gegeben, wenn der Zeitwert der einzelnen Titel in den dem Bilanzierungsstichtag vorausgehenden sechs Monaten durchgehend weniger als 80 % des Buchwertes zum Bewertungsstichtag betrug bzw. der Durchschnittswert der täglichen Kurse bzw. Preise des Wertpapiers in den letzten zwölf Monaten weniger als 90% des Buchwerts zum Bewertungsstichtag betrug. Anteile an Investmentvermögen wurden dabei grundsätzlich als eigenständige Bewertungsobjekte betrachtet. Bei Spezialfonds erfolgt abweichend bei unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegenden beizulegenden Zeitwerten zur Ermittlung des potenziellen Abschreibungsbedarfs die Bestimmung des Substanzwertes aller im jeweiligen Fonds befindlichen Assets. Sofern dieser unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt, wird auf den Substanzwert abgeschrieben. Bei Anteilen an Immobilienfonds, die sich in Abwicklung befinden, wird bei einem unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegendem Net Asset Value von einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB ausgegangen und die Beteiligungen entsprechend auf den beizulegenden Zeitwert wertgemindert. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Im Vergleich zur marktwertbasierten Bewertung der Organismen für gemeinsame Anlagen mittels Nettoinventarwert für SII-Zwecke resultiert insgesamt ein Unterschiedsbetrag von -39.426,7 Tsd. €.

D.1.2.1.2. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen, bei denen es sich ausschließlich um fondsgebundene Anlagen handelt, wurden gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet. Der Zeitwert entspricht dem Fondspreis, der jeweils von der Kapitalverwaltungsgesellschaft auf Basis des Nettoinventarwerts und gegebenenfalls des Wechselkurses der enthaltenen Vermögenswerte je ausgegebenen Anteilsschein ermittelt wurde. Da die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts gemäß HGB den Bewertungsvorgaben der Solvabilitätsübersicht entspricht, ist der Ausweis in der Solvabilitätsübersicht und der HGB-Bilanz deckungsgleich.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen setzten sich per 31. Dezember 2023 wie folgt zusammen (in Tsd. €):

Nr.		S.02.01	Solvency II in Tsd. €	HGB in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
(1)	Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen	R0220	4.927.112,5	4.927.112,5	0,0

D.1.2.2 Sonstige Vermögenswerte (außer Rückversicherungsanteile)

In der nachfolgenden Übersicht sind die Beträge der Solvabilitätsübersicht zum 31. Dezember 2023 und des Vorjahres dargestellt. Die Prüfung der Fälligkeiten und Umklassifizierung von Forderungen gegen Versicherungen und Vermittlern sowie Rückversicherungen entfällt, mit der Aktualisierung der entsprechenden BaFin-Auslegungsentscheidung.² Für alle weiteren Positionen der sonstigen Vermögenswerte wurden keine Änderungen hinsichtlich der Ansatz- und Bewertungsgrundlagen im Vergleich der Berichtsperioden 2023 und 2022 vorgenommen. Für etwaige Schätzungen und Annahmen wurden im Jahr 2023 keine Änderungen vorgenommen.

Für alle sonstigen Vermögenswerte werden als Ansatz der HGB-Wert als Bewertungsmethode gemäß Artikel 9 Nr. 4 DVO (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit) herangezogen. Die voraussetzenden Kriterien sind erfüllt.

Nr.		S.02.01	31.12.2023 in Tsd. €	31.12.2022 in Tsd. €	Veränderung in Tsd. €
(1)	Darlehen und Hypotheken	R0230	234,1	245,1	-11,0
(2)	Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	7.796,1	3.098,4	4.697,7
(3)	Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	37,7	0,0	37,7
(4)	Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	7.118,8	6.673,4	445,4
(5)	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	10.340,7	10.349,1	-8,4
(6)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	25,9	22,2	3,7

² Vgl. Auslegungsentscheidung der BaFin vom 01.01.2019 mit Änderung am 11.10.2023 und Wirkung zum 31.12.2023.

Erläuterungen zu den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

- 1) Keine wesentliche Veränderung zum Vorjahr.
- 2) Es ist keine Prüfung auf Fälligkeit und mögliche Umklassifizierung von Forderungen mehr erforderlich ist. Hintergrund ist die Aktualisierung der entsprechenden BaFin-Auslegungsentcheidung.
- 3) Beinhaltet Abrechnungsforderungen RV gegen Dritte über 37,7 Tsd. €.
- 4) Die Veränderung beruht im Wesentlichen auf einen Anstieg Forderung aus Bestandsprovisionen über 277,5 Tsd. €.
- 5) Keine wesentlichen Veränderungen der liquiden Mittel zum 31. Dezember 2023.
- 6) Keine wesentliche Veränderung zum Vorjahr.

Abschließend sind in der nachfolgenden Übersicht die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB zum 31. Dezember 2023 dargestellt.

Nr.		S.02.01	Solvency II in Tsd. €	HGB in Tsd. €	Umbewertung nach Solvency II in Tsd. €
(1)	Latente Steueransprüche	R0040	0,0	6.572,1	-6.572,1
(2)	Darlehen und Hypotheken	R0230	234,1	116,3	117,8
(2)	Depotforderung	R0350	0,0	0,0	0,0
(3)	Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	7.796,1	8.103,0	-306,9
(4)	Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	37,7	37,7	0,0
(5)	Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	7.118,8	7.118,8	0,0
(6)	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	10.340,7	10.340,7	0,0
(7)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	25,9	568,2	-542,3

- 1) Zwischen der Meribel Finco Limited, der Viridium Group GmbH & Co. KG, der Viridium Holding AG, der Viridium Group Management GmbH sowie der Skandia Lebensversicherung AG besteht seit Dezember 2020 ein Steuerumlagevertrag in Bezug auf Körperschaftsteuer, zuzüglich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Die Höhe der Steuerumlage bemisst sich nach der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer, die auf die Skandia Lebensversicherung AG entfielen, wäre diese nicht in eine ertragsteuerliche Organisation eingebunden (Stand-alone-Methode). Unter Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB werden unter HGB aktive latente Steuern in Höhe von 6.572,1 Tsd. € ausgewiesen. Die Ermittlung der latenten Steuern unter Solvency II erfolgt auf Basis der Differenz zwischen dem Ansatz und der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gemäß der Solvabilitätsübersicht und der Steuerbilanz. Differenzen zwischen Solvabilitätsübersicht und Steuerbilanz werden mit dem Gewerbe- und Körperschaftsteuersatz der HLE bewertet, der zum Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen gilt und zum Stichtag in

Summe 24,575 % beträgt. Nach erfolgreicher Werthaltigkeitsprüfung der sich unter Solvency II ergebenden aktiven latenten Steuern wurden diese aufgrund der Saldierungspflicht vollständig mit den passiven latenten Steuern verrechnet. Die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern wurde durch ausreichend zu versteuernde temporäre Differenzen (passive latente Steuern) nachgewiesen, die sich auf die gleiche Steuerbehörde beziehen und deren Auflösung zeitgleich mit oder nach den aktiven latenten Steuern erwartet wird. Aus diesem Grund kann die Abhängigkeit von erwarteten künftigen steuerpflichtigen Gewinnen für die Verwendung der latenten Steueransprüche vernachlässigt werden. Die Verrechnung der aktiven und passiven latenten Steuern führt zu einem Passivüberhang, weshalb die latenten Steueransprüche unter Solvency II mit einem Betrag von 0,0 Tsd. € ausgewiesen werden.

- 2) In dieser Position werden ausschließlich Policendarlehen ausgewiesen. Für die Bewertung nach Solvency II haben wir die Marktwerte herangezogen, da alle enthaltenen Policen fondsgebunden sind. Die Marktwerte aller Policen betragen zum Stichtag 234,1 Tsd. €. Unter HGB werden die Policendarlehen unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips in Höhe von 116,3 Tsd. € ausgewiesen.
- 3) Die Umbewertung bei den Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern ergibt sich zum einen aus den noch nicht fälligen Ansprüchen gegenüber Versicherungsnehmern (Forderungen aus Zillmerung), die nach § 15 RechVersV nach HGB mit dem Nennwert aktiviert und abzüglich gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen ausgewiesen werden (357,6 Tsd. €). Unter Solvency II sind diese Forderungen Bestandteile der abgezinsten versicherungstechnischen Zahlungsströme und damit im Rahmen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen zu berücksichtigen. Unter Solvency II werden die aktivierten Abschlusskosten daher mit 0,0 Tsd. € angesetzt. Alle weiteren Forderungen gegenüber den Versicherungsnehmern und den Versicherungsvermittlern werden unter HGB zum Nennbetrag unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen angesetzt. Aufgrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wurde dieser Betrag für Solvency II übernommen. Dies ist insbesondere durch die Kurzfristigkeit der Forderungen unter Berücksichtigung der fristenkongruenten risikolosen Swapkurve und der Angemessenheit der Wertberichtigung begründet. Zusätzlich sind unter Solvency II Pauschalwertberichtigungen i.H.v. 50,7 Tsd. € in Verbindung mit IAS 39 nicht zu berücksichtigen.
- 4) Die Forderungen aus den Rückversicherungsverträgen werden monatlich aktualisiert und sind mit einer Laufzeit weniger als einem Jahr zu betrachten. Eine Umbewertung im Sinne der Richtlinien ist somit nicht erforderlich.
- 5) Den in dieser Position beinhalteten Forderungen, die gemäß HGB mit den Nominal-/Nennwerten unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen auszuweisen sind, bedurften keiner Umbewertung aufgrund des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.
- 6) Bei der Position Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ergibt sich zwischen Solvency II und HGB kein Bewertungsunterschied. Alle laufenden Guthaben bei Banken sind nach HGB zum Nennwert angesetzt. Dieser entspricht dem Marktwert, da es sich hierbei um jederzeit einforderbare Beträge handelt, deren Ausfallrisiken auch unter HGB bereits entsprechend berücksichtigt wurden.
- 7) Die sonstigen Vermögenswerte stellen abgegrenzte Überschussanteile als Verrechnungsgutschriften für Versicherungsnehmer sowie Vorabprovisionen dar. In beiden Fällen ist eine Umbewertung nicht erforderlich, da eine Abrechnung kurzfristig im Laufe des Jahres 2023

erfolgen wird beziehungsweise aus Wesentlichkeitsgründen nicht erforderlich ist. Des Weiteren beinhalten die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte abgegrenzte Zinsen und Agien, die unter Solvency II den Kapitalanlagen zuzuordnen sind. Diese werden unter Solvency II inklusive der Zinsen und Agien angesetzt. Demzufolge sind diese sonstigen Vermögenswerte unter SII mit Null anzusetzen

Die SLE besitzt keine außerbilanziellen Vermögenswerte.

D.1.2.3 Rückversicherungsanteile

In der folgenden Tabelle erfolgt eine Gegenüberstellung der Rückversicherungsanteile nach Solvency II und HGB zum 31. Dezember 2023:

	Solvency II in Tsd. €	HGB in Tsd. €	Umbewertung nach Solvency II in Tsd. €
Einforderbare Beiträge aus Rückversicherungsverträgen	-12.679,2	8.456,7	-21.135,9

Die Umbewertung ergibt sich aus dem besten Schätzwert des Zahlungsstroms des Rückversicherungsgeschäftes.

Die Umklassifizierung der fälligen Abrechnungsforderungen und –verbindlichkeiten in einforderbare Beträge aus Rückversicherung gemäß DVO (EU) 2015/2450 zur Bewertung der Abrechnungsforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern entfällt ab 31. Dezember 2023.

Weitere Informationen zu den Unterschieden in Methoden und Annahmen zwischen Solvency II und HGB sind dem Kapitel D.2 „Versicherungstechnische Rückstellungen“ zu entnehmen. Diese gelten hier analog.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

D.2.1 Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Geschäftsbereich

Die folgende Übersicht zeigt die versicherungstechnischen Rückstellungen zum 31. Dezember 2023 nach Geschäftsbereichen in Tsd. €:

	Versicherungen mit Überschussbeteiligung in Tsd. €	Index- und Fondsgebundene Versicherungen in Tsd. €	Gesundheit nach Art der Leben in Tsd. €	Gesamt in Tsd. €
Brutto Bester Schätzwert (BEL)	590.864,6	4.439.517,5	9.742,8	5.040.124,9
Risikomarge (RM)	4.003,4	41.472,6	1.188,3	46.664,3
Versicherungstechnische Rückstellungen – Gesamt (BEL + RM)	594.868,0	4.480.990,1	10.931,1	5.086.789,2

D.2.2 Methode und Hauptannahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die versicherungstechnische Rückstellung nach Solvency II setzt sich aus dem Besten Schätzwert und der Risikomarge zusammen.

D.2.2.1 Bester Schätzwert

Der Beste Schätzwert wird als wahrscheinlichkeitsgewichteter Durchschnitt aller künftigen Zahlungsströme ermittelt. Es werden alle Zahlungsströme berücksichtigt, die mit der Verbindlichkeit in Verbindung stehen. Die bewerteten Zahlungsströme setzen sich zusammen aus den vertraglich vereinbarten Leistungen zuzüglich erwarteter künftiger Überschusszahlungen (aufgrund von Ablauf, Storno, Tod, Invalidität, Rentenzahlung etc.) zuzüglich der erwarteten künftigen Kosten, abzüglich künftig erwarteter Einnahmen aus Beiträgen der Versicherungsnehmer. Die vollstochastische Asset-Liability-Projektion wird auf Basis eines verdichteten Passivbestands durchgeführt.

Die Hauptannahmen zur Berechnung des Besten Schätzwertes sind:

- ▼ Storno- und Beitragsfreistellung,
- ▼ künftige Dynamiken,
- ▼ Kapitalwahloption bei Verrentung,
- ▼ Sterblichkeit,
- ▼ Invalidisierungswahrscheinlichkeiten,
- ▼ Kosten und
- ▼ zukünftige Überschussätze.

Bei der Bestimmung der Annahmen, die zur Berechnung des Besten Schätzwertes zugrunde gelegt wurden, wurde auf Erfahrungswerte und, sofern angemessen, Expertenmeinung zurückgegriffen. Die Herleitung der Annahmen erfolgt hierbei so realitätsnah wie möglich und entsprechend den Anforderungen von Solvency II ohne einen zusätzlichen Sicherheitsaufschlag. Die Annahmen unterliegen einem regelmäßigen Verfahren zur Überprüfung durch die Abteilung „Verantwortlicher Aktuar und Rückversicherung“ im Bereich „Bilanzmathematik“ sowie der Versicherungsmathematischen Funktion und Genehmigung durch den Vorstand.

Von der Option der Volatilitätsanpassung wurde Gebrauch gemacht.

D.2.2.2 Risikomarge

Die Risikomarge unter Solvency II ist ein Aufschlag auf den zuvor beschriebenen Besten Schätzwert. Sie wird ermittelt als der erwartete Zuschlag, den ein anderes Unternehmen bei einer Übernahme der Verpflichtungen zusätzlich zum Besten Schätzwert fordern würde. Die Risikomarge wird analog zu den Vorgaben unter Solvency II als künftige Kapitalkosten für die Risiken hergeleitet. Zur Berechnung wird das Risikokapital der Gesellschaft (ohne Berücksichtigung der Volatilitätsanpassung) anhand von Risikotreibern pro Risikokategorie fortgeschrieben, mit der EIOPA-Zinsstrukturkurve diskontiert und mit dem von EIOPA vorgegebenen Kapitalkostensatz von 6 % belegt.

D.2.3 Grad der Unsicherheit bezüglich der Höhe der vt. Rückstellungen

Der Grad der Unsicherheit der versicherungstechnischen Rückstellungen ist abhängig von folgenden Teilaspekten:

- ▼ **Qualität der Inputdaten**, wobei hier noch folgende Unterpunkte unterschieden werden können:
 - Bestandsdaten des Passivportfolios
 - Bestandsdaten des Aktivportfolios
 - Weitere Inputdaten aus Bilanz, GuV und anderen Quellen

- ▼ **Unsicherheit in Modellannahmen**, wobei hier noch folgende Unterpunkte unterschieden werden können:
 - Ökonomische Annahmen
 - Kostenannahmen
 - Biometrische Annahmen
 - Storno- und Kapitalwahlannahmen

- ▼ **Modellvereinfachungen und Modellierungsansätze**, wobei hier noch folgende Unterpunkte unterschieden werden können:
 - Modellierung der Passiva
 - Modellierung der Aktiva
 - Managementregeln

D.2.3.1 Qualität der Inputdaten

Passivportfolio

Die Passivdaten werden auf Basis eines Abzugs der Bestandsdaten aus dem Bestandsführungssystem zum Bewertungsstichtag erzeugt, wobei in diesem Prozess grob vier Teilschritte unterschieden werden können, in dem für jeden einzelnen Schritt separate Überprüfungen und Qualitätssicherungen erfolgen:

1. Abzug der Rohdaten aus dem Bestandsführungssystem: Im Rahmen dieses Schrittes wird auf Teilbestandsebene³ eine Prüfung auf Vollständigkeit auf Basis von Deckungsrückstellung und Jahresprämie durchgeführt.
2. Umwandlung der Rohdaten aus dem Bestandsführungssystem in Passiv-Modellpunkte für das Projektionssystem (RAFM): Dieser Schritt beinhaltet auch ein Mapping von Ist-Tarifen auf Tarife im Modell sowie gegebenenfalls ein Aussortieren fehlerhafter Datensätze. Darüber hinaus wird auf Teilbestandsebene eine Prüfung auf Vollständigkeit und Angemessenheit auf Basis von Deckungsrückstellung und Jahresprämie durch Abgleich von Ist- und Modellwerten durchgeführt.
3. Skalierung der RAFM-Passiv-Modellpunkte auf Teilbestandsebene, um die Ist-Deckungsrückstellung zu treffen: In diesem Schritt werden die Skalierungsfaktoren geprüft und mit denen der Vorquartale verglichen.

³ Hierbei wird nach Teilbestand im Sinne der Mindestzuführungsverordnung, Tarifart (d.h. Risiko, BU(Z), Kapital, Rente, FLV, FRV etc.) und Rechnungszins getrennt und für jede Kombination eine separate Prüfung durchgeführt.

4. Verdichtung der RAFM-Passiv-Modellpunkte: In diesem Schritt wird geprüft, dass alle wesentlichen Modellergebnisse (Bilanz- und GuV-Positionen, Positionen der Gewinnzerlegung sowie alle Leistungs-, Kosten- und Prämien-Cashflows) zwischen unverdichtetem und verdichtetem gut übereinstimmen. Der Abgleich erfolgt sowohl für die einzelnen Projektionsjahre als auch barwertig.

Als finaler Schritt findet im Rahmen der Solvency II-Berechnungen ein Abgleich zwischen der Passivseite der Startbilanz im Modell und der Ist-Stichtagsbilanz statt. Verbleibende Unterschiede zwischen Modell und Ist in den versicherungstechnischen Rückstellungen werden als „Unmodelled“-Position in der Solvency II-Bilanz ausgewiesen. Unterschiede beim Fondsvermögen von Unit-Linked-Verträgen werden dabei in gleicher Höhe dem Besten Schätzwert zugeordnet. Unterschiede aus anderen Positionen werden auf Basis des Verhältnisses von Besten Schätzwert zu HGB-Deckungsrückstellung skaliert und dann dem Besten Schätzwert zugeordnet.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Inputdaten des Passivportfolios geprüft und sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Aktivportfolio

Die Aktivdaten werden auf Einzeltitelbasis zum Bewertungsstichtag von den verschiedenen Assetmanagern geliefert und durch Abgleich mit Bilanzwerten auf Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit geprüft.

Die Umwandlung dieser Rohdaten in Aktiv-Modellpunkte findet analog zu Schritt 2 der Passivdatenaufbereitung statt, wobei die Prüfung auf Vollständigkeit und Angemessenheit auf Ebene der einzelnen Assetklassen stattfindet.

Zusätzlich findet bei festverzinslichen Assets auf Basis einzelner Modellpunkte eine Skalierung von Coupon- und Ablaufzahlungen statt, durch die sichergestellt wird, dass der Wert der diskontierten Cashflows des Asset-Modellpunkts mit dem Marktwert des zugrundeliegenden Einzeltitels übereinstimmt.

Als finaler Schritt findet im Rahmen der Solvency II-Berechnungen eine Skalierung der Asset-Modellpunkte auf die Länge der Passivseite der Startbilanz im Modell statt. Dadurch wird berücksichtigt, dass einzelne Bilanzpositionen (z.B. die Schadenrückstellung) aktuell im Modell nicht vorhanden sind.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Inputdaten des Aktivportfolios geprüft und sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Weitere Inputdaten

Weitere Inputdaten (z.B. die Höhe der RfB und einzelner Komponenten) werden aus entsprechenden Zulieferungen übernommen und in entsprechenden Inputtabellen des RAFM-Modells hinterlegt. Die Überprüfung dieser Einstellungen erfolgt auf Basis eines Vier-Augen-Prinzips sowie durch Abgleich der Modellergebnisse mit den Berechnungen des Vorquartals sowie weiteren Testrechnungen im Rahmen von Modellentwicklungen.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit dieser Inputdaten geprüft und sichergestellt, dass die Datenqualität dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

D.2.3.2 Unsicherheit in Modellannahmen

Ökonomische Annahmen

Ökonomische Annahmen werden im Modell über die stochastischen Szenarien eingespielt. Diese werden durch einen externen Anbieter erzeugt und durch VG validiert. Dabei wird sowohl die Kalibrierung der Szenarien auf die Marktinformationen des Bewertungsstichtags geprüft als auch die Konsistenz der Szenarien in sich (z.B. durch 1=1- und 1=1=1-Test) getestet.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der ökonomischen Annahmen geprüft und sichergestellt, dass die Annahmen dazu geeignet sind, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Kostenannahmen

Die Kostenannahmen ergeben sich aus den Service-Verträgen mit den Servicegesellschaften, wobei die zu Grunde liegenden Stückkostensätze ebenfalls gemäß Vertrag inflationiert werden.

Die Höhe und Entwicklung der entsprechenden versicherungstechnischen Standardformel-Stresse wird validiert.

Die Überprüfung der Einstellungen im RAFM-Modell erfolgt auf Basis eines Vier-Augen-Prinzips sowie durch Abgleich der Modellergebnisse mit den Berechnungen des Vorquartals und der Ist-Gewinnerlegung.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Kostenannahmen geprüft und sichergestellt, dass die Annahmen dazu geeignet sind, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Biometrische Annahmen sowie Storno- und Kapitalwahlannahmen

Die biometrischen Annahmen sowie die Storno- und Kapitalwahlannahmen werden einmal jährlich zum zweiten Quartal auf Ihre Angemessenheit hin überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Die angewendeten Methoden und Verfahren entsprechen dabei der gängigen aktuariellen Praxis. Die Ergebnisse des Annahmenherleitungsprozesses werden durch das Annahmengremium geprüft und freigegeben.

Darüber hinaus wird die Höhe und Entwicklung der entsprechenden versicherungstechnischen Standardformel-Stresse validiert.

Die Überprüfung der Einstellungen im RAFM-Modell erfolgt auf Basis eines Vier-Augen-Prinzips sowie durch Abgleich der Modellergebnisse mit den Berechnungen des Vorquartals und der Ist-Gewinnerlegung.

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der biometrischen Annahmen sowie die Storno- und Kapitalwahlannahmen geprüft und sichergestellt, dass die Annahmen dazu geeignet sind, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

D.2.3.3 Modellvereinfachungen und Modellierungsansätze

Modellierung der Passiva

Die Implementierung der Passiva wurde grundsätzlich im Rahmen der Einführung des Modells getestet und validiert. Modelländerungen werden im Rahmen des quartärlchen Releaseprozesses durch das Modellgremium geprüft und freigegeben.

Zusätzlich findet eine regelmäßige Prüfung der Implementierung statt durch:

- ▼ Abgleich von Modell- gegen Bilanzdeckungsrückstellung getrennt nach Basisreserve, Bonusreserve, Zinszusatzreserve, Nachreservierungen und Verzinslicher Ansammlung.
- ▼ Abgleich Modell-GuV des ersten Projektionsjahres gegen Ist-GuV des vergangenen Jahres.
- ▼ Abgleich der Gewinnzerlegung (in der Granularität gemäß der Mindestzuführungsverordnung) des ersten Projektionsjahres gegen Ist-Gewinnzerlegung des vergangenen Jahres.
- ▼ Vergleich der mittleren Pfade für Basislauf und versicherungstechnische Stresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Konsistenz-Checks im Modell

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit des Passivmodells geprüft und sichergestellt, dass die Implementierung dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Modellierung der Aktiva

Die Implementierung der Aktiva wurde grundsätzlich im Rahmen der Einführung des Modells getestet und validiert. Modelländerungen werden im Rahmen des quartärlchen Releaseprozesses durch das Modellgremium geprüft und freigegeben.

Zusätzlich findet eine regelmäßige Prüfung der Implementierung statt durch:

- ▼ Abgleich von Aktivbilanz des Modells gegen Aktivbilanz im Ist.
- ▼ Überprüfung des Modell-Leakage im Basislauf und allen Stressen.
- ▼ Vergleich der mittleren Pfade für Basislauf und Marktstresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Konsistenz-Checks im Modell

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit des Aktivmodells geprüft und sichergestellt, dass die Implementierung dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

Managementregeln

Die Implementierung der Managementregeln wurde grundsätzlich im Rahmen der Einführung des Modells getestet und validiert. Änderungen an den Managementregeln werden im Rahmen des quartärlchen Releaseprozesses durch das Modellgremium geprüft und freigegeben. Zusätzlich werden die im Modell implementierten Managementregeln durch den Vorstand geprüft und verabschiedet.

Darüber hinaus findet eine regelmäßige Prüfung der Implementierung statt durch:

- ▼ Vergleich der mittleren Pfade für Basislauf und Stresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Überprüfung von ausgewählten Extrempfaden des Basislauf und der größten Stresse und Plausibilisierung der Veränderungen.
- ▼ Konsistenz-Checks im Modell

Durch dieses Vorgehen wird die Angemessenheit, Vollständigkeit und Exaktheit der Managementregeln geprüft und sichergestellt, dass die Implementierung dazu geeignet ist, zuverlässige Ergebnisse der Solvency-II-Berechnung zum Berichtstermin zu gewährleisten.

D.2.4 Vergleich der technischen Rückstellungen mit den entsprechenden Rückstellungen im Jahresabschluss

D.2.4.1 Wert der Rückstellungen nach Geschäftsbereich

Die folgende Aufstellung vergleicht die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II mit und ohne Volatilitätsanpassung (VA) mit den versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB Bewertung.

Geschäftsbereiche	Solvency II vt. Rückstellungen in Tsd. €		Rückstellungen nach HGB in Tsd. €
	Mit VA	Ohne VA	
Versicherungen mit Überschussbeteiligung	594.868,0	595.703,4	132.844,9
Index- und Fondsgebundene Versicherungen	4.480.990,1	4.481.440,9	5.102.188,5
Gesundheit nach Art der Leben	10.931,1	10.827,2	58.571,6
Gesamt	5.086.789,2	5.087.971,4	5.293.605,0

D.2.4.2 Rückstellungen nach HGB – Methode und Annahmen

Die Rückstellungen nach HGB im Jahresabschluss werden nach HGB § 341 bewertet. In den gezeigten Rückstellungen sind sowohl die Rentennachreservierung als auch die Zinszusatzreserve gemäß aufsichtsrechtlicher Vorgabe enthalten. Es handelt sich hier um die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB Bewertung auf Basis der Zusammensetzung nach SII Definition⁴.

⁴ Brutto Beitragsüberträgen + Brutto Deckungsrückstellung + Brutto Schadenrückstellung + Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) + sonstige vt. Rückstellungen + Brutto Rückstellung auf Anlage und Risiko VN + Ansammlungsguthaben - freien RfB - Anteil des im Überschussfonds anrechenbaren SÜAF

D.2.4.3 Erläuterungen zu den Unterschieden zwischen Solvenzbilanz und HGB Jahresabschluss

Die Hauptunterschiede zwischen den versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II und den Rückstellungen im HGB Jahresabschluss sind die folgenden:

D.2.4.3.1. Versicherung mit Überschussbeteiligung (außer fondsgebundene Versicherungen)

Die Bewertung für Solvency II enthält einerseits eine marktkonsistente Bewertung der enthaltenen Zinsgarantien. In Anbetracht des aktuellen Zinsniveaus und verzögerten Nachlaufens des Referenzzinses für die Zinszusatzreserve nach Korridormethode ist der Marktwert dieser Garantien bedeutend niedriger als die im Jahresabschluss berücksichtigte Zinszusatzreserve. Zusätzlich führen die realistischen Annahmen für die Solvency-II-Bewertung zu niedrigeren Werten als die vorsichtige Bewertung gemäß Annahmen erster Ordnung, die im Jahresabschluss nach HGB verwendet wird.

Bei der SLE gibt es einen nicht kleinen Anteil an dynamischen Hybrid-Versicherungen im Versicherungsbestand. Diese werden unter SII komplett unter „Versicherungen mit Überschussbeteiligung“ ausgewiesen, während diese unter HGB als Teil der „Index- und Fondsgebundene Versicherungen“ dazustellen sind.

D.2.4.3.2. Fondsgebundene Versicherungen

Die Rückstellung nach HGB besteht aus dem aktuell vorhandenen Fondswert, der dem Versicherungsvertrag zugeordnet wird. Künftige Gewinne werden damit nicht erfasst. Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II beruht auf Projektionen mit realistischen Annahmen. Dadurch werden implizit künftig erwartete Gewinne berücksichtigt. Hierdurch werden die Rückstellungen gegenüber HGB reduziert.

D.2.4.3.3. Risikomarge

Für alle Geschäftsbereiche führt die Berücksichtigung der Risikomarge dazu, dass der Unterschied zwischen versicherungstechnischer Rückstellung unter Solvency II und Rückstellung nach HGB Bewertung geringer wird.

D.2.4.4 Auswirkung der Volatilitätsanpassung und Übergangsmaßnahmen

D.2.4.4.1. Volatilitätsanpassung

Ohne Anwendung der Volatilitätsanpassung von 20 Basispunkten würden sich die versicherungstechnischen Rückstellungen um 1.182,2 Tsd. € auf 5.087.971,4 Tsd. € erhöhen und die Basiseigenmittel, welche sowohl für die Solvenzkapitalanforderung (SCR) als auch für die Mindestkapitalanforderung (MCR) angerechnet werden dürfen, um 1.454,4 Tsd. € verringern. Zudem würde das SCR um 1.377,2 Tsd. € auf 88.558,9 Tsd. € und das MCR um 619,7 Tsd. € auf 39.851,5 Tsd. € steigen.

D.2.5 Nutzung des Matching Adjustments

Von der erleichternden Option des Matching Adjustment gemäß Artikel 77b der Richtlinie 2009/138/EG wurde kein Gebrauch gemacht.

D.2.6 Nutzung der Volatilitätsanpassung

Von der Option der Volatilitätsanpassung gemäß Artikel 77d der Richtlinie 2009/138/EG wurde Gebrauch gemacht.

Die Anwendung der Volatilitätsanpassung in den Berechnungen zur ökonomischen Bilanz muss von der jeweiligen Aufsicht genehmigt werden. Die SLE hat diese Genehmigung in 2020 erhalten und bezieht die Volatilitätsanpassung in die Solvency-II-Berechnungen ein.

Nach § 40 Absatz 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist bei Anwendung der Volatilitätsanpassung eine Quantifizierung der Auswirkungen gefordert, die eine Änderung der Volatilitätsanpassung auf null auf die Finanzlage des Unternehmens haben würde.

Die Auswirkung dieser Änderung auf den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft wird in Abschnitt D.2.4. erörtert.

Die Auswirkung der Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung auf die Solvenzkapitalanforderung und die anrechenbaren Eigenmittel des Unternehmens findet sich in Kapitel E.2.

D.2.7 Nutzung von Übergangsmaßnahmen

Von den erleichternden Optionen der Übergangsmaßnahmen gemäß Artikel 308c oder 308d der Richtlinie 2009/138/EG wurde kein Gebrauch gemacht.

D.2.8 Angaben zu einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen

Bezüglich Angaben zu einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen wird auf Kapitel D.1.1.3 und D.1.2.3 zur Rückversicherung verwiesen.

D.2.9 Wesentliche Änderungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Änderungen für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen:

- ▼ regelmäßige jährliche Überprüfung bzw. Aktualisierung der nicht-ökonomischen Annahmen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten der SLE werden zum Stichtag 31. Dezember 2023 sämtliche Verbindlichkeiten aufgeführt, die nicht Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind.

Die Vorgehensweise des Ansatzes und der Bewertung für Solvency II folgt jener der sonstigen Vermögenswerte⁵. Entsprechend § 74 Abs. 2 VAG sind Verbindlichkeiten mit dem Betrag zu bewerten, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten.

⁵ Vgl. hierzu Kapitel D.1.1.2.

Aufgrund der Art der sonstigen Verbindlichkeiten wurden keine notierten Marktpreise, die auf einem aktiven Markt vorhanden sind, für die Bewertung herangezogen. Das Discounted-Cashflow-Verfahren kam als Bewertungsmodell zum Einsatz für den Fall, dass nicht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zurückgegriffen werden konnte.

Die Prüfung der Fälligkeiten und Umklassifizierung von Verbindlichkeiten gegen Versicherungen und Vermittlern sowie Rückversicherungen entfällt, mit der Aktualisierung der entsprechenden BaFin-Auslegungsentscheidung.⁶ Für alle weiteren Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten wurden im Vergleich der Berichtsperioden 2023 und 2022 keine Änderungen hinsichtlich der Ansatz- und Bewertungsgrundlagen vorgenommen. Für etwaige Schätzungen und Annahmen wurden im Jahr 2023 keine Änderungen vorgenommen.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Beträge der Solvabilitätsübersicht zum 31. Dezember 2023 und des Vorjahres dargestellt.

Nr.		S.02.01	31.12.2023 in Tsd. €	31.12.2022 in Tsd. €	Veränderung in Tsd. €
(1)	Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	R0750	9.111,2	9.257,9	-146,7
(2)	Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	R0770	7.084,7	5.524,8	1.559,9
(3)	Latente Steuerschulden	R0780	11.207,0	12.796,7	-1.589,6
(4)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	2.530,9	277,2	2.253,6
(5)	Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	10.216,1	10.342,7	-126,6
(6)	Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	266,0	0,0	266,0
(7)	Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	20.470,2	14.499,4	5.970,8

Erläuterungen zu den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

- 1) Keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr.
- 2) Der Anstieg der Depotverbindlichkeiten beruht auf dem Aufbau der Schadensreserve unter HGB.
- 3) Rückgang der passiven latenten Steuern durch entsprechende Veränderung in den Bewertungsunterschieden, auf deren Basis die latente Steuer berechnet wird. Der Steuersatz liegt unverändert bei 24,575%.
- 4) Stichtagsbezogene Betrachtung.
- 5) Keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr.
- 6) Die Prüfung auf Fälligkeit und mögliche Umklassifizierung von Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber Rückversicherungen ist nicht mehr erforderlich. Hintergrund ist die Aktualisierung der entsprechenden BaFin-Auslegungsentscheidung.

⁶ Vgl. Auslegungsentscheidung der BaFin vom 01.01.2019 mit Änderung am 11.10.2023 und Wirkung zum 31.12.2023.

- 7) Die Veränderung basiert im Wesentlichen aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in 2023 (20.239,1 Tsd. €) gegenüber dem Vorjahr (14.444,2 Tsd. €).

Abschließend sind in der nachfolgenden Übersicht die Bewertungsunterschiede zwischen Solvency II und HGB zum 31. Dezember 2023 dargestellt.

Nr.		S.02.01	Solvency II in Tsd. €	HGB in Tsd. €	Umbewertung nach Solvency II in Tsd. €
(1)	Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	R0750	9.111,2	9.111,2	0,0
(2)	Depotverbindlichkeiten (aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft)	R0770	7.084,7	7.084,7	0,0
(3)	Latente Steuerschulden	R0780	11.207,0	0,0	11.207,0
(4)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	2.530,9	2.530,9	0,0
(5)	Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	10.216,1	10.216,1	0,0
(6)	Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	266,0	266,0	0,0
(7)	Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	20.470,2	20.470,2	0,0

- 1) Die anderen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Rückstellung Maklerbonus, die die zu zahlenden Bestandsprovisionen für 2023 betrifft. Gemäß HGB erfolgte die Bewertung gemäß einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag und unter Berücksichtigung einer Diskontierung, falls die Laufzeit über ein Jahr beträgt. Unter Solvency II wurde keine weitere Umbewertung vorgenommen, da aufgrund der kurzen Laufzeit keine Diskontierung notwendig war. Der Erfüllungsbetrag konnte demzufolge auch unter Solvency II als der wahrscheinlichste Wert angenommen werden.
- 2) Gemäß dem Artikel 41 Abs. 3 DVO haben wir die Depotverbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht separat angesetzt. Es handelt sich hierbei um eine Verlängerung der Solvabilitätsübersicht, da die einforderbaren Beträge aus der Rückversicherung um den gleichen Betrag erhöht werden. Die Verbindlichkeit ist für die HGB-Bilanz mit dem Betrag anzusetzen, der vom bilanzierenden Versicherungsunternehmen als Sicherheit einbehalten oder ihm vom Rückversicherer zu diesem Zweck belassen worden sind. Für Solvency II wurde aus Wesentlichkeitsgründen der HGB-Wert übernommen.
- 3) Die Bewertung der passiven latenten Steuern erfolgt analog zu den aktiven latenten Steuern. Nach Verrechnung der werthaltigen aktiven latenten Steuern mit den grundsätzlich zwingend anzusetzenden passiven latenten Steuern verbleibt ein Passivüberhang an latenten Steuern, der in dieser Position als Solvency II-Betrag angesetzt wird. Wesentlicher Treiber des Passivüberhangs sind die passiven latenten Steuern im Bereich der versicherungstechnischen Rückstellungen (34.294,5 Tsd. €), die mit den aktiven latenten Steuern im Bereich der konventionellen Kapitalanlagen (11.141,5 Tsd. €) und im Bereich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherung (5.194,2 Tsd. €) saldiert werden. Außerdem werden die unter HGB angesetzten aktiven latenten Steuern über 6.572,1 Tsd. € mit den passiven latenten Steuern unter Solvency II verrechnet.
- 4) Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden nach HGB mit den Erfüllungsbeträgen bewertet. Der Solvency II-Ansatz erfolgt aufgrund der kurzfristigen Laufzeit analog des HGB-Ansatz.

- 5) Es liegen keine Bewertungsunterschiede im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern vor. Das Ansammlungsguthaben, was eine Form der Überschussbeteiligung ist und bei Ablauf, Tod oder Rückkauf in der jeweiligen Höhe zusätzlich zur Versicherungssumme beziehungsweise zum Rückkaufswert ausgezahlt wird (58,8 Tsd. €), ist auch unter HGB den versicherungstechnischen Rückstellungen zuzuordnen und nicht nur unter Solvency II. Für alle weiteren Positionen war nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit den kurzfristigen Fälligkeiten eine Umbewertung für Solvency II nicht erforderlich.
- 6) Es liegen keine Bewertungsunterschiede im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern vor. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit den kurzfristigen Fälligkeiten ist eine Umbewertung für Solvency II nicht erforderlich.
- 7) Mit der gleichen Begründung wie unter 5) ergibt sich zwischen Solvency II und HGB kein Bewertungsunterschied. Diese Position der Solvabilitätsübersicht beinhaltet die Gewinnabführung über 6.117,3 Tsd. €, die Verbindlichkeiten aus der Steuerumlage gegenüber verbundenen Unternehmen mit 11.724,5 Tsd. € sowie weitere kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 2.487,4 Tsd. € an verbundene Unternehmen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

D.4.1 Kapitalanlagen

Alternative Bewertungsmethoden sind erforderlich, wenn für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten keine Marktpreise verfügbar sind, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 2 DVO), und die ökonomischen Werte auch nicht mit Hilfe von Marktpreisen abgeleitet werden können, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 3 DVO).

Alternative Bewertungsmethoden bei den Kapitalanlagen werden für die unter nicht gelistete Aktien ausgewiesenen Kapitalanlagen - geleistete Beiträge an die Protektor Lebensversicherung sowie Anteile an der Protektor Lebensversicherung - sowie für die Spezialfonds der Gesellschaft angewendet. Die SLE hat im Berichtszeitraum keine Änderungen bei der Anwendung alternativer Bewertungsmethoden bei Kapitalanlagen vorgenommen.

Bei den unter Anteilen an Investmentvermögen ausgewiesenen Spezialfonds erfolgt die Bewertung des Spezialfonds für Solvabilitätszwecke gemäß Artikel 10 Abs. 3 DVO mittels des Anteilsscheinspreises, den die Kapitalverwaltungsgesellschaft aus dem Nettoinventarwert der enthaltenen Vermögenswerte je ausgegebenen Anteilsschein ermittelt.

Da es für die Beteiligung an Protektor keinen Markt gibt, wurde unter Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 9 Abs. 4 DVO auf eine Umbewertung verzichtet und für Solvabilitätszwecke der HGB-Bilanzwert verwendet.

Die Bewertung der geleisteten Beiträge an die Protektor Lebensversicherungs-AG erfolgt gemäß Artikel 10 Abs. 5 DVO mittels des von der Sicherungseinrichtung zum Bewertungsstichtag für die Festsetzung des Jahresbeitrags festgestellten Zeitwertes je Anteil, multipliziert mit den der SLE zum

Bilanzstichtag zugeordneten Anteilen am Sicherungsfonds. Wir erachten die von der Sicherungseinrichtung verwendete Berechnungsmethode für logisch und angemessen. Eine regelmäßige jährliche Überprüfung des Wertes durch die Protaktor Lebensversicherungs-AG ist gewährleistet.

Detailliertere Informationen zur Bewertungsmethodik sind Kapitel D.1 dieses Berichts zu entnehmen.

D.4.2 Sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 hat die SLE für die nachfolgenden sonstigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eine alternative Bewertungsmethode angewendet.

Nr.	Positionen in SII-Bilanz	S.02.01
(1)	Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370
(2)	Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380
(3)	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410
(4)	Andere Rückstellungen als vt. Rückstellungen	R0750
(5)	Depotverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	R0770
(6)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800
(7)	Verbindlichkeiten gegenüber Versicherung und Vermittlern	R0820
(8)	Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830
(9)	Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840

Für die aufgelisteten sonstigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurde für die Solvabilitätsübersicht die Bewertungsmethode herangezogen, die im Rahmen der Erstellung des HGB-Jahresabschlusses der SLE verwendet wurde. Dies steht unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgrundsatzes in Einklang mit Artikel 9 Nr. 4 DVO und der BaFin-Auslegungsentscheidung⁷, da die Voraussetzungen für diese Bewertungsmethode eingehalten wurden.

Bei Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit wurden unternehmensindividuelle Festlegungen zur Wesentlichkeit bezüglich des Einklangs der Bewertungsmethode mit § 74 Abs. 2 und 3 VAG berücksichtigt. Als wesentlich wurde ein Betrag angesehen, der die wirtschaftliche Entscheidung des Adressaten beeinflussen könnte. Demnach wird ein Abweichen des HGB-Wertes vom Betrag des § 74 Abs. 2 und 3 VAG in Höhe von 3% der zum Stichtag ausgewiesenen verfügbaren Eigenmittel als wesentlich festgelegt.

Der für die Solvabilitätsübersicht übernommene HGB-Betrag wird zu jedem Stichtag hinsichtlich der Angemessenheit der Solvency-II-Bewertung überprüft.

Die zugrunde liegenden Annahmen für den übernommenen HGB-Wert sind den entsprechenden Kapiteln (sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten) zu entnehmen. Für die verwendete alternative Bewertungsmethode besteht keine Bewertungsunsicherheit.

⁷ Vgl. BaFin-Auslegungsentscheidung: Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten außer vt. Rückstellungen – HGB vs. Solvency II.

D.5 Sonstige Angaben

Gemäß § 221 Abs. 1 VAG ist die Skandia Lebensversicherung Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Durch diese Mitgliedschaft haben sich die Gesellschaften verpflichtet, neben ihren jährlichen Beiträgen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung gegenüber dem Sicherungsfonds Protektor bezüglich eines künftigen Sanierungsfalls einer Lebensversicherungsgesellschaft stellt eine Eventualverbindlichkeit unter Solvency II dar. Zum Stichtag beträgt diese Verpflichtung ohne Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit, des Eintrittszeitpunktes und der Diskontierung 19.815,7 Tsd. €.

In der Solvabilitätsübersicht wird diese Eventualverbindlichkeit nicht ausgewiesen, da der Marktwert (Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit, des Eintrittszeitpunktes und der Diskontierung) unwesentlich ist. Dies steht in Einklang mit Artikel 11 Abs. 1 DVO, wonach nur wesentliche Eventualverbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht anzusetzen sind. Als wesentlich wird ein Betrag angesehen, der den Entscheidungsprozess der Adressaten beeinflussen könnte.

Die in Kapitel D.1 bis D.5 gemachten Ausführungen beinhalten ansonsten alle wesentlichen Informationen und Ergebnisse zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke der SLE.

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Ziele, Politiken und Verfahren beim Management der Eigenmittel

Die Gesellschaft hat eine Richtlinie für das Kapitalmanagement erstellt. Dort ist eine Zielbedeckungsquote festgelegt.

Die Gesellschaft berücksichtigt derzeit nur Eigenmittel der höchsten Werthaltigkeitsklasse („Tier 1“). Alle für die Solvabilitätskapitalanforderung hinterlegten Eigenmittel sind ausschließlich Basiseigenmittel, ermittelt aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten (ohne die Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen und mit Volatilitätsanpassung).

Bezüglich des Geschäftsplanungshorizonts projiziert die Gesellschaft für die Zwecke des Own Risk and Solvency Assessments (ORSA) die Eigenmittel über einen Zeithorizont von fünf Jahren. Die Gesellschaft ist auch für diesen Zeithorizont angemessen kapitalisiert. Die Projektionen deuten in keinem Fall auf Kapitalengpässe hin. Daher sieht die Gesellschaft keine Notwendigkeit, sich mithilfe von Eigenmittelaufnahmen oder nachrangigen Verbindlichkeiten zusätzliches Kapital zu beschaffen. Nichtsdestotrotz beinhaltet die Kapitalmanagementrichtlinie mögliche Vorgehensweisen im Falle eines Sinkens der Solvenzquote auf einen Wert unterhalb der Zielquote.

E.1.2 Quantitative und qualitative Erläuterung der Eigenmittel in der Solvabilitätsübersicht nach Solvency II zum 31. Dezember 2023

Die verfügbaren Eigenmittel unter Solvency II, die für die Anrechenbarkeit / Bedeckung der Kapitalanforderung verwendet werden, umfassen Basiseigenmittel und ergänzende Eigenmittel.

Bei den Basiseigenmitteln handelt es sich um die Summe des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß der Solvabilitätsübersicht und der nachrangigen Verbindlichkeiten. Von den Basiseigenmitteln sind vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte spätestens dann abzuziehen, wenn diese von effektiv leitenden Personen des Unternehmens festgestellt beziehungsweise genehmigt wurden. Eine Genehmigung seitens der Hauptversammlung ist nicht erforderlich. Der Zeitraum hinsichtlich der Beurteilung „vorhersehbar“ endet zum Zeitpunkt des Ablaufs der Vorlagefrist für die jährliche Berichterstattung.

Die ergänzenden Eigenmittel stellen außerbilanzielle Posten dar, die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können.

Diese können unter anderem sein:

- ▼ nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann,
- ▼ nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können,
- ▼ Akkreditive und Garantien oder
- ▼ rechtsverbindliche Verpflichtungen, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen.

Alle ergänzenden Eigenmittel bedürfen einer vorherigen aufsichtsrechtlichen Genehmigung.

Zum 31. Dezember 2023 betragen die verfügbaren Eigenmittel der SLE 138.638,8 Tsd. €. Diese bestehen nur aus Basiseigenmitteln und setzen sich wie folgt zusammen:

	Tier	31.12.2023 in Tsd. €	31.12.2022 in Tsd. €	Veränderung in Tsd. €
Vermögenswerte		5.286.314,2	4.845.037,7	441.276,5
./. Verbindlichkeiten		5.147.675,3	4.726.188,5	421.486,9
Basiseigenmittel Solvency II		138.638,8	118.849,2	19.789,6
Zusammensetzung				
Eingezahltes Stammkapital und zugehöriges Emissionsagio	I	1.721,8	1.721,8	0,0
Überschussfonds	I	59.433,5	51.533,6	7.899,9
Ausgleichsrücklage	I	77.483,6	65.593,9	11.889,6
Verfügbare Eigenmittel Solvency II		138.638,8	118.849,2	19.789,6

Der Anstieg der Basis- und verfügbaren Eigenmittel ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Ausgleichsrücklage zurückzuführen. Es sind insbesondere im Bereich der konventionellen Kapitalanlagen die Bewertungsunterschiede und somit die Reserven in der ökonomischen Umbewertung zum 31. Dezember 2023 in entsprechenden Größenordnungen angestiegen. Im Bereich der versicherungstechnischen Rückstellungen ist sind die Bewertungsunterschieden der ökonomischen Umbewertung etwas gesunken. Der Anstieg des Überschussfonds, begründet durch den Anstieg der freien RfB als Teil des Überschussfonds, trägt ebenso zum Anstieg der Eigenmittel bei.

	Tier	S.02.01	Solvency II in Tsd. €	HGB in Tsd. €
Vermögenswerte		R0500	5.286.314,2	5.360.090,2
./. Verbindlichkeiten		R0900	5.147.675,3	5.343.284,0
Basiseigenmittel Solvency II		R1000	138.638,8	0,0
Eigenkapital HGB		R1000	0,0	16.806,2
Zusammensetzung				
Eingezahltes Stammkapital und zugehöriges Emissionsagio	I		1.721,8	1.721,8
Kapitalrücklagen			0,0	193,3
Gesetzliche Gewinnrücklage (10%)			0,0	300,0
Andere Gewinnrücklagen			0,0	14.591,1
Überschussfonds	I		59.433,5	0,0
Ausgleichsrücklage	I		77.483,6	0,0
Verfügbare Eigenmittel SII			138.638,8	16.806,2

Der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten gemäß der Solvabilitätsübersicht bildet die Ausgangsbasis für die Klassifizierung der folgenden Basiseigenmittelbestandteile, die für die Zuordnung zu den Qualitätsklassen relevant ist:

- ▼ Eingezahltes Grundkapital und zugehöriges Emissionsagio;
- ▼ Überschussfonds, die nicht als Versicherungsverbindlichkeiten betrachtet werden;
- ▼ Ausgleichsrücklage.

Nachrangige Verbindlichkeiten bestehen bei der SLE nicht, weshalb die Basiseigenmittel lediglich den Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten darstellen.

Zudem werden bei der SLE keine ergänzenden Eigenmittel ausgewiesen. Das noch nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Grundkapital in Höhe von 1.278,2 Tsd. € bleibt unberücksichtigt.

Die Ausgleichsrücklage ist wie folgt definiert:

	Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten Solvency II
./.	Betrag der eigenen Anteile (Aktien)
./.	Vorhersehbare Dividenden und Ausschüttungen
./.	Eingezahltes Grundkapital und das dazugehörige Agio
./.	Eingezahlter Gründungsstock beziehungsweise die entsprechenden Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Eingezahlte nachrangige Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Überschussfonds, die nicht als Versicherungsverbindlichkeiten betrachtet werden
./.	Eingezahlte Vorzugsaktien und das dazugehörige Agio
./.	Grundkapital und das dazugehörige Agio
./.	Gründungsstock beziehungsweise die entsprechenden Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Nachrangige Basiseigenmittelbestandteile für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
./.	Vorzugsaktien und das dazugehörige Agio
./.	Äquivalenter Betrag in der Höhe eines vorhandenen Aktivüberhang der latenten Steuern
./.	Durch die BaFin genehmigte Eigenmittelbestandteile
./.	Beschränkte Eigenmittel
./.	Beteiligungsbuchwerte der Finanz- und Kreditinstitute, die in Abzug gebracht werden, soweit nicht bereits durch die obigen Punkte berücksichtigt
=	Ausgleichsrücklage

Demnach umfasst die Ausgleichsrücklage auch die nach HGB auszuweisenden Gewinn- und Kapitalrücklagen, soweit es sich bei den Kapitalrücklagen nicht um das dazugehörige Agio des Grundkapitals oder der Vorzugsaktien handelt.

Die Ausgleichsrücklage beträgt zum Stichtag 77.483,6 Tsd. €. Dieser Betrag setzt sich aus dem Bewertungsunterschied der Solvency-II und HGB-Beträge in Höhe von 121.832,6 Tsd. € zuzüglich der gemäß HGB ausgewiesenen Kapital- und Gewinnrücklagen in Höhe von 15.084,4 Tsd. € und abzüglich des Überschussfonds in Höhe von 59.433,5 Tsd. € zusammen.

Die nach HGB ausgewiesene Kapitalrücklage ist in der Ausgleichsrücklage der SLE berücksichtigt, da es sich hierbei ausschließlich um Einzahlungen im Sinne von § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB handelt und die Rücklage somit kein Agio darstellt.

Der Bewertungsunterschied von 121.832,6 Tsd. € ist in der nachfolgenden Übersicht zusammengefasst. Die Differenzen sind kurz erläutert.

		S.02.01	Solvency II in Tsd. €	HGB in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
	Aktiva				
(1)	Latente Steueransprüche	R0040	0,0	6.572,1	-6.572,1
(2)	Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	R0070	346.327,6	391.664,2	-45.336,6
(3)	Darlehen und Hypotheken	R0230	234,1	116,3	117,8
(4)	Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	R0270	-12.679,2	8.456,7	-21.135,9
(5)	Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	7.796,1	8.103,0	-306,9
(6)	Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	25,9	568,2	-542,3
	Passiva				
(7)	Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (außer index- und fondsgebundene Versicherungen)	R0600	605.799,1	191.416,5	414.382,6
(8)	Versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung (index- und fondsgebundene Versicherungen)	R0690	4.480.990,1	5.102.188,5	-621.198,3
(9)	Latente Steuerschulden	R0780	11.207,0	0,0	11.207,0
	Summe Umbewertung (Aktiva + Passiva)				121.832,6
	Zzgl. Kapital- und Gewinnrücklagen nach HGB				15.084,4
	Abzgl. Überschussfonds				59.433,5
	Summe Ausgleichsrücklage				77.483,6

Die Anwendung der Standardformel ergibt das folgende Bild für die SLE.

Solvabilitätsübersicht	Mit VA ohne RT in Tsd. €	Ohne VA ohne RT in Tsd. €
Fondsgebundene Kapitalanlagen	4.927.112,5	4.927.112,5
Traditionelle Kapitalanlagen	356.902,4	356.902,4
Rückversicherung	-12.679,2	-13.425,3
Latente Steuerforderungen	0,0	0,0
Sonstige Aktiva	14.978,5	14.978,5
Vermögenswerte	5.286.314,2	5.285.568,1
Bester Schätzwert vt. Verpflichtungen	5.040.124,9	5.041.307,1
Risikomarge	46.664,3	46.664,3
RV Depotverbindlichkeiten	7.084,7	7.084,7
Latente Steuerverbindlichkeiten	11.207,0	10.733,2
Sonstige Verbindlichkeiten	42.594,3	42.594,3
Verbindlichkeiten	5.147.675,3	5.148.383,7
Anrechenbare Nachrangdarlehen	0,0	0,0
Anrechenbare Eigenmittel	138.638,8	137.184,5
SCR	87.181,7	88.558,9
Solvency II Quote	159,0%	154,9%

Um die Qualität der Eigenmittel und deren Anrechenbarkeit hinsichtlich der zu bedeckenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung (SCR und MCR) zu bestimmen, wird eine Einstufung der Eigenmittel entsprechend ihrer Werthaltigkeit in drei Qualitätsklassen (Tiers) vorgenommen.

Die Einstufung beziehungsweise das „Tiering“ der Eigenmittelbestandteile richtet sich danach, ob es sich um Basiseigenmittelbestandteile oder ergänzende Eigenmittelbestandteile handelt und inwieweit sie folgende Merkmale aufweisen:

- a) Der Bestandteil unterliegt der ständigen Verfügbarkeit, um Verluste unter Zugrundelegung der Unternehmensfortführungsprämisse sowie im Falle der Liquidation vollständig aufzufangen.
- b) Im Falle der Liquidation ist der Gesamtbetrag des Bestandteils verfügbar, um Verluste aufzufangen, und die Rückzahlung der Bestandteile an ihre Inhaber unterliegt der absoluten Nachrangigkeit.

Es ist zu beurteilen, inwieweit die Eigenmittelbestandteile gegenwärtig und in Zukunft die genannten Merkmale aufweisen. Die Laufzeit des Bestandteils, insbesondere, ob eine Befristung vorliegt, ist

gebührend zu berücksichtigen. Ist ein Eigenmittelbestandteil befristet, wird seine relative Laufzeit im Vergleich zur Laufzeit der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen des Unternehmens berücksichtigt (ausreichende Laufzeit).

Weiterhin sind folgende Eigenschaften zu berücksichtigen:

- c) Der Bestandteil ist frei von Anforderungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags (keine Rückzahlungsanreize).
- d) Der Bestandteil ist frei von obligatorischen festen Kosten.
- e) Der Bestandteil ist frei von sonstigen Belastungen.

Die Basiseigenmittelbestandteile werden in „Tier 1“ eingestuft, wenn sie die in a) und b) aufgeführten Merkmale weitgehend aufweisen und die in c) bis e) genannten Eigenschaften berücksichtigt sind.

Die Basiseigenmittelbestandteile werden in „Tier 2“ eingestuft, wenn sie die in b) aufgeführten Merkmale weitgehend aufweisen und die in c) bis e) genannten Eigenschaften berücksichtigt sind.

Die ergänzenden Eigenmittelbestandteile werden in „Tier 2“ eingestuft, wenn sie die in a) und b) aufgeführten Merkmale weitgehend aufweisen und die in c) bis e) genannten Eigenschaften berücksichtigt sind.

Alle sonstigen Basiseigenmittelbestandteile und ergänzenden Eigenmittelbestandteile, die die aufgeführten Merkmale nicht aufweisen, werden in „Tier 3“ eingestuft.

Die Anrechenbarkeit der Eigenmittel hinsichtlich der Kapitalanforderung ergibt sich gemäß Artikel 82 DVO wie folgt:

Bedeckung des SCR:

- ▼ Tier 1: \geq 50 % des SCR
- ▼ Tier 3: $<$ 15 % des SCR
- ▼ Tier 2 +3 \leq 50 % des SCR

Bedeckung des MCR:

- ▼ Tier 1: \geq 80 % des MCR
- ▼ Tier 2: \leq 20 % des MCR

Innerhalb des „Tier 1“ ist zusätzlich zwischen unbeschränktem und beschränktem Kapital zu unterscheiden. Die beschränkten Eigenmittel dürfen insgesamt nicht mehr als 20 % der gesamten Tier-1-Eigenmittelbestandteile ausmachen.

Folgende Positionen zählen zum unbeschränkten Tier-1-Kapital:

- ▼ das eingeforderte und einbezahlte Grundkapital;
- ▼ das Agio (der Aufschlag auf den Nennwert der Aktien bei einer Emission);
- ▼ die Gewinnrücklagen und andere Reserven;
- ▼ der Überschussfonds;

▼ die Ausgleichsrücklage.

Zum beschränkten Tier-1-Kapital werden unter anderem die eingezahlten Vorzugsaktien und nachrangigen Verbindlichkeiten gezählt. Diese finden bei der SLE jedoch keine Berücksichtigung, da diese nicht vorliegen.

Nachfolgend ist die Einteilung der verfügbaren Eigenmittel in die entsprechenden Qualitätsklassen aufgelistet, um deren Anrechenbarkeit für die Kapitalanforderung zu bestimmen:

	S.02.01	Tier 1 Gesamt in Tsd. €	Tier 1 Unbeschränkt in Tsd. €	Tier 1 Beschränkt in Tsd. €
Stammkapital	R0010	1.721,8	1.721,8	0,0
Überschussfonds	R0070	59.433,5	59.433,5	0,0
Ausgleichsrücklage	R0130	77.483,6	77.483,6	0,0
Gesamt Basis-Eigenmittel	R0290	138.638,8	138.638,8	0,0

Der Überschussfonds wie auch die Ausgleichsrücklage wurden entsprechend den Solvency- II-Vorschriften (§ 93 Abs. 1 VAG und Artikel 70 (3) DVO) als Tier 1 eingestuft. Beim Überschussfonds handelt es sich um die ökonomisch bewerteten akkumulierten Gewinne, die noch nicht zur Ausschüttung an die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten deklariert wurden.

Das eingezahlte Grundkapital der SLE wird ebenfalls als Tier 1 klassifiziert. Gemäß § 57 Abs. 1 S. 1 AktG unterliegt das eingezahlte Grundkapital dem besonderen Grundsatz der Kapitalerhaltung und darf nur unter engsten Voraussetzungen unter Wahrung des Gläubigerschutzes reduziert werden. Somit hat dieser Eigenmittelbestandteil eine unbefristete Laufzeit und ist jederzeit verfügbar, um Verluste aufzufangen, und frei von Rückzahlungsanreizen. Des Weiteren ist dieser Bestandteil nachrangig gegenüber allen Verbindlichkeiten und frei von obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen. Somit liegen keine Eigenmittel der Qualitätsklasse 1 aufgrund der Übergangsbestimmung des § 345 VAG vor.

Alle Eigenmittelbestandteile der SLE weisen eine unbeschränkte Verlustausgleichsfähigkeit auf und sind aus diesem Grund innerhalb der SLE übertragbar / transferierbar.

Des Weiteren sind alle Basiseigenmittel der SLE als unbeschränktes Tier 1 zu klassifizieren und können demnach aufgrund der Vorgaben bezüglich der Anrechenbarkeit der Eigenmittel vollständig für die Bedeckung der Kapitalanforderung des SCR und MCR herangezogen werden.

Die Anrechenbarkeit von ausschließlich Tier-1-Eigenmitteln entspricht der SLE-Kapitalmanagementrichtlinie.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

E.2.1 SCR zum 31. Dezember 2023

Die Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen erfolgt gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35. Es werden keine Vereinfachungen zur Berechnung der Anforderung genutzt und es werden keine unternehmensspezifischen Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie

2009/138/EG verwendet. Die Aufsichtsbehörde hat keine Kapitalaufschläge zur Erhöhung der Solvenzkapitalanforderung angeordnet. Der endgültige Betrag der Solvenzkapitalanforderung unterliegt noch der aufsichtlichen Überprüfung.

E.2.1.1 Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung unter Solvency II setzt sich für die Gesellschaft zusammen aus dem sogenannten Basis-SCR, dem operationalen Risiko und der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern. Zum 31. Dezember 2023 umfasst die Solvenzkapitalanforderung folgendes:

	31.12.2023 in Tsd. €
Basis-SCR	89.994,2
Operationelles Risiko	8.394,5
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	-11.207,0
Solvenzkapitalanforderung	87.181,7

E.2.1.2 Zusammensetzung des Basis-SCR

Das Basis-SCR der Gesellschaft gliedert sich in folgende weitere Risikomodule:

	31.12.2023 in Tsd. €
Marktrisiko	53.946,3
Ausfallrisiko	797,9
vt. Risiko Leben	58.860,2
vt. Risiko Gesundheit	1.558,3
Diversifikation	-25.168,5
Basis-SCR	89.994,2

Das Lebensversicherungsrisikomodul (vor Diversifikation) hat mit 51 % des Basis-SCR vor Diversifikation den größten Anteil an der gesamten Kapitalanforderung. Dahinter folgt das Marktrisiko mit 47 %.

E.2.2 MCR zum 31. Dezember 2023

In die Berechnung der Mindestkapitalanforderungen gehen folgende Inputs ein:

- ▼ Garantieleistungen aus Lebensversicherungsgeschäft mit Gewinnbeteiligung,
- ▼ Garantieleistungen aus Krankenversicherungsgeschäft mit Gewinnbeteiligung,
- ▼ Künftige Überschussbeteiligung aus Lebensversicherungsgeschäft mit Gewinnbeteiligung,
- ▼ Künftige Überschussbeteiligung aus Krankenversicherungsgeschäft mit Gewinnbeteiligung,
- ▼ Versicherungstechnische Rückstellungen des fondsgebundenen Lebensversicherungsgeschäfts und
- ▼ Riskiertes Kapital aus Lebensversicherungsgeschäft.

	31.12.2023 in Tsd. €	31.12.2022 in Tsd. €
Mindestkapitalanforderung nach linearer Berechnung	43.938	39.678
MCR	39.232	29.938

Das nach der linearen Methode berechnete Mindestkapital beträgt 50 % der Solvenzkapitalanforderung und liegt damit oberhalb der Schwelle von 45 % des SCR. Daher greift die anzuwendende Kapitalanforderung von 45 %.

E.2.3 Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung

Im Vergleich zur vorherigen Berichtsperiode hat sich das SCR und das MCR jeweils insgesamt um über 31% erhöht.

Die Veränderung der Markt- und Lebenrisiken ist größtenteils auf die gestiegenen fondsgebundenen Kapitalanlagen zurückzuführen. Der Anstieg in Kombination mit dem veränderten Zinsniveau gegenüber dem 31. Dezember 2022 führt zu einem Anstieg in den Aktien- und Währungs-SCRs im Marktmodul sowie dem Kosten- und Massenstorno-SCR im Lebenmodul.

Diese Veränderungen wirken sich auch analog auf das MCR aus.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Die SLE verwendet kein internes Modell, sondern die Standardformel zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die SLE hält sowohl die Mindestkapitalanforderung als auch die Solvenzkapitalanforderung ein.

E.6 Sonstige Angaben

Die vorstehend in Kapitel E.1 bis E.5 gemachten Ausführungen beinhalten alle wesentlichen Informationen über das Kapitalmanagement der SLE.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Definition
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AKB	Anlagegremium Konventioneller Bestand
ALM	Asset Liability Management
ARCC	Audit, Risk & Compliance Committee
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BCM	Business Continuity Management
BEL	Best Estimate Liability
BU	Berufsunfähigkeitsversicherung
BUZ	Berufsunfähigkeitszusatzversicherung
bzw.	beziehungsweise
bzgl.	bezüglich
CEO	Chief Executive Officer
CF	Compliance Funktion
CFO	Chief Financial Officer
CTO	Chief Technology Officer
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
CRO	Chief Risk Officer
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
DCF	Discounted Cash Flow
d. h.	das heißt
DORA	Digital Operational Resilience Act (EU-Verordnung 2022/2554 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor)
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35
ECAI	External Credit Assessment Institutions
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ELE	Entis Lebensversicherung AG
ESG	Environmental, Social and Governance
ESM	Entis Service Management GmbH
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung

Abkürzung	Definition
GEL	Generali Lebensversicherung Aktiengesellschaft
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GIAM	Generali Insurance Asset Management
GSB	Gesamtsolvabilitätsbedarf
HGB	Handelsgesetzbuch
HLE	Heidelberger Lebensversicherung AG
HLSM	Heidelberger Leben Service Management GmbH
IAS	International Accounting Standards
i. H. v.	in Höhe von
IC	Investment Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IR	Interne Revision
IT	Informationstechnologie
KG	Kommanditgesellschaft
KRI	Key Risk Indicator
LV	Lebensversicherung
Mio.	Millionen
MCR	Minimum Capital Requirement
M&A	Mergers and Acquisitions
NACE	„Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne“ / Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
MindZV	Mindestzuführungsverordnung
OFS	Other Financial Sectors
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
PLE	Proxalto Lebensversicherung AG
PSM	Proxalto Service Management GmbH
PVFP	Present Value of Future Profits
QRT	Quantitative Reporting Templates
RAFM	Risk Agility Financial Modeling der Willis Towers Watson GmbH
RCK	Risiko- und Compliance-Komitee
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RSR	Regular Supervisory Report

Abkürzung	Definition
RV	Rückversicherung
SAA	Strategische Asset Allokation
SII	Solvency II
SCR	Solvency Capital Requirement
SFCR	Solvency and Financial Condition Report / Bericht über Solvabilität und Finanzlage
SFS	Single-Faktor-Szenario
SLE	Skandia Lebensversicherung AG
SPM	Skandia Portfolio Management GmbH
Tsd. €	Tausend Euro
TPA	Third Party Agreement
u.a.	unter anderem
URCF	Unabhängige Risikocontrollingfunktion
usw.	und so weiter
VA	Volatilitätsanpassung
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VaR	Value at Risk
VG	Viridium Gruppe
vgl.	vergleiche
VGM	Viridium Group Management GmbH
VHAG	Viridium Holding AG
VKG	Viridium Group GmbH & Co. KG
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
VRE	Viridium Rückversicherung AG
VSM	Viridium Service Management GmbH
VU	Versicherungsunternehmen
z.B.	zum Beispiel
ZÜB	Zukünftige Überschussbeteiligung
ZZR	Zinszusatzreserve

Anhang

Quantitative Berichtsformulare des SFCR

Anhang I

S.02.01.02

Bilanz

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	
R0040	
R0050	
R0060	
R0070	346.328
R0080	
R0090	
R0100	1.988
R0110	
R0120	1.988
R0130	37.426
R0140	37.426
R0150	
R0160	
R0170	
R0180	306.913
R0190	
R0200	
R0210	
R0220	4.927.112
R0230	234
R0240	234
R0250	
R0260	
R0270	-12.679
R0280	
R0290	
R0300	
R0310	-4.372
R0320	-4.372
R0330	0
R0340	-8.307
R0350	
R0360	7.796
R0370	38
R0380	7.119
R0390	
R0400	
R0410	10.341
R0420	26
R0500	5.286.314

	Solvabilität-II-Wert	
	C0010	
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	
Risikomarge	R0550	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	
Risikomarge	R0590	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	605.799
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	10.931
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	9.743
Risikomarge	R0640	1.188
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	594.868
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	590.865
Risikomarge	R0680	4.003
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	4.480.990
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	4.439.517
Risikomarge	R0720	41.473
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	9.111
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	
Depotverbindlichkeiten	R0770	7.085
Latente Steuerschulden	R0780	11.207
Derivate	R0790	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	2.531
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	10.216
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	266
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	20.470
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	5.147.675
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	138.639

Anhang I

S.05.01.02

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen						Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt
		Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	Krankenrückversicherung	Lebensrückversicherung	
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410	7.676		226.653						234.329
Anteil der Rückversicherer	R1420	4.184		871						5.055
Netto	R1500	3.493		225.782						229.275
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510	7.694		226.656						234.350
Anteil der Rückversicherer	R1520	4.184		871						5.055
Netto	R1600	3.511		225.784						229.295
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610	6.384	4.873	302.435						313.691
Anteil der Rückversicherer	R1620	4.126		352						4.478
Netto	R1700	2.258	4.873	302.083						309.214
Angefallene Aufwendungen	R1900	1.430	581	39.537						41.547
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen / Erträge	R2510									224
Gesamtaufwendungen	R2600									41.771
Gesamtbetrag Rückkäufe	R2700	600		152.355						152.955

**Anhang I
S.12.01.02**

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)		
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	C0060				Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet											
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet											
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge											
Bester Schätzwert											
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	590.865		4.439.517							5.030.382

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen
 Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt
Risikomarge
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

R0080				-8.307						-8.307
R0090	590.865			4.447.825						5.038.689
R0100	4.003	41.473								45.476
R0200	594.868	4.480.990								5.075.858

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet

Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge

Bestes Schätzwert
Bestes Schätzwert (brutto)
 Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen

Bestes Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

Risikomarge
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung (in Rückdeckung übernommenes Geschäft)	Gesamt (Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung)	
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
R0010						
R0020						
R0030			9.743			9.743
R0080			-4.372			-4.372
R0090			14.115			14.115
R0100	1.188					1.188
R0200	10.931					10.931

Anhang I**S.22.01.21****Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen**

		Betrag mit langfristigen Garantien und Über- gangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstech- nischen Rückstellun- gen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	5.086.789	0	0	1.182	0
Basiseigenmittel	R0020	138.639	0	0	-1.454	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	138.639	0	0	-1.454	0
SCR	R0090	87.182	0	0	1.377	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	138.639	0	0	-1.454	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	39.232	0	0	620	0

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

BasisEigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

- Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
- Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basis-eigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen
- Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
- Überschussfonds
- Vorzugsaktien
- Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
- Ausgleichsrücklage
- Nachrangige Verbindlichkeiten
- Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
- Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als BasisEigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

- Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

- Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der BasisEigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

- Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basis-eigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können
- Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
- Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
- Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
- Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	1.722	1.722			
R0030					
R0040					
R0050					
R0070	59.434	59.434			
R0090					
R0110					
R0130	77.484	77.484			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	138.639	138.639			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
 Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
 Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel
 Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

R0500	138.639	138.639			0
R0510	138.639	138.639			
R0540	138.639	138.639	0	0	0
R0550	138.639	138.639	0	0	
R0580	87.182				
R0600	39.232				
R0620	159,0%				
R0640	353,4%				

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
 Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
 Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
 Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
 Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
 Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	C0060	
R0700	138.639	
R0710		
R0720		
R0730	61.155	
R0740		
R0760	77.484	
R0770	38.280	
R0780		
R0790	38.280	

Anhang I**S.25.01.21****Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden**

Marktrisiko
 Gegenparteiausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte
Basissolvenzkapitalanforderung

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0090	C0120
R0010	287.317		
R0020	10.386		
R0030	275.366		
R0040	9.396		
R0050			
R0060	-131.082		
R0070			
R0100	451.383		

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d

Solvenzkapitalanforderung**Weitere Angaben zur SCR**

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

	C0100
R0130	8.394
R0140	-361.389
R0150	-11.207
R0160	
R0200	87.182
R0210	
R0211	
R0212	
R0213	
R0214	
R0220	87.182
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

Annäherung an den Steuersatz

Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes

Ja / Nein

C0109

R0590	Approach not based on average tax rate
--------------	--

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

VAF LS

VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern

VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn

VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr

VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre

Maximum VAF LS

VAF LS

C0130

R0640	-11.207
R0650	-11.207
R0660	
R0670	
R0680	
R0690	

Anhang I
S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR _{NL} -Ergebnis	C0010			
	R0010			
	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet		Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten	
	C0020		C0030	
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020			
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030			
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040			
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050			
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060			
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070			
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080			
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090			
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100			
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110			
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120			
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130			
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140			
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150			
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160			
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170			

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040		
MCR _L -Ergebnis	R0200	43.938		
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
			C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	523.997		
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	76.610		
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	3.883.967		
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240			
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250			1.922.360

Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070
Lineare MCR	R0300	43.938
SCR	R0310	87.182
MCR-Obergrenze	R0320	39.232
MCR-Untergrenze	R0330	21.795
Kombinierte MCR	R0340	39.232
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	4.000
		C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400	39.232